Mittwoch, 3. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 151 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausreise: Die Zahl der aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland umgesiedelten Personen hat im Juni mit 23 einen neuen Tiefstand erreicht. Insgesamt kamen im Juni 2955 Umsiedler aus ost- und südosteuropäischen Ländern, teilte das Deutsche Rote Kreuz mit.

Kabelfernsehen: Haushalte in Nordrhein-Westfalen, die an das Kabelnetz angeschlossen sind, können vom 25. August an die Satellitenprogramme „RTL Plus" und „TV 5" empfangen. Der Rundfunkausschuß in NRW genehmigte jetzt die Einspeisung.

Ladenschlußgesetz: Die Landesregierung in Baden-Württemberg will mit anderen Bundesländern die Möglichkeit von Sonderregelungen für längere Öffnungszeiten in Geschäften erörtern. Gibt es dabei kein Übereinkommen, so ist eine Bundesratsinitiative der CDU-Regierung zur Änderung des Ladenschlußgesetzes nicht auszuschließen.

Fischerei: Für die von vier norddeutschen Unternehmen geplante Fangunion in der Hochseefischerei will die Bundesregierung finanzielle Unterstützung nur gewähren, wenn die betroffenen Firmen ein verhandlungsfähiges Fusionskonzept vorlegen, erklärte Finanzminister Stoltenberg.

Israel: Der aus Protest gegen die drastischen Maßnahmen der Regierung von den Gewerkschaften ausgerufene 24stündige Generalstreik ist gestern weitgehend befolgt worden. Ungeachtet des Streiks hat das Parlament die Sparbeschlüsse gebilligt. (S. 3)

Polen: Zwischen dem 13. Dezember 1981 (Kriegsrechterklärung) und dem 15. März dieses Jahres sollen mindestens 78 Menschen durch staatliche Gewalt zu Tode gekommen sein. (S. 8)

Rückkehr: Von den 39 Amerikanern, die sich in Beirut 17 Tage in der Gewalt von Terroristen befanden, sind gestern 29 von Frankfurt aus in ihre Heimat zurückgeflogen. Nach Angaben von Außenminister Shultz sind den Vereinigten Staaten die Namen von zwei der Terroristen bekannt, die das Flugzeug entführt hatten. Die USA wollen die beiden Männer juristisch verfolgen und vor Gericht bringen. (S. 3)

Schadstoffarmes Auto: Wirtschaftsminister Bangemann hat die Erklärung der deutschen Automobilindustrie begrüßt, sie wolle die EG-Beschlüsse über Abgaswerte als „Mindestanforderungen" betrachten. Die Industrie trage dazu bei, daß dem umweltfreundlichen Auto auch in Europa die Zukunft gehöre.

WIRTSCHAFT

US-Stahl: Obwohl vor den Präsidentschaftswahlen im November versprochen, ist es der Reagan-Administration nicht gelungen, den Anteil ausländischen Stahls am US-Verbrauch zu senken. Zugenommen haben besonders die Bezüge aus der EG, was die bevorstehenden Stahlgespräche mit Brüssel erheblich erschweren wird. (S. 9)

Bußgeld: Der amerikanische Erdölkonzern Exxon, der größte der Welt, muß ein Bußgeld von zwei Milliarden Dollar (rund sechs Milliarden DM) zahlen, weil er seinen Käufern Öl zu überhöhten Preisen verkauft hat.

Weltbank: Der Verschuldungskrise ist die Brisanz genommen. Entwicklungsländer und internationale Geschäftsbanken haben gelernt, mit dem Problem besser umzugehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Weltbank in ihrem diesjährigen Entwicklungsbericht. (S. 9)

Börse: Am Aktienmarkt zogen die Kurse zum Teil kräftig an. WELT-Aktienindex 202,25 (200,31). Auch der Rentenmarkt tendierte fest. BHF-Rentenindex 103,249 (103,219). Performance-Index 104,129 (104,069). Dollar-Mittelkurs 3,0540 (3,0280). Goldpreis je Feinunze 308,25 (313,90) Dollar.

KULTUR

Film: Mit seinem Debütfilm „The Element of Crime" gelang dem 29jährigen Dänen Lars van Trier ein seltenes Kunststück. Er versöhnte das klassische Gangsterkino mit den Kühnheiten der surrealistischen Malerei und mit den intellektuellen Wagnissen des absurden Theaters. (S. 15)

Preisverdächtig: Monika Müller gilt nach ihrer überragenden Darbietung als Ariel in Shakespeares „Der Sturm" als sichere Kandidatin für den Hersfeld-Preis, der am Sonntag vergeben wird. Mit der Komödie des englischen Dichters wurden die Festspiele in Bad Hersfeld eröffnet. (S. 15)

ZITAT DES TAGES



»Die Idee eines deutschen Sonderweges, sei es eines vereinten Deutschlands oder nur der Bundesrepublik, in die Neutralität ist unrealistisch. Es würde die politische Stabilität in Europa gefährden«

Hans-Jochen Vogel, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, vor dem Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien (S. 4) FOTO: DPA

SPORT

Leichtathletik: Der Pole Wladislaw Kozakiewicz, in Moskau Olympiasieger im Stabhochsprung, will in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Bei welchem Verein er seine Karriere fortsetzen wird, hat er noch nicht entschieden.

Tennis: Boris Becker steht im Viertelfinale von Wimbledon. Gegen den Amerikaner Tim Mayotte setzte er sich mit 6:3, 4:6, 6:7, 7:6 und 6:2 durch. Dagegen ist mit der Niederlage von Steffi Graf gegen Pam Shriver die letzte deutsche Einzelspielerin ausgeschieden.

AUS ALLER WELT

Prozeßbeginn: Vor dem Landgericht Baden-Baden beginnt morgen der Prozeß gegen den früheren FDP-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Hans-Otto Scholl. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn, im Dezember 1984 einen Juwelierladen überfallen zu haben. (S. 16)

Auto: Jetzt erobern die Dieselmotoren auch die Oberklasse. In Stuttgart wurde gestern im Vorfeld der Kfz-Jubiläen (100 Jahre Automobil, 50 Jahre Dieseltriebwerke) der erste Wagen dieser Klasse vorgestellt. (S. 16)

Wetter: Sonnig. 23 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gorbatschow drängt Gromyko ins Amt des Staatschefs ab

Schewardnadse neuer Außenminister / Gipfeltreffen im November in Genf

DW. **Moskau/Washington**

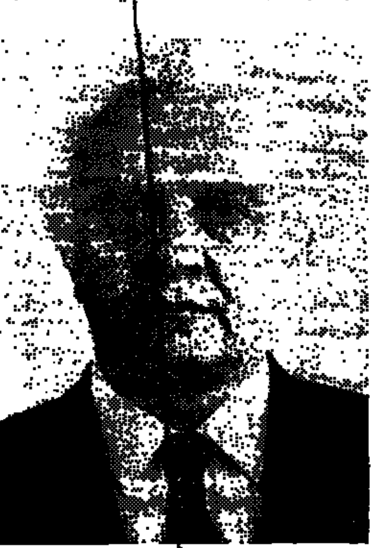
Fast zur gleichen Zeit, als in Moskau der bisherige Außenminister Gromyko zum Staatschef ernannt wurde, haben US-Regierungskreise in Washington Ort und Zeit eines Gipfeltreffens zwischen Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow bekanntgegeben. Danach soll das Treffen vom 19. bis 21. November in Genf stattfinden. Das wäre die erste Begegnung Reagans mit Gorbatschow.

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Der Zeiger der großen Uhr im Kreml-Palast sprang gerade auf 10.40 Uhr, als Ministerpräsident Nikolai Tichonow nochmals das Rednerpult betrat. Er schlug vor, Eduard Schewardnadse zum Außenminister der UdSSR zu ernennen. Noch bevor die Vertreter der internationalen Presse die Worte richtig begriffen hatten, schnellten auch schon die Hände der Abgeordneten in die Höhe. Gegenstimmen und Enthaltungen gab es keine: Der Mann aus Georgien, am Abend zuvor überraschenderweise vom Kandidaten zum Vollmitglied des Politbüros befördert, soll nun künftig die außenpolitischen Fäden des großen Sowjetreiches ziehen.

Die am Dienstag im Großen Kreml-Palast in Moskau begonnene Sommersession des Obersten Sowjets bot erstmals seit Beginn der Ära Michail Gorbatschows genügend Spielraum für Phantasie und weitreichende Spekulationen, wie dieser Sowjetführer künftig sein Regime zu lenken gedenkt. Minuten vor der Ernennung Schewardnadses war der seit 28 Jahren amtierende Außenminister Andrej Gromyko einstimmig zum neuen Staatsoberhaupt der UdSSR gewählt worden. Vorgeschlagen hatte ihn Michail Gorbatschow persönlich. Gromyko wurde nach seiner überraschenden Wahl auch gleich von seinen Ämtern als Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident entbunden.

Die beiden wichtigen Personalentscheidungen haben den Schleier des Geheimnisses, der die Kreml-Personalien immer umgibt, blitzartig zerrissen. Sie haben gezeigt, daß dieser berechnende Taktierer Gorbatschow nicht nur seine Gegner (wie Romanow, der bereits nicht mehr an dieser Sitzung teilnahm) kaltstellen kann, sondern daß er auch wie auf einem Schachbrett die Figuren seiner Wahl zu setzen vermag. Der Außenministerposten, ein Amt das Gromyko – und dies können ihm seine Freunde wie Feinde gleichermaßen bestätigen – brillant als Taktiker imperialer Sowjetideologie wie auch mit bürokratischer Akkuratesse ausfüllte, wurde nun einem „Provinzler mit kaukasischem Charme" übergeben. Das bedeutet nicht nur weiteren Machtzuwachs für Gorbatschow, sondern auch eine Degradierung Gromykos, auch wenn er nun das höchste Staatsamt bekleidet. Etwas zu knapp und kühl klang denn auch Gromykos Dank für das große Vertrauen, das man ihm jahrzehntelang entgegengebracht habe.



Eduard Schewardnadse FOTO: DPA

Gromyko, der heute fast 76jährige, dessen wirklichen Namen im Westen niemand kennt (er wählte gemäß bolschewistischer Tradition einen Tarnnamen nach seinem Geburtsort Starye Gromyki in Weißrußland), war der dienstälteste Außenminister der Welt – eine Ehre, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher von ihm erbte. Gromyko gehörte zu den Funktionären, die ihren Posten noch Nikita Chruschtschow zu verdanken haben. Doch überlebte Gromyko nicht nur dessen Sturz, sondern wurde unter Breschnew 1973 sogar Politbüro-Mitglied. Gromyko war Gesandter in Havanna, Botschafter in Washington und UNO-Chefdelegierter und galt als hervorragender Amerika- und Deutschlandkenner. Der Mann, der auch Andropow und Tschernenko diente, wurde nun auf Betreiben eines machtbewußten Mitglieds seiner eigenen Familie (Raissa Gorbatschowa ist eine Nichte Gromykos) seiner Regierungsämter entbunden.

Bezeichnend für das hiesige Klima ist, daß die Wahl Schewardnadses in Moskau nicht schon vorher durchsickerte, aber in osteuropäischen Ländern bekannt wurde. Denn im tschechoslowakischen Partei-Organ „Rude Pravo" stand am Vortage der Wahl eine ausführliche Biographie des georgischen Parteichefs. Auf den professionellen und eher publicityfeindlichen Gromyko folgt nun ein gelernter, lächelnder Geheimpolizist, der sich bei seinen Landsleuten nicht nur wegen seiner Disziplinierungskampagne, sondern wegen der Verfolgung nationalistischer Intellektueller längst verhaßt gemacht hat. Bei einer Diskussion über die in der Sowjetunion immer wieder auftauchende Nationalitätenfrage hat Schewardnadse in Georgien – so berichten Beobachter – den Anwesenden einmal die Frage gestellt: „Was macht ihr da, meine Kinder?" Aus der Menge sei die prägnante Antwort ertönt: „Wir sind nicht deine Kinder."

Schewardnadse, ein Trommler der Disziplinkampagne, nun in außenpolitischen Fahrwassern? Wie reimt sich das zusammen? – Die Richtlinien der Außenpolitik der UdSSR – und daran zweifelt in Moskau niemand – wird auch künftig weitgehend Michail Gorbatschow bestimmen. An ihm liegt es, dann den Widerspruch zwischen empörter Abkehr in Genf und dem erklärten Wunsch nach Rückkehr zu einer entspannteren Lage im Westen zu lösen. Doch Gorbatschow ist noch zu vielen Überraschungen fähig.

Seiten 2 und 3: Weitere Beiträge

DER KOMMENTAR

Maßnehmen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Im Kreml klappt die Regie wie am Schnürchen, und das heißt, daß Regisseur Gorbatschow die Fäden fest in der Hand hat. Bedürfte es noch eines Beweises, so wäre er in der Tatsache gegeben, daß Gorbatschow am Montag, dem Tag des Personenkarussells in entscheidenden Führungspositionen der Sowjetunion, fähig war, Termin und Ort seiner Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan festzulegen.

Die Art und Weise dieser Entscheidung gibt dreifachen Aufschluß. Gorbatschow schiebt, erstens, das Gipfeltreffen mit Reagan nicht auf die lange Bank. Damit nimmt er, zweitens, die Außenpolitik selbst in die Hand, was etwas über die Einordnung des neuen Außenministers Schewardnadse aussagt. Indem, drittens, der Sowjetführer die Möglichkeit, sich aus Anlaß der UNO-Versammlung mit Reagan wie beiläufig auf amerikanischem Boden zu treffen, ausschlägt, wertet er die Begegnung gewaltig auf und legt zugleich jene kühle Distanz zwischen sich und den US-Präsidenten, die dem gegenwärtigen Stand der Beziehungen der beiden Supermächte entspricht.

Man tut gut daran, zur Prognose über das Treffen vom 19. bis 21. November in Genf jenen „Wladimirow"-Artikel der „Prawda" zu Rate zu ziehen, der wegen seiner orthodoxen Tendenz so viel Aufsehen erregt hat. Aus ihm ging eindeutig hervor, daß Moskau die „Bruderstaaten" seines europäischen Machtbereichs an die denkbar kürzeste Leine nehmen wird. Die Begründung ist rigide. Da die Außenpolitik der UdSSR identisch sei mit dem marxistisch-leninistischen Kern des Weltsozialismus, bedürfe es keiner vermittelnden Rolle osteuropäischer Regierungen im Spannungsfeld zwischen der Sowjetunion und den USA. Weiter: Theorien eines „nationalen Kommunismus" führten nur zum Nationalismus, der die „internationalistischen Beziehungen" schwäche. In der „Prawda" war offen von „Russophobie" und „Antisowjetismus" die Rede.

Genau auf dieser Linie liegt es, wenn Gorbatschow sich beeilt, den Dialog mit Reagan selbst zu führen. Die Welt steht vor einer neuen Phase unmittelbarer Diplomatie zwischen Washington und Moskau. Die Europäer werden ihrer Träume von einer gewissen Selbstständigkeit beraubt; sie werden mehr denn je auf den Konsultationsprozeß mit ihrer jeweiligen Führungsmacht angewiesen sein. Wie entschlossen Reagan und Gorbatschow die direkte Diplomatie der beiden Supermächte angehen, ist daraus zu ersehen, daß sie sich für ihr erstes gegenseitiges Maßnehmen in Genf drei Tage Zeit lassen wollen.

Kohl und Strauß heute unter vier Augen

G. BADING, **Bonn**

Im vertraulichen Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl will der CSU-Vorsitzende Strauß heute vormittag die Grundzüge der deutschen Außenpolitik erörtern. Im Bundeskanzleramt sprach man von einer politischen „tour d'horizon" der beiden Parteichefs. Eine feste Tagesordnung gebe es nicht.

Ursprünglich war für heute ein Treffen der Vorsitzenden aller drei Koalitionsparteien anberaumt worden. Dieses wurde jedoch auf die zweite Juli-Hälfte verschoben, um vor dem Dreier-Gespräch den Vorsitzenden der Unionsparteien Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Der FDP-Vorsitzende Bangemann habe keine Einwände gegen den Wunsch des Kanzlers nach einer Terminverschiebung gehabt, sagte ein FDP-Sprecher gestern. Im übrigen gehe die FDP davon aus, daß an einem Spitzengespräch zum Thema Außenpolitik Außenminister Genscher teilnehmen werde, ähnlich wie bei früheren Aussprachen Finanzminister Stoltenberg oder Kanzleramtsminister Schäuble zugegen gewesen seien.

In der CSU ist man über Außenminister Genscher verärgert, weil er den Bundespräsidenten mit seiner Rede zum 8. Mai als Legitimation für eine Ostpolitik in Anspruch zu nehmen versuche, die die CSU nicht mitzutragen bereit sei. Strauß wolle auch die wiederholten Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe (CDU) zur Bindungswirkung der Ostverträge kritisch zur Sprache bringen, hieß es in München.

Großer Beifall für „Ariane" beim 14. Start

DW. **Kourou**

Der neue Zuverlässigkeitsbeweis der Europarakete „Ariane" löste gestern auf dem Weltraumbahnhof von Kourou (Französisch-Guyana) lebhaften Beifall bei Forschern, Raumfahrttechnikern und Ministern aus. Doch nicht von allen Gesichtern wich die Spannung. Die Giotto-Sonde an der Spitze der Trägerrakete hat nur die erste Startetappe für ihre Foto-Safari in Richtung auf den Halley-Kometen hinter sich. Heute muß der Motor der Sonde genauso sicher zünden wie die „Ariane" bei ihrem 14. Start.

Für die in Kourou versammelten europäischen Wissenschaftler geht es um viel Prestige und eine in diesem Jahrhundert einmalige Chance. Die Giotto-Sonde eröffnet ihnen eine neue, interplanetarische Dimension. Die seit dem letzten Auftauchen des Halley-Kometen im Jahr 1910 gewaltig verbesserten astronomischen Möglichkeiten erlauben die Hoffnung, bei der Suche nach dem Ursprung des Universums einen neuen Schritt nach vorn tun zu können.

Die Sonde wurde in einem Wettlauf mit der Zeit in nur fünf Jahren entwickelt. „Dies ist die erste ESA-Mission, die pünktlich ausgeführt wurde", betonte der deutsche Präsident der Europäischen Raumfahrt-Agentur (ESA), Professor Reimar Lüst, in Kourou, wo sich auch vier europäische Forschungsminister eingefunden hatten. „Wir sind glücklich, denn sonst hätten wir weitere 76 Jahre warten müssen", sagte Lüst. Der Forschungsminister Frankreichs, Hubert Curien, stellte den Start als einen „neuen Erfolg in Richtung auf ein technologisches Europa" heraus.

Papst ermuntert Kirche im Osten

Enzyklika zum Jubiläum der Slawenmissionierung betont gemeinsame christliche Wurzeln

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die „gemeinsamen christlichen Wurzeln Europas" hat Papst Johannes Paul II. in der vierten Enzyklika seines Pontifikats als „einen der solidesten Bezugspunkte" bezeichnet, „von denen kein ernsthafter Versuch, die Einheit des Kontinents auf neue und heutige Weise wiederherzustellen, absehen kann". Das als „Epistula encyclica" deklarierte Rundschreiben an die Bischöfe, Priester, Ordensgemeinschaften und Gläubigen der ganzen Welt wurde aus Anlaß der 1100-Jahr-Gedenkfeier der Slawenmissionierung durch die aus Saloniki stammenden heiligen Brüder Kyrill und Methodius herausgegeben. Der polnische Papst hatte die beiden Slawenapostel schon 1980 – neben dem Heiligen Benedikt – zu „Mitpatronen Europas" erklärt.

„Nach elf Jahrhunderten des Christentums unter den Slawen," heißt es wörtlich in dem Rundschreiben, das mit den Worten „Slavorum Apostoli" beginnt, „sehen wir, daß das Erbe der Brüder von Saloniki tiefer und stärker ist und bleibt als irgendeine Spaltung". Die Enzyklika gipfelt in einem Gebet, in dem Johannes Paul II. indirekt auf die aktuelle Situation in den kommunistisch beherrschten slawischen Ländern anspielt. Der Papst bittet darum, daß die „Menschen und Nationen" in den Gebieten, die von Kyrill und Methodius evangelisiert wurden, „weiterhin ohne Hindernisse und mit Begeisterung und Vertrauen dieses Programm des Evangeliums annehmen und alle ihre menschlichen Möglichkeiten auf der Grundlage dieser Lehren verwirklichen". Er bittet für sie um Gewissensfreiheit, freie Religionsausübung und Wahrung ihrer Menschenwürde.

SEITE 2:
Der Papst und Europa

Der Ökumenismus, vor allem im Blick auf die orthodoxen Ostkirchen, bildet einen weiteren Aspekt der Enzyklika. Der Papst erinnert daran, daß Methodius als erster Bischof von Großmähren und sein jüngerer Bruder Kyrill, der das (kyrillische) Alphabet der Slawen schuf, von der byzantinischen Kirche als Missionare ausgesandt wurden, sich für diesen Auftrag die Bestätigung des Apostolischen Stuhls in Rom, „das sichtbare Zentrum der Einheit der Kirche", holten und durch die Verkündung in slawischer Sprache ein Beispiel für das gaben, was man heute „Inkulturation" nennt.

In dem Apostolat der beiden Missionare sieht der Papst einen „ökumenischen Appell, in Versöhnung und Frieden die Einheit wiederherzustellen", die später „tief verletzt worden ist – zu allererst die Einheit zwischen Ost und West".

Für ganz Europa bittet der polnische Papst darum, daß es dank der Fürsprache der beiden Heiligen „immer mehr die Notwendigkeit einer religiös-christlichen Einheit und der brüderlichen Gemeinschaft seiner Völker verspürt, damit es, nachdem das Unverständnis und das gegenseitige Mißtrauen überwunden und die ideologischen Konflikte im gemeinsamen Bewußtsein der Wahrheit beigelegt sind, für die ganze Welt Bei-

● Fortsetzung Seite 8

Was junge Berliner über USA denken

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Kein fähnchenschwenkender Jubel, aber auch keine antiamerikanischen Ressentiments, sondern neben Kritik an aktueller Politik oft Lob für dieses „freundliche und den Deutschen wohlgesinnte" Volk – das ist das Ergebnis eines deutsch-amerikanischen Aufsatzwettbewerbs. Zum 90. Geburtstag von John McCloy hatte Berlins Schulsantorin Hanna-Renate Laurien dazu aufgerufen: 56 Texte von 84 Schülern gingen ein – farbig und argumentativ gesprenkelt wie das Sternenbanner.

Die Fragen an die 16- bis 18jährigen Berliner lauteten: „Welche Vorstellungen und Ereignisse bestimmen das Amerika-Bild der Deutschen? Wofür stehen die USA in Berlin, und was bedeutet das für Sie persönlich? Wie erleben wir die USA im deutschen Fernsehen?"

„Es ist immer noch ein Land, von dem von uns Deutsche und Berliner eine große Anziehungskraft ausgeht", fand Tobias Arbinger: „Wenn ich darüber nachdenke, stehen die Amerikaner für mich als Alliierte mit Berechtigung in Berlin, sie erweisen sich aber als ein freundliches Volk." Die Junioren in Spree-Athen kennen auch die Nachkriegsklischees: „Rosinenbomber (während der Blockade), Care-Pakete, Schulspeisung, lässige GI's, die Schokolade und Kaugummi verteilen." Haften aber bleibt noch heute, ganz ernsthaft dies: „Seit der Luftbrücke ist Berlin auch ein Symbol für das freiheitliche Denken des Westens." Militärparaden, wie sie in Berlin alljährlich vonstatten gehen, „verabscheut" der junge Autor. Aber: „Was sollen die armen Soldaten denn sonst das ganze Jahr machen, außer Manöver und Paraden?"

Am deutschen Amerika-Bild, durch ARD und ZDF vermittelt, läßt Karola Lützow kaum gute Haare: „In den Nachrichten hat die Information entweder mit Politik zu tun, oder sie handelt von Unwetterkatatstrophen, Sensationen, Verbrechen – oder Volksküchen für verarmte Mitbürger." In den US-Unterhaltungsserien seien die Männer stets nur „gutaussehend, lässig und witzig; die Frauen sind schön, tatkräftig, aber zu Tränen neigend."

Insgesamt entstehe für den deutschen Durchschnittsbürger im Fernsehen ein „negatives Bild der USA". Die Wirklichkeit hinter den vermittelten Klischees habe sie, schreibt die Schülerin, bei einer USA-Klassenreise erlebt: „Die Amerikaner waren wirklichkeitsbewußt, gastfreundlich und immer hilfsbereit."

Mit wissenschaftlicher Akribie ging Marina Gosemann ans Werk: Sie verteilte Fragebögen. Die Antwort auf „Woran denken Sie, wenn Sie Amerika hören?" war typisch: 94 von 100 nannten spontan „McDonald". Verblüffend fand sie, daß 73 von 100 sagten, „sehr viel mehr als die Hälfte der Amerikaner stehe hinter Reagans Politik. Den „american dream" indessen (vom Tellerwäscher zum Millionär) hielten alle Befragten für „ausgeträumt". Die junge Verfasserin bezog auch ihre Oma in ihre Betrachtungen ein: „Knapp mal 200 Jahre und dann schon 'ne Großmacht! Det ham wa nich in 2000 jeschafft".

Eine andere Schülerin, Alexandra Seeland, berichtete vom Schock einer jungen Amerikanerin, als ihr in Berlin ein Demonstrationszug mit Anti-Reagan-Parolen begegnete: „Wir wollen euch doch beschützen", meinte sie ganz ratlos. – Den ausgeprägten amerikanischen Sinn für das Praktische symbolisierte die 16jährige Connie Smith aus North Carolina, die auf US-Seite einen Preis gewann: „Das einzige, was ich in Berlin vermisse, sind die Eiswürfel in den Erfrischungsgetränken ..."

Syrien bildet in Iran Kommandos gegen Irak aus

Unerklärter Krieg zwischen den beiden Baath-Regimen

DW. **Beirut**

Der syrische Geheimdienst intensiviert seinen direkten und indirekten Untergrundkampf gegen Irak. Wie die WELT aus der libanesischen Hauptstadt erfuhr, werden diese Aktionen vom syrischen Geheimdienstchef, General Ali Douba, auf persönlichen Befehl von Staatspräsident Hafiz el-Assad ausgeführt.

Anfang Juni waren acht syrische Geheimdienstoffiziere in geheimen Ausbildungslagern für irakische Oppositionsgruppen in Iran eingetroffen. Fünf Syrer leiten das Lavizan-Trainingscamp nördlich von Teheran, die anderen das etwa 20 Kilometer südöstlich der Hauptstadt gelegene Lager Sutanabad. Nach Informationen aus Iran werden dort zur Zeit 30 kurdische Iraker, alle Mitglieder der Kurdisch Demokratisch Partei (KDP) sowie 25 Schiiten der Oppositionsgruppe Al-Da'wa, die in Irak besonders verfolgt wird, von den Syrern ausgebildet. Ein spezielles Kommando der Al-Da'wa wird von den Syrern darüber hinaus für Selbstmordaufträge ausgebildet.

Der irakische Geheimdienst wiederum unterstützt syrische Oppositionsgruppen bei Sabotageaufträgen. So sprengte ein in Irak ausgebildetes Kommando im Mai die syrische Ölpipeline von den Erdölfeldern von Roumeilat zu den Raffinerien der Hauptstadt. Die Syrer versuchten darauf am 22. Mai einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen in den Nordirak zu schmuggeln, um die Öleinrichtungen zu zerstören. Den irakischen Behörden gelang es, das Fahrzeug, das sich bereits auf irakischem Territorium befand, abzufangen.

Der offene und verdeckte Kampf zwischen den beiden Baath-Regimen in Irak und Syrien hat sich seit dem irakisch-iranischen Krieg verschärft. Seither herrscht ein unerklärter Krieg zwischen Irak und Syrien. Dabei unterstützt Damaskus das Mullah-Regime in Teheran, um Irak von Aktivitäten im arabischen Raum, die sich notgedrungen gegen Syrien richten sollen, abzuhalten. Iranische Terror-Gruppen dürfen dafür auf syrisch-kontrolliertem Gebiet in Libanon ihre Aktivitäten unternehmen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einer hält Kurs

Von Heinz Heck

Was Finanzminister Gerhard Stoltenberg gestern nach den Haushaltsberatungen im Kabinett in Milliarden Mark und Pfennig vorlegte, läßt nicht mehr viel von den Anfechtungen erahnen, denen der Kassenwart der Nation in den wochenlangen Vorberatungen ausgesetzt ist. Dies gilt in besonderem Maße in einem Vorwahljahr.

Die Konsolidierungsleistung, die Stoltenberg damit praktisch über eine Legislaturperiode hinweg mit Zuwachsraten im Bundesetat zwischen 0,9 und 2,6 Prozent vollbracht hat, ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Zugleich zeigt es sich, wie unendlich mühsam das Zurückfahren des öffentlichen Sektors ausfällt, wie es in blassem Technokratendeutsch heißt. Dies gilt umso mehr, als die Zinslast aus der schnell steigenden Verschuldung der siebziger Jahre als echte Erblast noch bis in die neunziger Jahre zu überproportional steigenden Ausgaben führt.

Die auch vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt propagierte Verbreiterung des öffentlichen Korridors ist in dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition nur zu „gut gelungen": Der Staatsanteil stieg von 39 auf rund 50 Prozent. Der Rückgang (inzwischen auf etwa 48) gestaltet sich weit schwieriger und erfordert eine Politik des langen Atems.

Im Kabinett ist niemand zu sehen, dem man die Bewältigung dieser Daueraufgabe eher zutrauen würde als Stoltenberg. Mit einer Beharrlichkeit, die selbst in den eigenen Reihen bisweilen als Starrsinn fehlinterpretiert wird, hält er Kurs. Daß es hin und wieder dennoch einen Ausreißer gibt, macht den Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit oder Theorie und Praxis aus.

Dabei wird sich die Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode noch schwieriger gestalten. Denn der Bundesbankgewinn, der mit zweistelligen Milliardenbeträgen für willkommene Entlastung sorgte, dürfte zurückgehen. Zugleich wachsen die Anforderungen und Erwartungen für massivere Steuerentlastungen sowohl der Wirtschaft wie der Bürger. Es gibt zu denken, daß die relative Steuerlast (Steuerquote) trotz einer 20-Milliarden-Mark-Senkung seit 1982 nicht zurückging.

Der Papst und Europa

Von Friedrich Meichsner

Laborum apostoli", die vierte Enzyklika Johannes Pauls II., den beiden Slawen-Aposteln und „Mitpatronen Europas" Kyrill und Methodius gewidmet, bietet in erster Linie historisch-religiöse Reflexion. Ihre Aussagen zur aktuellen Situation in den kommunstisch beherrschten slawischen Ländern sind eher indirekt, fast alle eingebunden in ein Gebet.

Im Vorfeld der Reise, die Kardinal-Staatssekretär Casaroli heute als päpstlicher Legat nach Jugoslawien und in die Tschechoslowakei antritt, war anderes kaum zu erwarten. Ein Paukenschlag nach Art der vor einem Jahr erlassenen Instruktion des Glaubenskongregation, in der die totalitären und atheistischen Regime als „Schande unserer Zeit" bezeichnet wurden, hätte dem „Ostpolitiker" Casaroli vor allem in Prag von vornherein jeden Verhandlungsspielraum verbaut. Eine Alternative zum Verhandeln aber existiert offensichtich nicht, wenn der schwer bedrängten Kirche im kommunistischen Machtbereich ein Modus vivendi gesichert werden soll.

So behutsam die Anmahnung von Religions- und Gewissensfreiheit, von Menschenwürde und Gerechtigkeit in der Enzyklika erscheinen mag, sie läßt jedoch die Beharrlichkeit erkennen, mit der dieser Papst an den in seiner ersten Enzyklika „Redemptor Hominis" aufgezeigten Grundlinien des christlichen Humanismus festhält.

Ganz direkt geht der erste Slawe auf dem Papstthron dann allerdings eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit an: Die Wiederherstellung der gesamteuropäischen Einheit auf der Grundlage des allen Völkern dieses Kontinents eigenen christlichen Erbes. In einer Zeit, da der Mailänder Gipfel Westeuropa in der Krise zeigt und im Osten die Sehnsucht nach Gemeinsamkeit weiter unterdrückt wird, verweist er auf die Lebenskraft der gemeinsamen christlichen Wurzeln.

Eine Illusion? Was in aktueller politischer Sicht als wirklichkeitsfremd erscheinen mag, könnte sich in späterer historischer Sicht durchaus als konkrete Kraft erweisen – dann nämlich, wenn es dazu beiträgt, überall dort, wo geographisch Europa ist, auch europäisches, d.h. christlich-abendländisches Bewußtsein wieder zu erwecken. Nicht zuletzt darin liegt wohl das Bemühen und die Hoffnung dieses polnischen Papstes.

Dementiertes Nachdenken

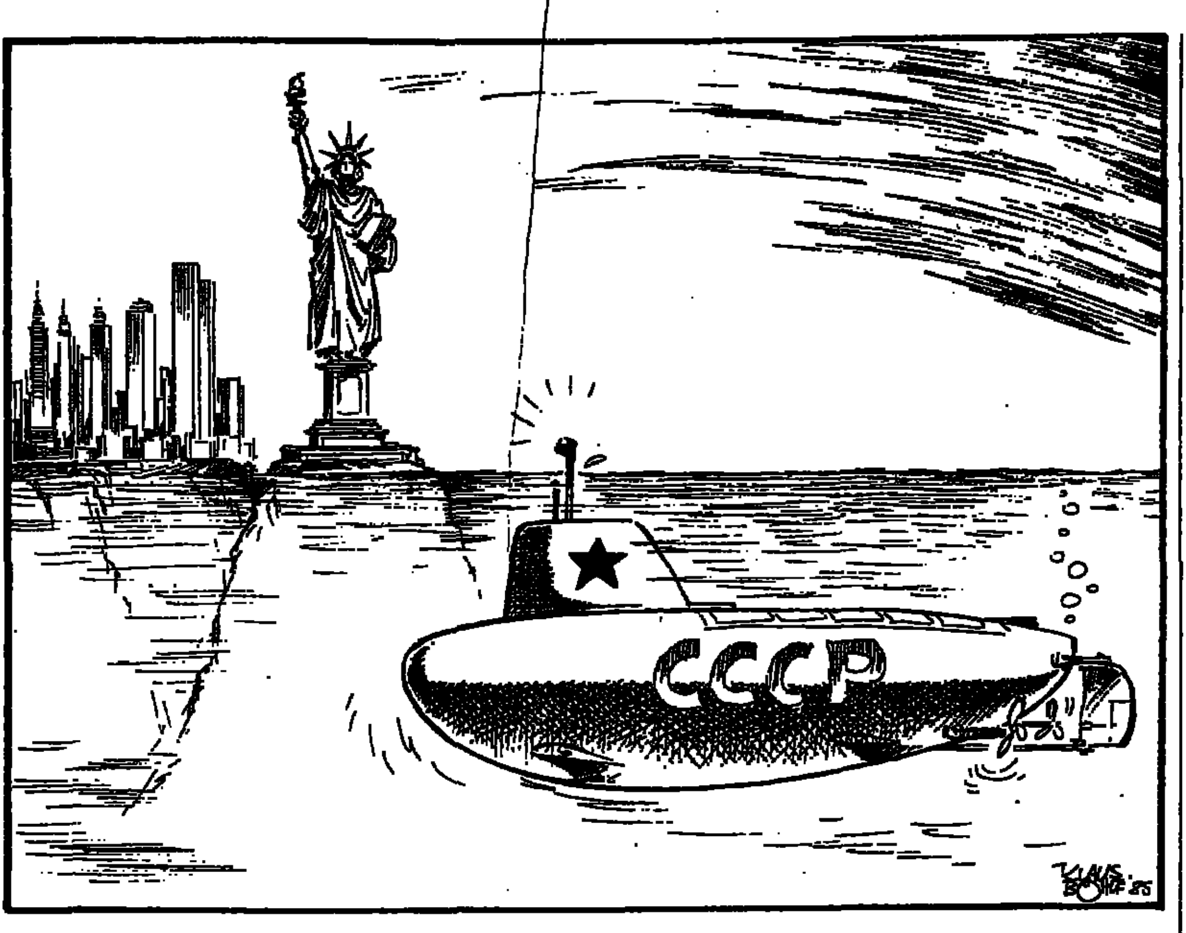
Von Paul Spree

Es gibt Dementis, die erweisen sich manchmal als Bestätigung auf dem Wege der Verneinung. Mutmaßlich gehören einige Bemerkungen des Bundeswirtschaftsministers dazu, die dieser in der Kabinettsrunde zum besten gab oder geben wollte, dann aber dementieren ließ. Nicht wegen dieses Ablaufs, sondern wegen ihres Inhalts bleiben die Einlassungen von Martin Bangemann interessant – auch wenn er sie nicht gesagt haben will.

Die tüchtigen Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums hatten ihrem Chef ein Papier vorbereitet, das einige Würdigungen zu den Konjunkturmaßnahmen der Regierung enthält (die WELT berichtete gestern darüber) und – vielleicht etwas verfrüht – an Journalisten gelangte. Das Paket zur Konjunkturankurbelung stimme in einigen Aspekten „nachdenklich", heißt es dort. Es bestünden nämlich „nach wie vor Zweifel", ob die Geldspritze für den Städtebau (insgesamt rund 2,3 Milliarden Mark) wirklich so rasch in zusätzliche Nachfrage umgesetzt werden könne. „Wäre es nicht besser gewesen, hier etwas weniger zu tun und dafür an anderer Stelle – etwa beim Fernstraßenbau – etwas zuzulegen?" steht in den Bemerkungen, die Bangemann angeblich nicht hielt.

„Nachdenklich" müsse man ferner sein, wenn man die riesigen Kosten für die Abschreibungsvergünstigung betrachte, heißt es ferner in dem Un-Papier. Das koste den Fiskus alsbald vier Milliarden Mark, womit „bereits ein erheblicher Teil des Spielraums verbraucht wird, der in der nächsten Legislaturperiode für Steuersenkungen zur Verfügung steht." Es sei „zu befürchten", daß für weitere Steuerentlastungen für Unternehmen kaum noch Platz bleibe.

In der Tat, genau das ist zu befürchten. Ein Bundeswirtschaftsminister braucht sich dieser „Nachdenklichkeiten" und „Zweifel" nicht zu schämen. Alle Kundigen hegen sie, sein eigenes Haus eingeschlossen. Ein Dementi macht Richtiges auch dann nicht falsch, wenn ein Minister höchstselbst Hand anlegt. Gerade dieses Konjunkturprogramm hat Mängel. Es dient der Kurstreue seiner Erfinder, wenn sie ihre Zweifel nicht verschweigen, sondern auf den Tisch legen – auch auf den Kabinettstisch.



„Wir sind so nah, daß wir die schreckliche amerikanische Geheimwaffe erkennen!" KLAUS BÖHLE

Die Zeit diktiert

Von Carl Gustaf Ströhm

Knapp hundert Tage nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär hat Michail Gorbatschow die erste und vielleicht entscheidende Runde des Machtkampfes im Kreml für sich entschieden. Mit der Absetzung seines gefährlichsten Rivalen Romanow, mit der Ernennung des bisherigen Außenministers Gromyko zum Staatsoberhaupt sowie der Einsetzung des bisher im Ausland unbekannten und in Auslandsproblemen unerfahrenen georgischen „Säuberers" Eduard Schewardnadse zum Außenminister hat er seine Machtposition dermaßen gefestigt, daß er nun an die Lösung der dringenden Aufgaben gehen könnte.

Für den neuen Parteichef drängt die Zeit. Die Sowjetunion befindet sich wirtschaftlich und gesellschaftlich in einem Zustand der Stagnation. Nicht nur ist die jährliche Wachstumsrate der Wirtschaft auf zwei Prozent abgesunken. Die Rohstoffquellen, die bisher ein endlos extensives Wirtschaften zu ermöglichen schienen, werden knapp oder zumindest immer schwieriger zugänglich. Die notwendige technologische Modernisierung findet in weiten Bereichen der sowjetischen Industrie seit Jahren nicht mehr statt. Die Gefahr, unwiderruflich in Technologie und Elektronik – und damit eines Tages auch in der Rüstung – den Anschluß zu verlieren, schwebt über dem Kreml. Damit geriete die heute noch unangefochtene militärische Hegemonial- und Weltmachtposition in Gefahr.

Gorbatschow ist ein ungeduldiger Politiker. Vor wenigen Tagen nahm er in Dnjepropetrowsk seinen – offenbar im Apparat durchaus vorhandenen – Kritikern selbst das Wort aus dem Mund, als er sagte: „Es kann die Frage aufkommen: Reißen wir das Steuer nicht zu heftig herum?" Seine Antwort lautete: Die Zeit diktiert. Folglich müsse man so und nicht anders handeln.

Wo und wie aber will er ansetzen? Es ist nicht zu unterschätzen, wenn er zunächst die personellen Schlüsselpositionen soweit wie möglich mit eigenen Leuten besetzt oder zumindest neutralisiert. Es ist auch kaum zu bezweifeln, daß es in den „aufgeklärten", jüngeren Kreisen der sowjetischen Führungsschicht viele gibt, denen der bisherige Schlendrian und das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Sowjetsystems Alpträume verursacht. Auf sie kann Gorbatschow gewiß zählen.

Es ist auch ein Signal, wenn Gorbatschow einen Nicht-Russen, einen Georgier, also einen Mann aus dem Kaukasus, an die Spitze der sowjetischen Außenpolitik stellt. Neben Gajdar Alijew ist damit ein weiterer Nicht-Russe – und ein Mann, der an der Schwelle zum Nahen Osten und zur Welt des Islam beheimatet ist – an die Spitze der Machtpyramide gerückt. Das stellt gegenüber der Russifizierungspolitik Breschnjews eine interessante Akzentverschiebung dar. Hier zeigt es sich, daß Gorbatschow zumindest eine Ahnung von der Brisanz der nationalen Frage im Vielvölkerreich mitbringt.

Andererseits aber – was der neue Generalsekretär bisher zu Wirtschaft und Gesellschaft von sich gab, läßt eine tiefere Einsicht vermissen. Da ist viel von Willensanstrengungen, Disziplin, „entsagungsvoller Arbeit" und ähnlichen ideologisch befrachteten Parolen zu hören, aber wenig oder gar nichts von den Gesetzen des Marktes, von einer wenigstens im Ansatz notwendigen Liberalisierung, von einer Tolerierung oder gar Förderung privater Wirtschaftsinteressen etwa nach dem ungarischen oder chinesischen Modell.

Mag sein, daß Gorbatschow dies alles verschwiegen in seiner Brust trägt. Dann wäre es eine Überraschung, wenn er eines Tages aus der Deckung hervortreten und ähnlich wie seinerzeit Peter der Große eine Reform des Systems samt Abschneiden der diesmal ideologischen Kaftane und Rauschebärte dekretieren würde. Einstweilen sieht es nicht so aus. Im Gegenteil, es könnte sogar sein, daß Gorbatschow sich gezwungen sieht, ein Kontrastprogramm zu den Chinesen mit ihren marktwirtschaftlichen Ambitionen zu veranstalten.



Neue Posten – auch eine neue Politik? Gromyko, Romanow, Gorbatschow FOTO: AP

Rußland ist groß und der Zar ist immer noch weit. Die Kräfte der Beharrung und eines trägen Sich-Fortschleppens, die über diesem Imperium liegen, können durch bloße Willensakte kaum aus der Welt geschaffen werden. Es ist charakteristisch, daß Gorbatschow das Wort „Reform" nicht in den Mund nimmt, als hätte er Angst, damit Gegenkräfte auf den Plan zu rufen. Eine bloß administrative „Technologisierung" und „Disziplinierung" aber verspricht auf die Dauer so wenig Erfolg wie die administrative Abschaffung der guten alten Wodkaflasche. Regierungsamtliche Prohibition führt nur zu einer Blüte der Schwarzbrennerei und des altbewährten russischen „Samogon". Siehe im übrigen das amerikanische Beispiel aus den zwanziger Jahren.

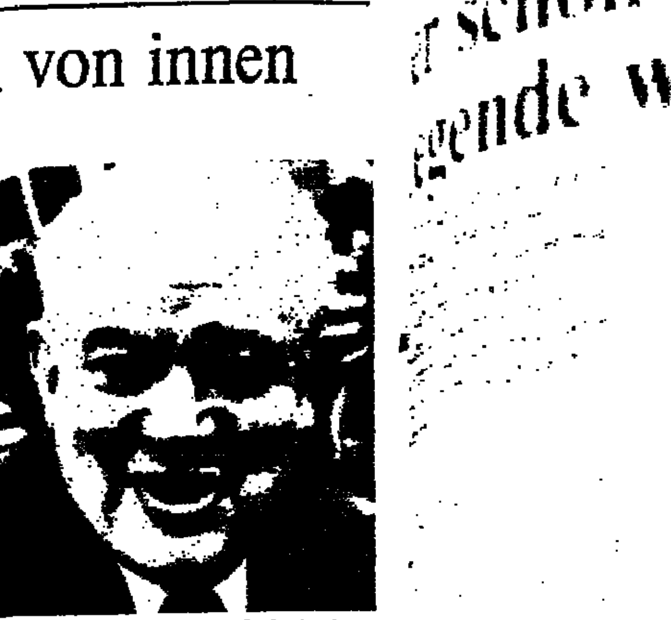
Gorbatschow, der Mann aus Stawropol, geht einen schweren Gang. Wagt er zu viel auf einmal, kommt das ganze System, dem er selbst schließlich die Macht verdankt, womöglich ins Wanken. Handelt er zu langsam, setzt sich der Erosionsprozeß fort – und niemand weiß, wann und wie er enden wird. Das Zeitalter der geschlossenen Systeme ist im Grunde vorbei. Auch das Osmanische Reich hatte seinerzeit seine Jungtürken, aber auch sie konnten den Lauf der Geschichte nicht aufhalten. Und vor Gorbatschow hat Nikita Chruschtschow große Änderungen versucht, nur um plötzlich im Nichts zu enden. Ist das sowjetische System überhaupt reformfähig? Die Antwort entscheidet auch über das Schicksal des Michail Gorbatschow.

IM GESPRÄCH Fernand Wibaux

Löwen-Höhlen von innen

Von Volker S. Stahr

Vor einem halben Jahr wurde Edgard Pisani eigens von Präsident Mitterrand nach Neukaledonien entsandt, um dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen und einen Plan für die Zukunft der Pazifik-Inselgruppe auszuarbeiten. Angesichts Dutzender von Toten und Verletzten sowie eines aufgeheizten Klimas sprechen selbst führende Sozialisten von einem Scheitern dieser Mission. In Paris hat man reagiert: Pisani wurde als „Minister für Neu-Kaledonien" nach oben weggelobt. Zu seinem Nachfolger wurde einer der angesehensten französischen Diplomaten berufen: Fernand Wibaux (62), gleichermaßen erfolgreich wie unorthodox, zuletzt Botschafter in Libanon.



Von Beirut nach Neukaledonien: Wibaux FOTO: AP

Wibaux, ein Gaullist der ersten Stunde, aber seit Jahren den Sozialisten nahestehend, gilt als einer der erfahrensten Dritte-Welt-Experten des Quai d'Orsay. Er hat einen Großteil seiner Karriere in (Französisch-) Afrika verbracht. Seine erste Mission führte den promovierten Juristen kurz nach dem Kriege, damals noch im Dienst des Innenministers, als Zivilbeamten nach Algerien. 1956/57 war er Kabinettschef des Überseeministers Defferre und einer der Autoren des Rahmengesetzes über eine innere Selbstverwaltung der damaligen Kolonien. Führende Posten folgten in der Kolonialverwaltung, dann Botschaftersessel in Mali, Tschad, Senegal, Kap Verde, Guinea-Bissau und Gambia. Dazwischen lagen hohe Posten in Paris, vor allem im „Ministère de la Coopération", stets mit Blickrichtung auf Afrika und die Dritte Welt.

Seine heikelste Mission war gewiß jene in Tschad 1968 bis 1974. Im Bürgerkrieg hatte Paris sich auf Unterstützung des frankreichtreuen Diktators Tombalbaye festgelegt. Zur Stützung des Regimes holte Wibaux 4000 Elitesoldaten ins Land. Es gilt als Verdienst Wibaux', mäßigend auf Tombalbaye eingewirkt und dazu beigetragen zu haben, die militärische Lage zu beruhigen und Frankreichs Gesicht in Afrika zu wahren.

Im September 1983 übernahm Wibaux eine Mission, die als das Schwierigste galt, was Frankreichs diplomatischer Dienst zu bieten hatte: Botschafter in Beirut – Wibaux-Vorgänger Delamare bezahlte seine Berufung mit dem Leben ... In Wibaux' Amtszeit fällt die Abwicklung des Abzugs der Friedenstruppe, und ihm wird auch das Verdienst zugeschrieben, daß Frankreich sich mittlerweile in Libanon politisch wieder weitgehend freigeschwommen hat.

In Tschad und Libanon hat sich Wibaux den Ruf eines Mannes für heikle Missionen erworben. Seine Fähigkeiten gehen weit über das hinaus, was man in technokratischen Eliteschulen, nicht nur in Frankreich, lernt: ruhig und gelassen in allen Lebenslagen, kaltblütig und unerschrocken, souverän im Auftreten und willensstark in der Durchsetzung seiner Ziele. Er hat Charisma; daher rührt auch der Respekt, den dieser weißhaarige, massiv gebaute Abenteurer im Gewand des Karrierediplomaten genießt. So hat Wibaux sich denn auch einmal mitten in der Nacht in die Höhle des Löwen, ins schiitische West-Beirut, um bei einem Treffen mit Amal-Führer Nabih Berri die Freilassung eines Direktors des französischen Kulturinstituts in Tripoli zu erreichen.

Stimmen warnen heute bereits vor der Lücke, die Wibaux' Weggang aus Beirut reißt. Doch nichts unterstreicht mehr, welche Bedeutung Mitterrand Neu-Kaledonien zumißt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Massenblatt kommentiert die Lehrstellenentwicklung:

Wir leben in einer Anspruchsgesellschaft, d. h. wir erwarten ganz selbstverständlich, daß alles zu unserer vollsten Zufriedenheit läuft. Nur so ist zu erklären, daß eine bemerkenswerte Leistung von Industrie, Handwerk, Handel beinahe unbemerkt blieb: Rund 760 000 Lehrstellen wurden geschaffen; fast jeder, der eine Lehrstelle haben will, kriegt auch eine. Die Wirtschaft „braucht" eigentlich nicht so viele. Aber sie leistet auf ihre Weise einen Beitrag zum inneren Frieden: Hunderttausende junger Menschen haben wieder Hoffnung. Oft (und oft zu Recht) wird die Wirtschaft kritisiert. Sie verdient aber auch Lob.

Münchner Merkur

Zum Bundeshaushalt 1986 heißt es hier:

Wer meint, in Bonn gehe alles drunter und drüber, sollte sich durch den Ablauf der Beratungen über den nächstjährigen Bundesetat eines Besseren belehren lassen. Selten zuvor ist es einem Finanzminister gelungen, die sogenannten Chefgespräche mit seinen Ministerkollegen so reibungslos abzuwickeln, daß alle wichtigen Posten vom Bundeskabinett später nur noch abgehakt zu werden brauchten. Gerhard Stoltenberg gelang dies mit bemerkenswerter Standfestigkeit und Geschicklichkeit. Während noch vor wenigen Wochen im Koalitionslager das böse Wort vom „Kaputtsparen" die Runde machte, ist die Sparpolitik des Finanzministers jetzt auf höchst eindrucksvolle Weise bestätigt worden.

Hamburger Abendblatt

Die Zeitung meint zur Entwarnung der Währungshüter:

Es will schon etwas heißen, wenn selbst die strengen Frankfurter Währungshüter Entwarnung an der Inflationsfront geben. Bisher nutzten sie jede Gelegenheit, um auf Gefahren für die Preisstabilität hinzuweisen. Gestern gestand Bundesbankpräsident Pöhl ein, daß sich die bisher gehegten Befürchtungen in dieser Richtung als unbegründet erwiesen hätten. Es wird viel schwarzgemalt in diesem Lande. Das Positive wird allgemein als selbstverständlich hingenommen.

The New York Times

Sie beschäftigt sich mit den Konsequenzen der Geiselaffäre:

Natürlich haben die USA recht, wenn sie den Boykott des Beiruter Flughafens fordern, bis irgend jemand darauf kommt, ihn nicht mehr als sicheren Port für Terroristen zu betrachten ... Die beste Prävention wäre jedoch eine Erklärung, daß die USA den Flugverkehr zu jedem Land unterbinden werden – auch zu Alliierten –, die sich weigern, Luftterror zu bestrafen.

Wer den Bauern helfen will, muß tiefer pflügen

Ausstieg abfedern und Leistungsfähige fördern / Von Peter Gillies

Soll das europäische Schachspiel mit einem Bauernopfer entschieden werden? Die Landwirte, die sich heute zum Deutschen Bauerntag einfinden, befürchten es. Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle darf wiederum mit Pfiffen rechnen, denn auf den Höfen und in den Dörfern rumort es. Aber die deutschen Landwirte, die in der Tat manchen Anlaß zur Klage haben, sprängen zu kurz, konzentrierten sie ihren Ärger allein auf den wackeren Kiechle.

Die europäische Agrarpolitik war einst als „grüne Klammer" der Europäischen Union erdacht worden. Tatsächlich hat sie sich zu einem Sprengsatz der EG entwickelt, weil man dirigistische Marktordnungen und nicht die Lenkung über den Preis wählte. Unter dem Druck der hohen Kosten für die Agrarpolitik geriet die Gemeinschaft an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs. Die steigende Überschußproduktion bei Milch, Getreide, Wein und den meisten anderen Produkten erwies sich als nicht mehr finanzierbar.

Unter Schmerzen bemüht man sich nun, einen Denkfehler der Nachkriegsgeschichte zur korrigieren. Die staatlichen Garantiepreise lockten landwirtschaftliche Überschüsse hervor, wie man sie zu Zeiten der Römischen Verträge nicht zu ahnen wagte – historisch verzeihlich, weil man nach dem Kriege den Mangel fürchtete und nicht den Überfluß. Das Versäumnis liegt darin, das Agrarsystem nicht spätestens dann korrigiert zu haben, als es noch billig gewesen wäre. So erweist sich der Geldmangel der EG als ein harter Zuchtmeister.

Unter dem – im Grunde industriellen, nie als landwirtschaftlich empfundenen – Motto „Wachsen oder weichen" mußte mehr als die Hälfte der Höfe weichen. Nur verhältnismäßig wenige wuchsen. Derzeit zählen wir noch rund 750 000 bäuerliche Betriebe. Die knappe Hälfte davon, etwa 350 000, sind „Nebenerwerber", produzieren Milch, Fleisch oder Getreide nur als Zubrot zu ihrem anderen Einkommen. Unter den etwa 400 000 Vollerwerbsbetrieben erwirtschaften rund die Hälfte recht magere Gewinne. Auch die üppigsten Preisstützungen vermochten nicht, sie aus der ständigen Bedrohung zu befreien. Etwas überspitzt: In jeder dritten Ackerfurche hockt der Pleitegeier.

Wenn einer von drei Säcken Getreide zuviel ist, wenn Milch- und Weinseen, Fleischberge und Magermilchpulverhalden wachsen und wenn unglücklicherweise auch andere Industriestaaten Überschüsse produzieren, muß – mußte – irgendwann die Grenze des Finanzierbaren sichtbar werden. Wer die Produktion nicht über den Preis lenken will, kann der Kostenlawine nicht mehr Herr werden. Er greift zu weiterem Dirigismus, zuerst durch Mengenbeschränkungen, alsdann zu Preissenkungen in mancherlei Gewand.

Sie sind unvermeidlich, und zwar nicht nur deswegen, weil diese Bundesregierung sich zur Marktwirtschaft bekennt. Erste leichte Senkungen wurden 1984 eingeleitet. Das Getreidepreis-Veto Bonns zeigt das Dilemma: Einerseits möchte man dem Agrarmarkt-Faß einen Boden einziehen, andererseits scheut man vor den Konsequenzen zurück und kämpft für höhere Preise. Und läßt überdies den Eindruck entstehen, in Brüssel ausgetrickst zu werden.

Zu warnen ist von der naiven Schuldzuweisung an die deutschen Landwirte. Sie erzeugen vorzügliche Produkte, sichern eine hochwertige Versorgungspalette wie nie zuvor, haben ihre Produktivität erstaunlich gesteigert. Sie sind nicht die Täter der Krise, sondern ihre Opfer. Ihre Crux ist, daß sie auf falsche Signale der Politik reagierten. Sie vertrauten der „aktiven Preispolitik", die sich jetzt als unfinanzierbar erweist. Andererseits würden abrupte Preissenkungen, die Überschußprodukte wieder ins Marktgleichgewicht brächten, ebenso abrupt zehntausende bäuerlicher Existenzen vernichten.

Den deutschen Bauern, mittlerweile fast am Schluß der europäischen Einkommensskala, fehlt angesichts überfüllter Märkte und leerer Kassen vor allem eines: die Perspektive. Die Verheißung, die Regierung kämpfe mannhaft für den Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebs, klingt vollmundig, ist aber mit unerfüllbaren Illusionen gespickt. Dieses Bekenntnis ist so leer wie die Kassen.

Realistisch ist dagegen, den unvermeidlichen Strukturwandel abzufedern, den Ausstieg dort zu vereinfachen, wo er unumgänglich ist, und andererseits leistungsfähige Höfe zu stärken. Da verbieten sich pauschale Preis- und Steuermaßnahmen, denn sie mästen die Großen und lassen die Kleinen noch mehr abmagern. Die Agrarsubventionen leiden nicht nur an ihrer Höhe, sondern vor allem an ihrer mangelhaften Treffsicherheit.

Indes: Auch künftig braucht diese Volkswirtschaft leistungsfähige mittelständische Betriebe in der Landwirtschaft. Als Leitbild taugt weder die konservierte Überschußproduktion, noch die Idylle mit Melkschemel, wie Chlorophyll-Jünger sie beschwören. Wer den deutschen Bauern die Perspektive geben will, muß tiefer pflügen.



Der Außenminister, der schon fast Legende war

Seit Februar 1957, mehr als 28 Jahre lang, stand Andrej Gromyko an der Spitze seines Ministeriums. Er war mit Abstand der dienstälteste Außenminister der Welt. Jetzt wurde er – dem Range nach – befördert.

Von CARL GUSTAF STRÖHM

Zwei kurios anmutende Personalentscheidungen sind gestern an der Spitze der Sowjetunion gefallen: Ein Mann, der sein Leben lang effektive politische Macht auf dem diplomatischen Parkett repräsentierte und ausübte, kam auf einen bloß repräsentativen und „machtlosen" Posten. Andrej Gromyko wurde nach fast drei Jahrzehnten Dienstzeit als Außenminister zum formellen Staatsoberhaupt der UdSSR ernannt. Seine Nachfolge im Außenamt trat ein Mann an, dem man alles mögliche bescheinigen kann – nur keinerlei außenpolitische Erfahrung und keinerlei Kenntnis etwa der westlichen und angelsächsisch-amerikanischen Welt. Eduard Schewardnadse, Parteisekretär und „Säuberer" seiner Heimatrepublik Georgien, ist seit der Oktoberrevolution unter allen sowjetischen Außenministern und Volkskommissaren jener mit der bisher geringsten außenpolitischen Sachkenntnis.

Der Kontrast zu Gromyko, der sich in der westlich-kapitalistischen Welt recht genau auskannte, wird damit um so deutlicher. Wenn Gromyko schon ausscheiden mußte – etwa aus Gesundheits- oder Altersgründen –, warum hat man dann nicht, wie oft erwartet wurde, einen der sachlich kompetenten und taktisch brillanten Diplomaten auf seinen Stuhl gesetzt – etwa den Washingtoner Sowjetbotschafter Dobrynin oder den versierten Unterhändler Kornijenko? Mag sein, daß Gromyko selber keinen Fachmann als Nachfolger wollte, weil er sich auch als Staatsoberhaupt (schließlich bleibt er ja Mitglied des Politbüros) ein Mitreden in auswärtigen Fragen vorbehält.

Aber auch dann bleibt unklar, warum gerade der georgische Parteichef – also ein Mann aus der Provinz und der Peripherie – geholt werden mußte. Von Schewardnadse hieß es zwar seit längerem, er sei für „höhere Weihen" in Moskau im Gespräch, nachdem er 1972 die Korruption seines Vorgängers Mschawanadse in Georgien erfolgreich bekämpft und den „kapitalistischen" Geschäftssinn seiner georgischen Landsleute gebremste hatte. Aber damals hieß es, der tüchtige Georgier (Jahrgang 1928) werde möglicherweise mit der Landwirtschaft befaßt werden. Von Außenpolitik war niemals die Rede – zumal er sich bisher zu internationalen Fragen auch fast nie geäußert hat.

Schewardnadse ist seit 1968 General der MWD-Truppen. Als georgischer Innenminister von 1965 bis 1972 verdiente er sich die Sporen bei der Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft in seiner Heimatrepublik. Das läßt den Schluß zu, er könne sich mit ähnlich „wirksamen" Methoden nun auch den diplomatischen Apparat des Sowjetstaates vorknöpfen. Es läßt sich kaum vorstellen, daß altgediente Diplomaten aus der Schule Gromykos besondere Begeisterung darüber zeigen, daß ihr oberster Chef hinfort ein „gelernter" Polizeigeneral sein wird – ein Mann überdies, der – erstmals seit dem Tod des Georgiers Josef Stalin – einen schweren georgischen Akzent bei der Verwendung der russischen Sprache anklingen läßt.

Wenn Gorbatschow einen außenpolitischen Neuling allen Fachleuten vorzog, dann lassen sich daraus mehrere Schlüsse ziehen: 1. – Der Parteichef behält sich die Außenpolitik selber vor. So eng Gorbatschow mit Gromyko liiert ist – er verdankt dem bisherigen Außenminister und jetzigen Staatsoberhaupt den Aufstieg –, so wenig wird sich der dynamische „Benjamin" auf die Dauer die auswärtigen Beziehungen von Experten diktieren lassen wollen. Wer so wie Gorbatschow aussieht und auftritt, will selber entscheiden. Ein Polizeigenral mit Parteihintergrund ist somit der richtige Mann, um im Außenministerium für Ordnung zu sorgen und ein wenig auch die Furcht des neuen Herrn zu verbreiten. 2. – Gorbatschow geht hier ähnlich vor wie in anderen Bereichen: Er nimmt „unbelastete" Leute aus der Provinz – auch auf die Gefahr hin, daß sie sich nicht oder noch nicht ganz auskennen – und setzt sie dann in die zentralen Apparaturen. Interessant ist dabei, daß Schewardnadse als Vorbereitung auf seine neue Position sofort die Vollmitgliedschaft im Politbüro zugestanden wurde – während etwa KGB-Chef Tschebrikow erst ein Jahr nach seiner Ernennung dieses Privileg gewährt wurde und der neue sowjetische Verteidigungsminister Marschall Sokolow bis heute vergeblich auf diese Ernennung wartet.

Das bedeutet zumindest die machtmäßige Gleichstellung Schewardnadses mit seinem Vorgänger Gromyko im Rahmen des Politbüros. In früheren Jahren war es keinesfalls notwendig oder selstverständlich, daß ein Sowjet-Außenminister Mitglied dieses Gremiums sein mußte. Gromyko selber wurde 1956 Mitglied des ZK, ein Jahr später Außenminister – aber es dauerte bis 1973, bevor er in die oberste Entscheidungskörperschaft der KPdSU aufgenommen wurde.

Hinzu kommt allerdings noch ein dritter Gesichtspunkt. Jeder sowjetische Parteichef handelt unter dem Primat der Innenpolitik. Gorbatschow hat mit seiner Entscheidung auch signalisiert, daß er in nächster Zeit außenpolitischen Fragen eine zwar nicht zweitrangige, aber doch nachgeordnete Bedeutung gegenüber den inneren Problemen beimißt. Erst muß die innere Position des „neuen Regimes" in Moskau konsolidiert werden. In der Zwischenzeit wird man mit den Amerikanern verhandeln, aber es wird keine entscheidenden Ergebnisse geben. Die jüngsten Andeutungen Gorbatschows in Dnjepropetrowsk lassen sogar den Schluß zu, die neue Kreml-Führung spiele mit dem Gedanken, die Gespräche mit den Amerikanern zu unterbrechen, um Zeit zu gewinnen.

Andererseits weiß Gorbatschow, daß die Zeit auch in der Weltpolitik nicht für, sondern gegen ihn arbeitet. Schon hört man von seinem Interesse an einem baldigen Gipfel mit Reagan. Sogar vor dem Straßburger Europa-Parlament will Gorbatschow auftreten – ein sensationeller Wunsch, dessen Erfüllung zur Folge hätte, daß der sowjetische Parteichef die politische Einigung Westeuropas anerkennt (was die Sowjets bisher strikt abzulehnen pflegten).

Für Gromyko, der in diesen Tagen 76 Jahre alt wird, bedeutet die jüngste Ernennung die vermutlich letzte Sprosse auf einer langen Karriereleiter, die ihn von Stalin über Chruschtschow zu Breschnjew, Andropow, Tschernenko und jetzt Gorbatschow durch alle Epochen der jüngeren Sowjetgeschichte führte – und zwar stets unangefochten, trotz der schweren innenpolitischen Turbulenzen, denen die Sowjetunion ausgesetzt war. Nicht gelöst ist die Frage, ob er von außen – also aus dem Präsidium des obersten Sowjets oder dem Politbüro – auf seine bisherige außenpolitische Domäne überhaupt Einfluß nehmen kann und will. Die Vorstellung, ein ahnungsloser Neuling Schewardnadse werde sich im Außenamt von einem Gromyko „fernsteuern" lassen, erscheint eher naiv. Gerade wenn der neue Mann sich nicht hundertprozentig sicher fühlt, wird es alles tun, um die Dinge selber in die Hand zu bekommen und keinem anderen das Feld überlassen.

Mit wenigen Griffen hat Gorbatschow das Bild der sowjetischen Führungsspitze grundlegend verändert. Er hat den von seinem Rivalen Romanow repräsentierten militärisch-industriellen Komplex zurückgedrängt. Er hat seinen Einfluß auf den außenpolitischen Apparat ebenso durch einen Außenseiter verstärkt wie seinen Zugriff auf die Kaderpolitik. Vieles deutet darauf hin, daß die Tage, in denen eine Persönlichkeit vom Schlage Gromykos die sowjetische Außenpolitik weitgehend nach eigenem Gutdünken gestalten konnte, vorbei sind. Der neue Chef will wirklich Chef sein. Die Fünfziger-Generation bleibt auch weiterhin auf dem Vormarsch.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

„Gesund und kraftvoll ins 21. Jahrhundert"

Der Verleger Axel Springer hat 49 Prozent vom Grundkapital seines Hauses breitesten Anlegerschichten zum Kauf angeboten. Das Interesse an den neuen Aktien war so groß, daß die Deutsche Bank bereits nach einem Tag die Zeichnung schloß. In einem Brief an die Belegschaft erläuert Springer seine Motive und skizziert die Zukunft des Verlagshauses.

Liebe Mitarbeiterin,
lieber Mitarbeiter,

seit langem beschäftige ich mich mit der Frage, wie die Zukunft unseres in die Größe gewachsenen Verlagshauses gesichert werden kann. Wir müssen das Unternehmen für die Herausforderungen wappnen, die sowohl in der Gestalt neuer Chancen auf den Märkten wie auch in Form möglicher kritischer wirtschaftlicher Entwicklungen entstehen können. Wie bisher muß auch in der kommenden Zeit unser Haus krisensicher, kraftvoll und schöpferisch bleiben.

Ich bin 73 Jahre alt. Nachdem mein Sohn Axel von uns gegangen ist, habe ich keinen direkten Erben mehr, der den Verlag kurzfristig persönlich weiterführen könnte. Das Haus Burda ist mit 24,9 Prozent am Axel Springer Verlag beteiligt. Eine höhere Beteiligung der Familie Burda, mit der ich seit Jahren befreundet bin, oder eine entsprechende Zusammenarbeit mit anderen Verlagsunternehmen in unserem Land wurde uns vom Kartellamt verwehrt.

Deshalb will ich nun durch den Verkauf von 49 Prozent meiner Anteile unser Haus auf eine breitere Grundlage stellen. Dabei habe ich sichergestellt, daß es keinerlei Einflußnahme von seiten unerwünschter Interessen auf die Journalisten, die Objekte und die Politik unseres Hauses geben wird.

Mein oberstes Ziel ist es, sowohl die verlegerische Unabhängigkeit unserer Blätter weiterhin zu wahren als auch unserem Haus eine dauerhaft stabile Gesellschafter- und Führungsstruktur zu geben. In den schwieriger gewordenen Zeiten kommt es mir darauf an, die Arbeitsplätze meiner Mitarbeiter langfristig, ja Generationen übergreifend zu erhalten. Wie in der Vergangenheit wird sich unser Haus auch in Zukunft seiner sozialen Verantwortung stellen.

Die verlegerische Verantwortung bleibt nach wie vor in meinen Händen. Ich behalte 26,1 Prozent der Aktien. Zusammen mit den 24,9 Prozent, die die Familie Burda hält, wird es also in Zukunft eine verlegerische Mehrheit von 51 Prozent geben. Im neunköpfigen Aufsichtsrat der AG werden die Familie Burda und ich fünf Sitze besetzen. Die Arbeit unserer Journalisten wird sich wie bisher an unseren vier Grundsätzen ausrichten.

Die Entwicklung des Hauses tritt mit dieser breiteren Absicherung in eine Phase ein, die wir aus der Geschichte der großen Wirtschaftsunternehmen kennen: Nahezu alle bedeutenden Unternehmen wurden einmal von einzelnen Personen gegründet und mit vollem persönlichen Einsatz und Risiko zu Größe und Ansehen gebracht. Um ihre Dauer zu garantieren, wurden sie dann aber nach einer gewissen Zeit in Aktiengesellschaften umgewandelt, mit fähigen Managern und Mitarbeitern an der Spitze. Nur so kann auch das Fortleben unseres Hauses über Generationen gewährleistet werden.

Das Haus ist gesund. Die Palette unserer Blätter reicht von der international hochangesehenen WELT zur größten deutschen Tageszeitung BILD. Wir geben die größte Frauenzeitung, BILD der FRAU, und HÖRZU, die größte Programmzeitschrift, heraus. Bei uns erscheinen die beiden Sonntagszeitungen WELT am SONNTAG und BILD am SONNTAG, ebenso wie die drei Lokalzeitungen HAMBURGER ABENDBLATT, BERLINER MORGENPOST und BZ, und – nicht zuletzt die Ullstein- und Propyläen-Bücher.

In diesem Jahr wurde in Ahrensburg die modernste Zeitungsoffsetdruckerei Europas in den Dienst gestellt. Wir verfügen in unseren Druckhäusern über eine technische Qualität, um die uns alle Welt beneidet. Das alles gilt es zu erhalten.

Ohne rechtzeitige Investitionen hätte das Haus seine Erfolge nicht begründen und ausbauen können. Weitere große Investitionen stehen bevor. Ich erinnere nur an die Neuen Medien, an denen sich unser Haus beteiligen muß, wenn wir in der Zukunft bestehen wollen. Wir müssen allen Herausforderungen auf den sich wandelnden Märkten gewachsen sein.

Meine Entscheidung, den Aktienbesitz breit zu streuen, dient der Zukunft unseres Unternehmens. Ich möchte sicherstellen, daß das Verlagshaus Axel Springer gesund und kraftvoll ins 21. Jahrhundert gehen kann.

Ihr

Axel Springer

Axel Springer: Behält die verlegerische Verantwortung
FOTO: NICO NAGEL



Friede Springer: Mitglied des Aufsichtsrats
FOTO: NICO NAGEL



Peter Tamm: Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG
FOTO: DIE WELT

Die Geiseln werden noch eine Weile schlecht schlafen

Von HORST STEIN

Botschafter Oakley schien die Situation eher lästig zu finden. Obwohl er der Reportermeute, Amerikanern zumeist, eigentlich nur Positives zu vermelden hatte – „die befreiten Geiseln sind wohlauf" –, blickte er mißmutig in die Kameras von ABC und NBC und wie die TV-Stationen alle heißen mögen.

„Lauter", riefen die Teilnehmer der improvisierten Pressekonferenz im Wiesbadener Lindsey-Hospital mehrmals, „Mikrophon", worauf der Chef des Amtes für Terrorismusbekämpfung im US-Außenministerium für eine Weile die Zähne mißmutig weiter auseinandernahm: Ja, 29 der 39 Amerikaner würden noch am Dienstag abend (21 Uhr MEZ) auf der Airbase Andrews bei Washington von Präsident Reagan mit Handschlag begrüßt werden. Gewiß, die Hijacker seien identifiziert – mit Hilfe der Zeugenaussagen von Besatzungsmitgliedern und Passagieren der entführten Boeing, von anderen Besatzungen, über die Aufzeichnungen elektronischer Kameras und ähnliches mehr.

Die Befreiten, betonte Oakley, hätten im übrigen alle freiwillig ausgesagt, so wie sie sich freiwillig den medizinischen und psychologischen Checks ausgesetzt hätten. Jeder der 39 Amerikaner mußte also während des kurzen Zwischenstopps im Wiesbadener Militärhospital dreimal durch die Mangel gedreht werden. „Wir haben nicht geglaubt, daß die Mediziner von Klinikchef Gilmore das in dieser Zeit schaffen", räumte Oakley ein. Warum denn das FBI die Befragungen geleitet habe und nicht die CIA, wollte ein Reporter wissen.

„Weil Flugzeugentführung nach amerikanischem Recht ein krimineller Akt ist", knurrte Ambassador Oakley und weigerte sich überhaupt zu bestätigen, daß die CIA oder ein anderer amerikanischer Geheimdienst an den Befragungen beteiligt gewesen sei. „No comment." Keine Einlassung gab es auch auf die Frage, ob die Befreiten Hinweise auf das Schicksal jener anderen sieben Amerikaner hätten geben können, die sich noch in libanesischem Gewahrsam befinden.

Der Eifer der Reporter wollte kein Ende nehmen. Seit dem Geisel-Marathon von Teheran (444 Tage) wissen sie, daß dies Thema amerikanischen Lesern und Fernsehzuschauern unter die Haut geht. Jeder Satz, jede Einzelheit ist da von emotionalem Belang. So bedauerten sie auch lebhaft, daß keiner von den Befreiten hatte zur Pressekonferenz kommen dürfen.

Als Botschafter Oakley nach 20 Minuten mit einem ungeduldigen Blick auf die Uhr verschwinden wollte, nötigte ihn eine letzte Frage, noch 20 Sekunden zuzugeben: Warum denn nur 29 von 39 zurückflögen, wo sie doch dem Präsidenten die Hand schütteln dürften. Eine solche Gelegenheit komme nicht alle Tage vor. „Dazu kann ich überhaupt nichts sagen", brummte Oakley, „das sind schließlich allesamt Privatleute."

Der Botschafter war sichtlich erleichtert, als sich die Reporterfragen dem Gesundheitszustand der befreiten Geiseln zuwandten, denn nun mußte Klinikchef Dr. Gilmore, ein Colonel, ran. Sein Fazit: Manche werden noch eine Weile schlechter schlafen, oder in überraschenden Situationen den Kopf verlieren. Ansonsten aber ist alles wieder in Butter.

In Mainz 18 Fragen an den Kanzler

Nea. Mainz

Bundeskanzler Helmut Kohl soll, wenn er am 18. Juli vor den Untersuchungsausschuß Parteispenden des rheinland-pfälzischen Landtags tritt, zu insgesamt 18 Einzelfragen aussagen. So jedenfalls wollen es die Beweisanträge der SPD-Mitglieder im Ausschuß.

Es handelt sich um Vorgänge aus der Zeit zwischen 1968 und 1976, als Kohl noch Fraktionsvorsitzender beziehungsweise Ministerpräsident in Mainz war. Über einen großen Teil der Spendenvorgänge hat sich der Kanzler schon vor dem Flick-Untersuchungssausschuß des Bundestags geäußert. Über andere Punkte des Beweisantrags liegen zwei schriftliche Äußerungen des Kanzlers dem Mainzer Untersuchungssausschuß schon seit längerem vor.

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping nennt die jetzt vorliegende Zustimmung auch der CDU-Fraktion zu Kohls mündlicher Befragung einen „von den Verhältnissen und der Entwicklung erzwungenen Durchbruch". In der CDU wird Kritik an der bisher zögernden Haltung der eigenen Fraktion laut: Da der Kanzler nichts zu verbergen habe, hätte man seiner Vernehmung sehr gut schon im Frühjahr zustimmen können, heißt es.

„Neue Heimat" verkauft Wohnungen

dpa, München

Besorgt reagierte Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) auf Ankündigungen des gewerkschaftseigenen Konzerns „Neue Heimat", 2000 Wohnungen in München zu verkaufen. Die Hälfte dieses jetzt noch billigen Wohnraumes wurde mit öffentlichen Mitteln gefördert. Kronawitter befürchtet negative Auswirkungen für die Mieter dieser Wohnungen. In einem Brief bat er daher die „Neue Heimat", die Rechte der in diesen Wohnungen lebenden Mieter langfristig zu sichern, teilte die Pressestelle der Stadt mit.

Der Gewerkschaftskonzern begründete seinen Entschluß mit der „sehr schmalen" Eigenkapitaldecke. Es solle jedoch vertraglich sichergestellt werden, daß die neuen Eigentümer dieser Wohnungen langfristig keinen Eigenbedarf geltend machen können und daß sogenannte Luxussanierungen ausgeschlossen werden. Für die derzeitigen Mieter würden sich voraussichtlich Mieterhöhungen auf das Niveau der üblichn Vergleichsmieten ergeben, sagte ein Sprecher der „Neuen Heimat".

Studienplätze in „DDR" beschränkt

dpa, Berlin

Fast 20 Prozent der Abiturienten in der „DDR", die im September ein Studium an einer Hochschule oder Universität aufnehmen wollen, müssen zunächst auf eine von ihnen nicht gewünschte Studienrichtung ausweichen. Nach Angaben des „DDR"-Ministerrats sind zum Beispiel in den Fächern Biologie, Medizin, Tiermedizin, Pharmazie und Architektur bis zu sechsmal mehr Bewerber als Studienplätze vorhanden. In den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern und in Betriebswirtschaft fehle es dagegen an Interessenten, heißt es in den Informationen nach Angaben des Informationsbüros West.

Die Zahl der in den einzelnen Studiengängen verfügbaren Plätze wird zentral vom Hochschulministerium in Ost-Berlin festgelegt. Für das Studienjahr 1985/86 haben sich insgesamt 27 450 Abiturienten beworben, rund 1000 mehr als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Besorgnis in USA über Aktivitäten des Ost-Berliner Geheimdienstes

Ehemaliger Geheimdienstler Ebert berichtet über Gespräche mit Kongreßabgeordneten

WERNER KAHL, Bonn

Agenten der Geheimdienste des Sowjetblocks haben nach Ermittlungen von Sicherheitsstellen in den USA bereits Vorarbeiten für das SDI-Programm ausgespäht und einen illegalen Technologietransfer für die Entwicklung eines eigenen Systems in der UdSSR organisiert. Das erklärte am Wochenende der gegen den ehemaligen Spion im Bundeskanzleramt während der Regierungszeit Willy Brandts, Günter Guillaume, ausgetauschte ehemalige deutsche Geheimdienstler Ottomar Ebert der WELT nach der Rückkehr aus Washington.

Nach der Entlassung aus lebenslanger Haft im „DDR"-Zuchthaus Bautzen, wo Ebert bis zum Austausch 1981 dreizehn Jahre in Einzelhaft war, hatte der 50 Jahre alte, langjährige Angehörige der westlichen Gegenspionage im Juni an Begegnungen von Sicherheitsexperten in den USA teilgenommen. Bei den Gesprächen standen die Offensive östlicher Geheimdienste zur Beschaffung des SDI-Forschungsprogrammes und westlicher Technologie sowie die vormilitärische Erziehung der Jugend in der „DDR" im Vordergrund. Mehrere Kongreßabgeordnete hätten bei einer Unterredung die Sorge geäußert, daß der Sowjetblock, vor allem durch den „DDR"-Geheimdienst, Perspektivagenten auf den Kern des SDI-Projektes angesetzt habe, sagte Ebert. In den USA erinnere man sich daran, wie Stalins Geheimdienste während des Zweiten Weltkrieges Wissenschaftler, die auf der Flucht vor Hitler in Nordamerika und England Asyl erhalten hatten, bei der Ausspähung des Atomprojektes „Manhattan" erfolgreich einsetzten.

Fragen nach der Affäre Guillaume

Die Enttarnung einer Reihe langfristig in der Marine und in der Industrie tätiger Spione habe jetzt in den USA schockartig die Aufmerksamkeit auf die „Maulwürfe" kommunistischer Nachrichtendienste gelenkt, betonte Ebert, der unter anderem in den 60er Jahren an der Aufdeckung eines verzweigten Spionageringes von „DDR"-Wissenschaftsagenten in der Bundesrepublik Deutschland und den Beneluxstaaten beteiligt war. Im Juli 1968 hatte er die Aufmarschplanung der Russen zur Invasion der CSSR beschafft.

Die angekündigte Reise des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in diesem Jahr in die „DDR" – die erste des Politikers nach 15 Jahren – ließ Abgeordnete in Washington nach Angaben Eberts ferner danach fragen, ob die Affäre Guillaume inzwischen vollständig aufgeklärt worden sei. „Einige unter den Kongreßabgeordneten wußten gar nicht, daß Guillaume und Brandt mal ein Team waren, und daß Guillaume durch seinen Platz im Vorzimmer des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt über alles Bescheid wußte," sagte Ebert.

Nur Guillaume hätte während seines Prozesses die Hintergründe seines Einsatzes bei dem damaligen Regierungs- und Parteichef Brandt offenlegen können, meinte Ebert. Nach dem beschleunigt betriebenen Austausch nach nur knapp sieben Jahren Haftzeit seiner dreizehnjährigen Freiheitsstrafe könne auch in absehbarer Zeit nicht mit den Memoiren des Ex-Kanzleramtsspions gerechnet werden. Die SED-Führung, die den Geheimdienst kontrolliere und somit über die Tätigkeit Guillaumes bei Brandt informiert gewesen sei, will nach Ansicht Eberts die gegenwärtige erneute Annäherungsphase an die SPD, von der sich die SED viel verspreche, nicht mit dem Aufwärmen der Affäre belasten.

In den Gesprächen in Washington habe er auch darauf verwiesen, daß Guillaume zwar für seine Karriere, die den Ostberliner Fotografengehilfen und Grafiker in das Bonner Machtzentrum brachte, eine ungewöhnlich große Portion Glück gehabt habe, sagte Ebert weiter. Doch ohne „Weichensteller" und „Schleusenwärter" in Bonn wäre ein solcher Außenseiter, der noch dazu aus dem „DDR"-Verlag „Volk und Wissen", einem in den 50er Jahren für Agentenunternehmen bekannten Staatsbetrieb, in den Westen gekommen war, nicht über die Einstellungshürden ins Bundeskanzleramt gelangt.

Der „DDR"-Geheimdienst bemühe sich bei allen Parteien, Organisationen und Gewerkschaften im Westen um Vertrauensleute in verantwortlichen Funktionen, die nichts weiter zu tun hätten als zu gegebener Zeit einen von der Zentrale in Ost-Berlin beziehungsweise Moskau benannten Mann oder eine Frau in eine bestimmte Position zu lotsen. Das gelinge nach Erkenntnissen der westlichen Abwehr nicht immer hundertprozentig, sei jedoch beispielsweise fast zur gleichen Zeit wie in Bonn auch im Fall des früheren Sprechers beim Berliner SPD-Landesvorstand, Heinrich Burger, geglückt, erklärte Ebert.

Aus seinen langjährigen Erfahrungen über die „DDR" teilte er Kongreßabgeordneten ferner mit, daß es bereits für Schüler in Mitteldeutschland ebenso wie in anderen Staaten des Sowjetblocks Zirkel unter dem Namen „Junge Kundschafter" gibt. So bezeichnet das kommunistische Regime seine Spione. Den Kindern und Jugendlichen werde entsprechend ihren Fähigkeiten eine komplette Agentenausbildung vermittelt. Dazu gehören Geheimschrift, Chiffrieren und Entschlüsseln geheimer Nachrichten, Funken und das Empfangen von Nachrichten über Kurzwellenradio sowie Funkfotografie. Nach dem Abitur beziehungsweise Lehrabschluß können „Junge Kundschafter" direkt vom Staatssicherheitsdienst übernommen und schon in der Praxis für das Spitzelwesen in der Universität oder im Betrieb eingesetzt werden. Die besten Gruppen und Einzelbesten werden jeweils jährlich vom Staatssicherheitsministerium empfangen.

Kinder werden zu Agenten ausgebildet

Ihm wurde erwidert, es sei zwar bekannt, daß es in der „DDR" eine reguläre mit modernsten Waffen ausgerüstete Armee gebe; dem amerikanischen Bürger sei jedoch kaum begreiflich zu machen, daß Kinder schon auf der Schulbank zu Agenten ausgebildet werden. Auch Schießausbildung und Paraden mit Mini-Panzern schilderte Ebert den Abgeordneten.

Der ehemalige Kanzleramtsspion Guillaume ist seit seinem Austausch vor allem mit Werbung unter der Jugend und der Vermittlung des von der Parteiführung erwünschten Feindbildes über die Bundesrepublik Deutschland befaßt. Während des Brandt-Besuches werde Guillaume „irgendwo im Hinterstübchen" in Bereitschaft sein, falls seine Erfahrungen gefragt sind, meinte Ebert aus der Praxis des Geheimdienstes. Beim Ministerium für Staatssicherheit ist es nach seinen Worten üblich, Gespräche zwischen SED-Funktionären und westlichen Politikern in Ton und Film festzuhalten. Möglicherweise würden Guillaume Videoaufzeichnungen vorgespielt, um zu erfahren, was von interessierenden Bemerkungen des Bonner Gastes zu halten sei oder um seine Mimik zu beurteilen, ob es sich zum Beispiel um echte oder zur Schau gestellte Gestik handele, denn schließlich kenne keiner im Osten Willy Brandt besser als Guillaume.

Die Angst der Genossen vor den „besseren Sozialdemokraten"

Von D. GURATZSCH

Als die hessische SPD am vergangenen Wochenende in Friedberg auf einem Sonderparteitag das Bündnis mit den Grünen diskutierte, da trat zum Erstaunen vieler Delegierter auch Sozial- und Umweltminister Armin Clauss mit einem flammenden Plädoyer für die rot-grüne Zusammenarbeit ans Rednerpult. Er hatte in der Vergangenheit als äußerst distanzierter Kritiker des sich anbahnenden Bündnisses gegolten.

Nun aber stellte er seinen Parteigenossen mit vor Eifer gerötetem Kopf einige aus seinem Mund völlig unverhoffte Fragen. „Seid Ihr Euch eigentlich so sicher, ob wir soviele sozialdemokratische Inhalte wie in den letzten Monaten tatsächlich umgesetzt hätten, wenn wir die absolute Mehrheit gehabt hätten?" rief der aus dem DGB hervorgegangene SPD-Politiker dem verdutzten Parteitag zu. Er habe seine Zweifel, ob das ohne die Grünen möglich gewesen wäre, und er wolle nur zu bedenken geben, ob die Grünen nicht vielleicht dabei seien, klammheimlich „ein paar Felder zu besetzen, die im Grunde unsere sind?"

Clauss konstatierte, die SPD habe mit den Grünen „mehr gemeinsame Ansätze als mit jeder anderen Partei". In die rot-grünen Vereinbarungen sei nichts eingegangen, was sich gegen die „Mehrheit der Arbeitnehmer" richte. Und auch die in seinem Haus zu verantwortende rot-grüne Müllpolitik habe den Interessen des Landes nicht etwa geschadet, sondern gedient. Clauss: Wer die beste Entsorgungspolitik macht, der sichert auch die Industriestandorte." Bisher habe in Hessen noch kein Betrieb wegen Umweltvergehen geschlossen werden müssen."

Das ein wenig grobschlächtige Bild von den Erfolgen rot-grüner Bündnispolitik hat höheren Wert als freie künstlerische Phantasie denn als naturgetreue Darstellung mit Wahrheitsgehalt.

Indessen zeigen die Ausführungen von Clauss, daß die Parteispitze das Gespenst ausgemacht hat, das beim DGB, aber auch in den Parteigliederungen umgeht: Es heißt Verunsicherung. Und die Gratwanderung Börners ist nicht eben dazu angetan, ihm den Weg zu verlegen. Zu laut darf der Ministerpräsident und Landeschef der SPD die Erfolge seiner Politik gegenüber den Grünen nämlich nicht herausstreichen, weil sonst die grüne Basis ihrer Landtagsgruppe, die das Bündnis mit Börner will, die Gefolgschaft verweigern würde.

Demgegenüber machen die Grünen ziemlich unbekümmert von allen Registern der Selbstdarstellung Gebrauch. Sie präsentieren die Rechnung, daß im soeben gemeinsam mit der SPD verabschiedeten Landeshaushalt 1985 grüne Programmteile von jährlich 200 Millionen Mark enthalten seien. Zuzüglich weiteren 20 Millionen für grüne Änderungsanträge am Regierungsentwurf. Als Schwerpunkte grünen Einflusses werden die neue „dezentrale Energiepolitik" (ein 380-Millionen-Paket für vier Jahre), die Abfallpolitik (80 Millionen für vier Jahre), das Frauenprogramm (acht Millionen jährlich) sowie Maßnahmen

Länderbericht Hessen

zur Verkehrsberuhigung, zu Radwegebau und Schallschutz (25 Millionen) bezeichnet.

Wenn man ins Detail geht, sieht die Sache manchmal weniger großartig aus. Die Abfallpolitik – bestehend hauptsächlich in der Unterstützung von Modellvorhaben zur getrennten Mülleinsammlung – läuft landesweit nur schleppend an und ist in einigen CDU-Kommunen sehr viel weiter als in rot-grün regierten Gemeinden gediehen. So kann die Stadt Frankfurt zum Beispiel ihre Großdeponie Buchschlag überraschend einige Jahre länger offenhalten – hauptsächlich dank getrennter Mülleinsammlung, die in der CDU-Metropole schon einige Jahre mit Großcontainern beispielhaft praktiziert wird.

Bei der Energiepolitik fließt die Masse des Geldes in ein einziges Vorhaben – ein von der seinerzeit regierenden CDU-Mehrheit beantragtes Wirbelschichtheizkraftwerk in Offenbach, während ausgerechnet in Kassel, wo die SPD die Grünen „ausgeschwitzt" hat und jüngsthin wieder allein regiert, der bereits beschlossene Einbau eines Wirbelschichtkessels in das als „Dreckschleuder" berüchtigte städtische Kraftwerk flugs wieder abgeblasen wurde – trotz großspurig in Wiesbaden verkündeter „neuer Energiepolitik" mit Stärkung gerade der „kommunalen Strukturen" und – für die Grünen blanke Ironie – auch noch mit Zuschüssen ausgerechnet aus den Töpfen dieser Energiepolitik. „Daß die SPD ökologische Prinzipien sofort über Bord wirft, wenn sie uns los ist, das ist natürlich für unsere eigene Wahlkampfstrategie sehr angenehm", tröstet sich der aus Kassel stammende Haushaltsexperte der Ökopartei, Reinhold Weist.

Andere grüne „Schwerpunkte" im hessischen Haushalt nehmen sich leicht exotisch aus. Aus dem Gesundheitssektor werden 685 000 Mark in Selbsthilfeprojekte wie ein geplantes Frauengesundheitszentrum, einen ambulanten Versorgungsdienst auf Naturheilbasis, ein Forschungsvorhaben des Gießener Professors Horst-Eberhard Richter zur Lebens- und Arbeitssituation von Türkinnen in der Bundesrepublik sowie eine Zeitschrift „Öko-Med" gesteckt. Zwei regionale „Jugendprojekte" schlucken 300 000 Mark, für ambulante Altenbetreuung werden 500 000 Mark aus dem Etat für den Neubau von Altenheimen umgeschichtet.

In der Zusammenstellung der den Sozialdemokraten abgetrotzten Haushaltsmittel für grüne Inhalte rangieren genuin „grüne" Positionen seltsamerweise am Schluß. Dabei handelt es sich um erkleckliche Summen: Zwölf Millionen Mark gegen das Wäldersterben, aufgeschlüsselt für Maßnahmen zur Bodenverbesserung, Naturverjüngung, Borkenkäferbekämpfung und Einstellung von hundert Waldarbeitern, zusätzliche zehn Millionen für Kläranlagen und weitere 4,5 Millionen für die Beseitigung von Altlasten einer ehemaligen Sprengfabrik. Nimmt man noch die politischen „Skalps" hinzu, die die Grünen nach Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der SPD triumphierend hochhalten, allen voran das Konzept zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie, so erscheint die Nervosität in der SPD verständlich.

Sie hat inzwischen selbst einen Mann wie den hessischen Juso-Chef Gernot Grumbach erfaßt, der allzeit einer der vehementesten Vorkämpfer des rot-grünen Bündnisses war. In Friedberg warnte er davor, das Feld der Umweltpolitik bei einer Koalition allein den Grünen zu überlassen. „Wir dürfen nicht aufhören, sowohl in der Sozial- als auch in der Umweltpolitik Konkurrenten für die Grünen zu sein", rief der Juso-Mann – ein Zeichen für die Umwälzung in der hessischen SPD: Grünen-Kritiker Clauss feiert die Ökologen als „bessere" Sozialdemokraten, Grünen-Vorkämpfer Grumbach warnt vor ihrer „Konkurrenz". Wo ist sie geblieben, die vielberufene „Identität" der Sozialdemokraten?

„Die Deutschen sind nicht technikfeindlich"

Tagung in Berlin zum Thema Gesellschaft und Technologie

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Wie muß technologische Innovation aussehen, damit sie von der Gesellschaft akzeptiert wird, und wie kann man neue Technologien in den Dienst wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung stellen? Diese Fragen richtete der Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig an die Teilnehmer einer Tagung über „Gesellschaftliche Bedingungen technologischer Innovation".

Angesichts der Komplexität des Themas und der aufgeworfenen Fragen war mit schnellen und simplen Antworten nicht zu rechnen. Aufschlußreich war immerhin, daß von allen Tagungsteilnehmern bestritten wurde, es gäbe eine grundsätzliche Feindlichkeit in der deutschen Bevölkerung gegenüber der Technik und technologischen Innovationen. Unwidersprochen qualifizierte der Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin, Meinolf Dierkes, das Gerede von der allgemeinen Technikfeindlichkeit als „Geschwätz".

Dies wurde auf der Tagung auch durch Umfragen, die vom Institut für Demoskopie in Allensbach zu diesem Thema durchgeführt wurden, bestätigt. In der Gesellschaft der Bundesrepublik sei ein eher unterentwickeltes Interesse für Probleme moderner Technologien und ein weit verbreitetes Vertrauen in die Fähigkeit von Staat und Gesellschaft zur Bewältigung technologischer Probleme vorhanden, konstatierte Jochen Hansen vom Allensbacher Institut.

Aufklärung tut Not

Allerdings seien Ängste und Skepsis gegenüber Kernkraft, Tierversuchen und Computern in Teilen der Bevölkerung nicht zu übersehen. Gehe man jedoch der Sache auf den Grund, werde man feststellen, daß es sich bei Protestaktionen, ob sie sich nun gegen Kernkraftwerke, Tierversuche oder den Einsatz von Computern richten, immer wieder um den selben Personenkreis handele, der „dagegen" sei. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß durch Aufklärung und Information bei diesem Kreis von Protestierenden nichts zu erreichen sei, weil sie aus ideologischer Voreingenommenheit es ablehnten, sich zu informieren.

Doch abgesehen von diesem Kreis von Verweigerern aus grundsätzlichen Erwägungen wurde auf der Berliner Tagung deutlich, daß Information und Aufklärung für die gesellschaftliche Akzeptanz technologischer Innovationen von fundamentaler Bedeutung ist. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers, vertrat die Ansicht, daß die moderne Industriegesellschaft in wachsendem Maße von der Information geprägt werde. Bisher seien die Gesellschaften der Industrienationen jedoch „höchst unzureichend" mit Informationen versorgt worden. Auch die öffentliche Verwaltung sei im Blick auf die Informationslage im Grunde noch ein wenig „das Relikt des Obrigkeitsstaates".

Wandel der Werte

Im Laufe der Diskussion stellte sich dann allerdings heraus, daß die Informationsproblematik im Hinblick auf die gesellschaftliche Akzeptanz technologischer Innovationen weniger im Fehlen von technischen Informationen, sondern vielmehr im Herausfiltern relevanter Informationsdaten aus der Überfülle des Informationsflusses zu suchen ist.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolf-Michael Catenhausen, Vorsitzender der Enquete-Kommission für Gentechnologie, sprach von einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber neuen Technologien. Sie sei vor allem darin begründet, daß die Einführung neuer Technologien nicht nur eine umfassende Änderung des Arbeitsplatzes impliziere, sondern auch einen Wandel im Wertsystem unserer Gesellschaft nach sich ziehe. Angesichts der Möglichkeit der Selbstzerstörung und der Unfähigkeit, das Arbeitslosenproblem zu lösen, habe sich ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber technologischen Innovationen eingestellt.

In der Abschlußdebatte wurde hervorgehoben, daß das Gefühl der Ohnmacht gegenüber neuen technologischen Entwicklungen auch mit der Unverständlichkeit der Sprache der Technik für viele Menschen zusammenhängt. Die Frage, wie man die komplizierten Zusammenhänge moderner Technologien dem Durchschnittsbürger verständlich machen kann, wurde von dem Berliner Expertengremium allerdings mit Ratlosigkeit beantwortet.

SPD dringt auf andere Strategie der NATO

In seiner Londoner Rede begründet Vogel auch Nein zu SDI

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien (ISS) in London hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel in einer grundsätzlichen Rede erstmals seit Verlust der Regierungsverantwortung in Bonn die Haltung der Sozialdemokratie zu sicherheitspolitischen Fragen umrissen. Dabei unterstrich Vogel das Bekenntnis der SPD zur NATO, bejahte die Bundeswehr als „Instrument der Kriegsverhütung" und fügte hinzu, die Militärstrategie der Allianz sei änderungsbedürftig. Solange darüber aber kein Einvernehmen zu erzielen sei, „gilt die gegenwärtige Strategie". Der Bonner Oppositionsführer berief sich auf die „Kernelemente" des Harmel-Berichts, nämlich ausreichende militärische Stärke und die Bereitschaft zu Entspannung und Dialog. Das Bemühen um das zweite Element müsse verstärkt werden, wo der Rüstungswettlauf „bereits wahnwitzige Dimensionen" angenommen habe und „neuerdings zu eskalieren" drohe.

Mit dieser Bemerkung zielte Vogel ins Zentrum der gegenwärtigen SDI-Diskussion und erinnerte daran, daß die SPD um der Verhinderung eines „Rüstungswettlaufs in den Weltraum" willen bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine deutsche Beteiligung an einer strategischen Verteidigung abgelehnt habe. Vogel nannte in London fünf Gründe: Mit SDI würde ein „heute waffenfreier Raum" in den Rüstungswettlauf einbezogen und dieser Konkurrenz eine neue Dimension geben.

„Gefährlicher Schub"

Der Erfolg des Projekts aber sei ungewiß, weil selbst bei einem angenommenen Grad von 85 Prozent Schutzwirkung gegen ballistische Raketen genügend Sprengköpfe „zur Vernichtung des Lebens ganzer Kontinente" durchdrängen. Drittens würden die gültigen Rüstungskontrollverträge über ABM und SALT in Frage gestellt. Schließlich würde sich nach Vogels Worten die Militärstrategie wieder zurückentwickeln zu einer der massiven Vergeltung gegen Bevölkerungszentren und Industrieanlagen, und „mehr als fraglich" sei letztlich die „technologische Schubwirkung" von SDI.

Diesen Argumenten fügte der Redner einen „sehr grundsätzlichen Gedanken" hinzu. Vogel: „Wir glauben nicht, daß ein zutiefst politisches Problem mit technischen Mitteln gelöst werden kann." Er erinnerte an George W. Ball, der meinte, Präsident Reagans Strategische Verteidigungsinitiative und ihr „rein mechanischer Ansatz" leugne die Realität, daß die Welt von einer nuklearen Bedrohung solange nicht befreit sein werde, bis ein Interessenausgleich und ein Abkommen über Koexistenz zwischen den Nuklearmächten gefunden sei.

Beitrag der Deutschen

Zur Erläuterung des SPD-Interesses an Dialog und Entspannung mit dem Osten bekräftigte Vogel die Notwendigkeit der Fortsetzung der Ost- und Deutschlandpolitik. In der Regierungszeit der SPD habe sie dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu stabilisieren. In dieser Richtung könnten die beiden deutschen Staaten nach seinen Worten „durchaus einen eigenständigen Beitrag" leisten. Vogel erwähnte die von SPD und SED erarbeiteten Vorschläge für eine chemiewaffenfreie Zone und kündigte „in absehbarer Zeit einen konkreten Meinungsaustausch" mit der SED über die Möglichkeiten der Schaffung eines atomwaffenfreien Streifens in Deutschland an. Gleichzeitig aber ließ der Oppositionsführer keinen Zweifel daran, daß die SPD weiterhin die geistig-politische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie führen müsse und sich dabei an den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiere. Dies sei für die „überschaubare Zukunft" nur möglich, wenn beide deutsche Staaten in ihr jeweiliges Bündnis eingebunden blieben.

Deutlich äußerte Vogel Vorbehalte gegen die geltende NATO-Strategie der Abschreckung. Von den Völkern werde „nicht mehr lange akzeptiert" werden, daß sie „im Grunde mit der Vernichtung dessen drohe, was verteidigt werden soll". Vor diesem Hintergrund beteilige sich die SPD an der Diskussion um die konventionelle Stärkung der konventionellen NATO-Kräfte in Europa. Doch ohne Änderung der Struktur der Bundeswehr lasse sich deren „Kriegsverhütungskraft" in den neunziger Jahren nicht aufrechterhalten.

Streit in der Union um Gang nach Karlsruhe

Abtreibung: Geben CSU-Frauen Druck aus München nach?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die 18 weiblichen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU lehnen nach wie vor genauso wie die FDP eine Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 ab. Allerdings ist ihre klare Front in der Frage einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Ziel, daß Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen finanziert werden dürfen, in Bewegung geraten. Mindestens die drei CSU-Frauen in der Unionsfraktion lehnen eine Klage in Karlsruhe, die inzwischen von Rheinland-Pfalz erwartet wird, nicht mehr ab.

Dazu meinten deren CDU-Kolleginnen Renate Hellwig und Ingrid Roitzsch, die drei würden von der bayerischen Regierung und der CSU-Landesgruppe gedrängt. „Ich halte das nicht für koalitionsfördernd", kritisierte Renate Hellwig. Ingrid Roitzsch bezeichnete eine solche Klage als „untauglichen Versuch, durch Strafe und Geldentzug etwas zu ändern". Unterstützung erhielten die beiden gestern auch von der FDP-Sozialexpertin Irmgard Adam-Schwaetzer. Es sei „bemerkenswert, daß Bayern nicht selber klagt, sondern sich hinter anderen versteckt". Michaela Geiger (CSU) hatte mit Blick auf den „katholischen Süden" und die Gegner der Abbrüche auf Krankenschein erklärt: „Wie auch immer ich dazu stehe, ich muß das akzeptieren und muß das ernstnehmen."

Sollen Kassen zahlen?

Noch im Februar letzten Jahres hatten sich die CDU/CSU-Politikerinnen geschlossen gegen eine von 74 ihrer männlichen Kollegen vorbereitete Gesetzesvorlage gewandt. Nach ihr sollten die Krankenkassen nicht mehr die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche „im Rahmen der Indikation der ‚sonstigen schweren Notlage' übernehmen". Als Sprecher der Abgeordnetengruppe hatte Herbert Werner am Montag erklärt: „Es geht darum, ob Beitragszahler über Krankenkassen zur Mitfinanzierung von Tötungshandlungen durch ein einfaches Gesetz gezwungen werden können."

Die drei Politikerinnen von CDU und FDP glauben, daß der erwartete Vorstoß aus Mainz keine großen Erfolgsaussichten haben werde. Irmgard Adam-Schwaetzer verwies darauf, daß das Bundesverfassungsgericht bereits schon einmal eine derartige Klage nicht angenommen hat. Renate Hellwig meinte, als Problem stelle sich „der Mißbrauch mit der Notlage". Hier werde das Gericht sagen: „Stellt erst mal den Mißbrauch ein, bevor ihr hier Klage erhebt."

Ähnlich äußerte sich auch Ingrid Roitzsch im WELT-Gespräch. Es müsse mehr zum Schutz des ungeborenen Lebens getan werden. Denn es sei „ein Skandal", daß es in der Bundesrepublik Deutschland „nach vorsichtigen Schätzungen" mindestens 200 000 Abtreibungen wegen sozialer Notlagen gebe.

22 000 Frauen geholfen

Hier würden ihre männlichen Kollegen mit ihrem Vorstoß „das Problem verwässern und an Symptomen herumkurieren". Denn es würde „keine einzige Abtreibung" verhindert, wenn die Krankenkassen die Kosten nicht mehr zu übernehmen hätten. Vielmehr würden sozial schwache Frauen wieder bei Kurpfuschern landen. Wenn aber eine normal-medizinische Versorgung nicht stattfinde, würden nach Ansicht von Kassenvertretern die Folgekosten „durch lebenslange Schäden, sowohl körperlicher als auch seelischer Natur wesentlich höher sein."

Ingrid Roitzsch („Ein Schwangerschaftsabbruch darf keine nachträgliche Schwangerschaftsverhütung sein") forderte deshalb nachdrücklich, den Frauen die Entscheidung zum Kind auch von der materiellen Seite her weiter zu erleichtern. Dabei sei es bereits ein großer Erfolg, daß die „Stiftung Mutter und Kind" pro Jahr 50 Millionen Mark zur Verfügung habe und bisher bereits 22 000 Frauen geholfen habe. Gleichzeitig hielt sie der SPD vor, im Bundestag gegen die Stiftung gestimmt zu haben und jetzt nach mehr Mitteln zu rufen. „Dicke Bausteine für eine sinnvolle Familienpolitik" seien auch das von Januar an gültige Erziehungsgeld, das für die Dauer von zehn Monaten 600 Mark je Monat betrage, die Erhöhung des Kindergelds für das erste Kind, die Kinderfreibeträge und die Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Renten. Verbessert werden müsse aber auch die rechtzeitige und frühzeitige Aufklärung junger Menschen.

Generalstreik in Israel gegen das Notprogramm

Gewerkschaft und Regierungsparteien in der Zwickmühle

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Das israelische Volk streikte gestern gewissermaßen gegen sich selbst. Die Histadrut (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) hatte einen – vorläufig – eintägigen Generalstreik ausgerufen, um gegen die am Montag erlassenen drastischen Sparmaßnahmen der Regierung zu protestieren. Diese, so wird befürchtet, könnten den Lebensstandard um rund 30 Prozent senken.

Allerdings war nicht recht klar, gegen wen eigentlich gestreikt wurde. Die Mehrzahl der Minister nämlich, die das Notprogramm beschlossen haben, sind selbst Mitglieder der Histadrut. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sind Arbeitnehmer, und die meisten von ihnen gehören wiederum der Gewerkschaft an. Die regierende Arbeiterpartei mit Ministerpräsident Shimon Peres und der Hälfte der Minister hat eine absolute Mehrheit in der Histadrut. Selbst der Likud-Block, dem die übrigen Minister angehören, ist mit 21 Prozent vertreten.

Die Leidtragenden des Streiks sind also zum allergrößten Teil die Streikenden selbst. Nach Schätzung des Vorsitzenden des Industriellen-Verbandes, Eli Horowitz, wird der Produktionsausfall dieses einen Streiktages die Volkswirtshaft 90 Millionen Dollar kosten – viel mehr, als der notleidende und eben deshalb seine Bürger unter rigorosen Sparzwang setzende Staat ertragen kann.

Das war der erste Generalstreik in der Geschichte des ansonsten an Streiks nicht eben armen Landes. Industrie und öffentliches Leben waren gänzlich lahmgelegt – mit Ausnahme lebenswichtiger Bereiche wie Sicherheit, Stromversorgung und öffentlicher Verkehr. In Tel Aviv blieben sogar die Devisenschwarzhändler zuhause. In den Jerusalemer Ministerien waren lediglich Schlüsselpositionen mit einem kleinen Beamtenstab besetzt – sie hatten „Dienstverpflichtungsbefehle" erhalten.

Während der Debatte über die Notmaßnahmen in der Knesset kam es, nachdem Finanzminister Yitzhak Modai sie begründet hatte, zu lärmenden Szenen. Nichtsdestoweniger wurde das Sanierungsprogramm schließlich gebilligt. Bezeichnend für die Ironie der Lage ist es, daß die Sprecher der Arbeiterpartei nur den Finanzminister kritisierten, denn der gehört dem Likud an. Auf der Seite des Likud hingegen griffen die Gegner des Plans nur Ministerpräsident Peres an, denn der ist Chef der Arbeiterpartei. Tatsache ist, daß Peres und Modai gemeinsam den Plan ausgearbeitet haben.

Zum Teil entspringt die Entrüstung der Histadrut dem Umstand, daß die Regierung das Programm nicht auf dem normalen Weg der Gesetzgebung verwirklichen will, sondern in der Form von Notverordnungen, und damit bestehende Kollektivverträge außer Kraft setzen will. Der Vorwurf trifft zu, ist aber nicht fair. Denn seit Einsetzung der „nationalen Einheitsregierung" vor neun Monaten versuchen Peres und Modai, einen Sparplan mit der Histadrut auszuhandeln. Bisher scheiterten sie an der beharrlichen Weigerung der Gewerkschaft, das Prinzip der ständigen Lohnanpassung an die Preisentwicklung aufzugeben. Diese Indexierung aber ist tödlich für jeden Sanierungsansatz.

Zudem ist zu vermuten, daß die in der Histadrut vorherrschende Arbeiterpartei größeren Kritikeifer zeigt, als sie empfindet. Denn sie muß ihre Mehrheit stets gegen Widersacher von links wie auch von rechts verteidigen. Links sind es die Radikalsozialisten der Mapam-Partei und die Kommunisten, rechts ist es der Likud. (SAD)

Giscard: Familien fördern

Gefahr der Überfremdung Frankreichs durch Afrikaner

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing sieht sein Land heute „bereits schwer in seiner Identität gefährdet", da es des Problems der Einwanderung, vor allem aus Nord- und Schwarzafrika, nicht Herr geworden und seine Geburtenrate rückläufig ist.

In einem Interview mit einer Pariser Wochenzeitung sagte Giscard, Frankreichs Bevölkerung sei in leichtem Rückgang in einer Welt, die sich in ständiger ungehemmter Bevölkerungsexplosion befinde. Das „könne nicht gut gehen". Giscard empfiehlt daher sofortige familienfördernde Maßnahmen wie erhöhtes Kindergeld für das dritte Kind oder einen „Lohn für die Frau und Mutter."

Giscards Warnung kommt indes in einem Augenblick, in dem die Bevölkerungsstatistik Frankreichs seit Jahren wieder eine geringe Aufwärtsentwicklung anzeigt. Ende 1984 zählte das Land etwas über 55 Millionen Einwohner. Die Differenz zwischen Neugeburten und Todesfällen (276 000 gegen 225 000) war seit 1975 noch nie so groß. Dies wird vor allem auf eine geringere Säuglingssterblichkeit zurückgeführt.

Demographen warnen indes davor, daß ein guter Teil dieser höheren Zahl von Neugeburten aus dem seit längerer Zeit angesiedelten Einwanderermilieu kommt, also nicht den französischen Volksteil verstärkt. Gerade hierin sieht Giscard eine wachsende Gefahr für die „französische kulturelle und religiöse Identität".

Frankreich, so der Ex-Präsident, habe seine Tore den Einwanderern immer weit geöffnet und seit Jahrhunderten Europäer, vor allem Polen, Italiener und Spanier, aufgenommen. Als Angehörige der „jüdisch-hellenistisch-christlichen Religionstradition" hätten sie sich in Frankreich problemlos integriert. Seit einiger Zeit aber wanderten „Gruppen" für kürzere oder längere Zeit ein, die sich nicht in die Gemeinschaft eingliedern, sondern draußen blieben. Giscard sprach dabei offen von den „Maghrebinern" (Nordafrikanern), die sich nicht einzugliedern wünschten und daher nicht unbegrenzte Zeit auf französischem Boden bleiben dürften. „Wenn wir nicht aufpassen, werden wir bald eine libanesische Situation haben," sagte Giscard.

Unmittelbar nach Giscards Ausführungen legte seine Partei UDF ein Weißbuch zur Einwanderungspolitik vor, das äußerst restriktive Maßnahmen zur Kontrolle von Neuzuwanderern und zur Ausweisung illegaler Einwanderer enthält. Wer bleiben will, so das UDF-Papier müsse die französische Staatsbürgerschaft wählen und sich „religiöser und kultureller Bräuche befleißigen, die mit denen der Gastnation vereinbar sind", oder müsse in sein Herkunftsland zurückkehren. Ähnliches verlangt seit Monaten der als „Rechtsextremist" eingestufte Chef der „Nationalen Front", Jean-Marie Le Pen.

Auf Dominica behauptet sich Mary Charles

DW. Bonn

Bei den Parlamentswahlen auf der Karibikinsel Dominica konnte die regierende „Freiheitspartei" unter Ministerpräsidentin Mary Eugenia Charles erwartungsgemäß einen hohen Wahlsieg verbuchen. Nach der ersten offiziell noch nicht bestätigten Auszählung errang die konservative Regierungspartei 59 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für die linksgerichtete „Arbeiterpartei" wurden 39 Prozent errechnet.

Trotz des hohen Sieges büßte die Partei der Ministerpräsidentin aber im Vergleich zu den Wahlen 1980 zwei Sitze ein und verfügt nun über 15 der insgesamt 21 Abgeordnetenmandate.

Die 66jährige Mary Eugenia Charles ist seit 1980 Ministerpräsidentin in dem bis dahin von der „Arbeiterpartei" regierten Inselstaat. 1983 war sie mit einem spektakulären Schritt bekanntgeworden: Als Vorsitzende der Ostkaribischen Staatengemeinschaft (OECS) hat sie damals Ronald Reagan um Hilfe, aus dem „Marxistischen Vorposten" auf Grenada eine stabile Demokratie mit parlamentarischer Verfassung zu machen.

Im eigenen Land konnte die Politikerin bereits Erfolge verzeichnen: Während ihrer ersten Regierungsperiode gelang es ihr, das Haushaltsdefizit um zwei Drittel zu verringern.

In Havanna ein Büro für die Kirchen

KNA, Havanna

Erstmals in seiner Geschichte hat das marxistische Regime auf Kuba die Eröffnung eines „Büros für kirchliche Angelegenheiten" in der Hauptstadt Havanna zugelassen. Als Leiter des Büros wurde Jose Felipe Carneado bestimmt, der in den vergangenen 20 Jahren als Vermittler zwischen dem Regime Fidel Castro und den Kirchen fungierte.

Kirchenvertreter auf Kuba äußerten sich erfreut über diese Entwicklung und sehen darin eine Bereitschaft der Regierung, „Vorurteile und Mißverständnisse zu vergessen und ein neues Verhältnis zu den Kirchen zu finden."

Die Eröffnung des Büros ist das Ergebnis eines Kompromisses, der im Januar dieses Jahres bei Verhandlungen zwischen Bischöfen und Vertretern der Regierung ausgehandelt wurde. Dies zumindest geht aus einer Erklärung der Kirchen in Kuba hervor, die inzwischen von einem peruanischen Wochenblatt nachgedruckt wurde.

Von der Gesamtbevölkerung Kubas gehören etwa 90 Prozent der katholischen Kirche an. Darüber hinaus gibt es zahlreiche protestantische Gemeinschaften. Der Vatikan hatte sich mehrmals bemüht, zu einer Verbesserung der Situation der Krche unter Castro beizutragen.

Untersuchungen zur Jugendarbeitslosigkeit: Kann das Fernsehen helfen?

Auf die richtige Sprache kommt es an

Vielleicht total konkrete Sendungen, ganz einfach, daß im Radio oder im Fernsehen durchgegeben wird, welche Lehrstellen frei sind." So lautet die Antwort eines arbeitslosen Jugendlichen auf die Frage, wie Fernsehen oder Hörfunk ihm helfen könnten. Mit der Problematik „Arbeitslose Jugendliche – eine Zielgruppe für Fernsehen und Hörfunk?" befaßt sich eine Studie des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), das seinen Sitz beim Bayerischen Rundfunk in München hat.

Die Untersuchung des IZI stützt sich auf eine Zahl von 200 000 gemeldeten Arbeitslosen in der Gruppe der 15- bis 20jährigen und auf 420 000 Beschäftigungslose unter den 20- bis 25jährigen. Die Kritik der Jugendlichen setzt bereits bei den mangelnden Hinweisen auf Sendungen über Jugendarbeitslosigkeit an. Sie würden, so glauben sie, von den Anstalten nicht entsprechend angekündigt. Den gleichen Vorwurf müssen sich die Printmedien gefallen lassen, die zwar ausführlich auf Spielfilme und Shows, kaum aber auf Programme mit „Randthemen" hinwiesen.

Wichtig ist die Präsentationsform. Immer wieder wird diskutiert, ob solche Sendungen mit Musikbeiträgen aufgelockert werden sollen. Da reichen die Meinungen von „Sie erreichen bei jungen Leuten überhaupt nichts, wenn Sie sie nicht über das Musikinteresse zu erreichen versuchen" bis zu „Ich habe bisher immer nur erlebt, daß die in Unterhaltung eingepackte Information überhaupt nichts bringt" – so zwei Hörfunkredakteure. Die Mehrheit der jugendlichen Hörer und Fernsehzuschauer plädiert für eine Auflockerung durch Musik. Doch solle kein „Etikettenschwindel" betrieben werden, d. h., es sollte nicht ein attraktives Musikprogramm vorgeschoben werden, wenn sich dahinter eine ernsthafte Sendung über Arbeitslosigkeit verbirgt.

Je nach Vor- und Ausbildung der Jugendlichen herrschen unterschiedliche Vorstellungen über die Art der Themen-Vermittlung. Während „minderqualifizierte Jugendliche" eher formale Anreize wie Musik und Action brauchen, sind solche mit höherer Ausbildung offensichtlich eher fähig, abstrakte Inhalte aufzunehmen. Als „besser Qualifizierte" gelten Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Realschüler und Gymnasiasten. Dagegen verlangen Hauptschüler oder Jugendliche ohne Schulabschluß bzw. Berufsausbildung eher konkrete Hilfe von Rundfunk und Fernsehen, beispielsweise Adressen von Beratungsstellen, Jugendzentren und Hilfen bei der Bewerbung.

Rund um Arbeit – ZDF, 19.30 Uhr

Eine andere Forderung der Jugendlichen und der befragten Bezugspersonen war die nach dem „adäquaten" Moderator solcher Sendungen. Abgelehnt wurde ein Moderator, der „nicht ihre Sprache" spricht. Ebensowenig möchten sie bei solchen Sendungen einen Thomas Gottschalk als Diskussionsleiter sehen. Sonnyboys sind wohl zu leichtgewichtig für Sendungen mit ernstem Anliegen. Der Moderator und seine Ausdrucksweise leiten über zur Sprache, die das A und O der Vermittlung ausmacht. Selbst die befragten Redakteure, zumeist um die 40 Jahre alt, geben zu, daß sie die Sprache der jugendlichen Zielgruppe kaum beherrschten. Die arbeitslosen Jugendlichen und ihre Eltern monieren außerdem das Fachchinesisch der Experten, die mit Kürzeln wie ABM (Arbeitsbeschaffunsmaßnahme) oder AFG (Arbeitsförderungsgesetz) um sich werfen, ohne sie zu erläutern.

Das Medium Tageszeitung hat einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt, weil gerade arbeitslose Jugendliche sie immer wieder auf Stellenanzeigen hin durchsehen. 67 Prozent geben an, „oft" Stellenanzeigen zu lesen. Die Zeitung hat den Vorteil der lokalen Erscheinungsweise. Ergänzend könnten hier lokale Rundfunk- und Fernsehstationen wertvolle Dienste leisten, um die Jobsuchenden auf Möglichkeiten in ihrer nächsten Umgebung aufmerksam zu machen. Die „möglichst weite Regionalisierung entsprechender Sendungen" wird deutlich zur Sprache gebracht.

Die Studie des IZI bildet eine informative Grundlage für Rundfunk- und Fernsehprogrammacher. Denn die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Faktum in der Gesellschaft, an dem die Medien nicht vorbeigehen können. Am allerwenigsten die „Öffentlich-rechtlichen" mit ihrem Programmauftrag.

CATRIN WILKENING

ARD / ZDF / III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Jagger und Spaghetti
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fery
10. Folge: Schwere Entscheidung
15.25 Dr. Snuggles
Die gefährliche Pandorium-Kiste
16.00 Tagesschau
16.10 Deutscher Alltag
Der Leipziger Maler Volker Stelzmann
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (1)
17.40 Nudnik
Nudniks Nudnickel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Neues von Britta
Zweiter Teil des Fernsehspiels von Berenger Pfahl
Als sich Britta immer mehr mit Ingo anfreundet, reagiert der achtjährige Jens recht eifersüchtig. Währenddessen stürzt sich der arbeitslose Boris in das Abenteuer eines Diskotheken-Jobs.
21.55 Brennpunkt
Bonn irritiert Europa – Wie berechenbar ist die deutsche Außenpolitik?
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Ein zweifelhaftes Geschäft
23.45 Tagesschau

ZDF

14.25 heute
14.30 Ferienkalender
15.00 Die Sport-Reportage – aus Wimbledon: Internationale Tennismeisterschaften von England
17.50 Rauchende Colts
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Rund um Arbeit
20.15 Kennzeichen D
Die „DDR" als Dampflok-Paradies – Westtouristen mit der Bimmelbahn nach Rügen / Bundeswehrpläne im Panzerschrank – Wie geheim muß Rüstungsplanung sein? / Totes Meer Nordsee? – Es gibt viel zu tun, wer packt es an? / Hüben und drüben ein unbequemer Deutscher – Ernst Bloch zum 100. Geburtstag
21.00 Polizeirevier Hill Street
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
22.40 Terrorismus totschweigen?
Die Geiselnahme in Beirut ist vorüber – Die alten Fragen bleiben
23.10 Das kleine Fernsehspiel
Rosemarys Hochzeit
0.10 Nero Wolfe
Das Testament
0.55 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Die ersten Konzile (1)
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Vorstory zum Deutschen Derby
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
Folge 7: „Selbstjustiz"
20.00 Festival der schönen Stimmen
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 El Cid
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Mit Charlton Heston, Sophia Loren, Ralf Vallone u. a.
Regie: Anthony Mann
0.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Internationale Tennismeisterschaften von England
19.00 heute
19.30 Leute wie Du und ich
20.30 P. I. T. – Peter Illmanns Treff
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
23.00 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: René Weller
Box-Europameister
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Sie nannten ihn Thunderbolt
Amerikanischer Spielfilm (1929)
Mit George Bancroft, Fay Wray, Richard Arlen u. a.
Regie: Josef von Sternberg
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Les Cuisines Régionales Françaises
19.00 Konrad Zuse (3)
19.30 Sparen beim Pflanzenschutz
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Moderne Kunst in München
21.45 20 Jahre III.
Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.55 Hanswurst
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Schwerpunkt
Eine Mark pro Stunde: Sozialhilfe-Empfänger, billige Arbeitskräfte?
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Horror Vacui
Von Rosa von Praunheim

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 5 Tangos
Das Astor Piazzolla Quintett
20.05 Antoine de Saint-Exupéry: Nachtflug
Bilder zu Landschaften Lateinamerikas, die der französische Dichter in seinem Roman beschrieben hat
20.15 Kino Buenos Aires
Der argentinische Film
21.00 Gaucho-Folklore
Anschl. Landschaft Misiones
21.10 Fierros Söhne
Argentinischer Spielfilm (1974)
23.15 Nachrichten

BAYERN
19.00 MS Franziska
20.00 Mit Vergnügen!
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen ..."
22.45 Sanft und stark?
Auf der Suche nach neuen Werten
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Firma „Sonnenschein"

„Das Blei wird zu einer schweren Bürde"; WELT vom 19. Juni und „Sonnenschein droht mit Massenentlassung"; WELT vom 20. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Paragraph 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bezieht sich eine Genehmigungserfordernis natürlich auch auf den Betrieb von Anlagen.

Die Pflichten der Betreiber sind in Paragraph 5 festgelegt. Danach sind Anlagen so zu betreiben, daß

„1. Schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können und

2. Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Immissionsbegrenzung."

Die zuständige Behörde hätte gemäß ihrer Verantwortung im vorliegenden Fall für die Alt-Anlagen entsprechend Paragraph 17 nachträgliche Anordnungen erlassen müssen.

Für die Neu-Anlagen war eindeutig die Situation einer wesentlichen Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen entsprechend Paragraph 15 des BImSchG gegeben.

Gemäß der 4. BImSchG sind Bleischmelzanlagen nach Paragraph 2, Abs. 6 mit Chargen › 200 kg genehmigungsbedürftig und es bedarf eines förmlichen Genehmigungsverfahrens.

Dies entspricht auch so in etwa dem in der Zeit vor Einführung des BImSchG vor dem 15. 3. 1974 geltenden Gewerberecht, Paragraph 16.

Ebenfalls ist die Frage der Emissions- und Immissionsgrenzwerte im Gesetz bzw. den relevanten Verordnungen geklärt (TA-Luft, VDI 2285 etc.).

Die Geschäftsführung der Firma Sonnenschein hätte gut daran getan, sich von einem Experten beraten zu lassen, dann wäre ihre diese Misere sicher erspart geblieben.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. H. J. Warm, Freilassing

Falsche Familienpolitik

„Vom Volk der Denker zum Volk der Hilfsarbeiter"; WELT vom 22. Juni

In dem Artikel von Professor Kornhuber wird eine Frage aufgegriffen, die unser Volk in seiner Gesamtheit berührt und zum Denken und Handeln zwingt.

Der Geburtenrückgang von 1967 an ist nach Ansicht von Fachleuten, aber auch nach Ansicht von Professor Kornhuber ohne Änderung der „sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen" das heißt ohne Änderung der Familienpolitik nicht zu stoppen.

Alle von Professor Kornhuber angeführten Fakten bleiben unwidersprochen, sie beziehen sich jedoch nur auf die Folgen und Wirkungen einer falschen Familienpolitik, nicht auf die Ursachen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzieht sich ein Auflösungsprozeß unserer Gesellschaft und damit auch die Zerstörung gewachsener Bindungen, aller Wertvorstellungen. Die Frau als Mittelpunkt der Familie, die Mutter und Erzieherin ihrer Kinder, die Tradition und das Geschichtsbewußtsein werden falsch verstandenen Vorstellungen von Gleichberechtigung und Emanzipation geopfert. Wer die Frau nur als Produktionsfaktor mit Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit als Ziel einer Sozialpolitik ansieht, mindert ihren Wert und ihre Stellung in der Gesellschaft. Familienpolitik kann nicht durch sozio-ökonomische Maßnahmen gemacht, sondern höchstens gefördert werden.

Familienpolitik muß sich an dem Ziel – die Familie Keimzelle des Volkes – ausrichten und dafür auf allen Lebensgebieten die erforderlichen Konsquenzen ziehen.

Der Artikel von Herrn Professor Kornhuber zeigt viele Möglichkeiten auf, wie die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft dazu beitragen können, die Folgen einer falschen Sozial- und Familienpolitik zu mindern und zu beseitigen, eine entscheidende Wende aber muß im Grundsätzlichen herbeigeführt werden.

O. Kraus, Grafrath

*

Mit zahlreichen Bekannten und Freunden habe ich inzwischen über diesen Artikel gesprochen. Die Zustimmung war uneingeschränkt. Es ist nur zu hoffen, daß die wegweisenden Ausführungen von Herrn Professor Kornhuber die notwendige Unterstützung finden, und insbesondere im politischen Bereich die unumgänglichen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Dr. Fr.-J. Krause, Albstadt 1

Wort des Tages

„Die Überzeugung, daß wir Frieden stiften können, widerspricht in aller Entschiedenheit der apathischen Meinung, die Kette des Bösen lasse sich nicht abreißen. Der Friede ist möglich."

Georg Moser; dt. Theologe (geb. 1923)

Sprache lebt

„Leserbrief: Nicht im Duden"; WELT vom 25. Juni

Zur Zuschrift des Dr. G. Winkler, Hamburg, erlaube ich mir zu bemerken:

1. Im Duden, 13. Auflage, finde ich weder unter dem Stichwort „Sinn" noch unter „Bild" oder „Zeichen" den Begriff „Sinnbild", den Dr. Winkler statt des von Professor Höhler verwendeten Begriffs „Sinnzeichen" fordert. Freilich, auch diesen Begriff finde ich nicht. Aber ich begreife als leidlich sprachgebildeter Mensch, daß der Begriff „Sinnzeichen" genauer und sinnvoller das ausdrückt, was in dem Aufsatz gemeint ist. Übrigens spiegelt der Duden auch die sich ständig vollziehende gute Erweiterung der Begriffe wider. Sprache steht nicht still.

2. Dr. Winkler fordert statt des von Professor Höhler verwendeten Begriffs „als Gott" den Ausdruck „Menschensohn", wo es um die Kreuzigung Christi geht. Für die Theologen tun sich hier tiefe, jahrhundertealte Differenzen auf, die auch heute, oder gerade wieder einmal, hochaktuell sind. Die Differenzen laufen letztlich hinaus auf die Frage, ob Jesus Christus nur als Mensch gekreuzigt wurde, oder ob es stimmt, was der Apostel Paulus gesagt hat: „Gott versöhnte in Christo die Welt mit sich selber". Ich denke, Frau Höhler hat in ihrer Formulierung dem neutestamentlichen Zeugnis Rechnung getragen.

Ob Dr. Winkler nicht besser getan hätte, die sprachliche Schönheit und Sauberkeit des Aufsatzes – im Gegensatz zu der heute weithin herrschenden sprachlichen Schluderei – zu würdigen?

A. Beckmesser, Einhausen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie töricht von Dr. G. Winkler, Frau Professor Höhlers Wort „Sinnzeichen" zu bekritteln! Es ist gutes Deutsch, klar, jeder versteht es (selbst Winkler); Duden kannte es noch nicht. Na und? Noch nie was von lebender Sprache gehört?

A. Hein, Hamburg 70

Personalien

GEBURTSTAG

Der „Vater der Marburger Kernphysik", der emeritierte Ordinarius für Physik an der Philipps-Universität Marburg, Professor Dr. **Wilhelm Walscher**, feiert am 7. Juli seinen 75. Geburtstag. Der in Kaufbeuren geborene Wissenschaftler, der bereits 1942 mit dem Physik-Preis der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für seine Entwicklung eines Massenspektrometers hoher Intensität ausgezeichnet worden ist, war von 1947 bis zu seiner Emeritierung 1978 Direktor des Physikalischen Instituts der Universität. In dieser Zeit wurden an der Universität Marburg die Forschungsgebiete Isotopentrennung, Ionenoptik, Plasma- und Oberflächenphysik und Kernphysik eingeführt. Außerdem war Professor Walscher von 1954 bis 1956 Rektor der Philipps-Universität, Initiator zweier Großforschungszentren in Hamburg und Darmstadt, Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wird heute der Frankfurter Arzt Dr. **Hans-Friedrich Schaefer** ausgezeichnet. Schaefer ist Direktor des Krankenhauses Sachsenhausen in Frankfurt am Main und seit über 25 Jahren Chefarzt der Diabetes-Abteilung dieser Klinik. Durch sein wissenschaftliches Engagement und die praktische Tätigkeit am Krankenbett sowie in der Ambulanz linderte Dr. Schaefer das Schicksal von etwa 20 000 Diabetikern jeden Alters. Unermüdlich kümmerte er sich um die Schulung der an Diabetis Erkrankten, gab ihnen die notwendige Sicherheit und sorgte gerade bei den jugendlichen Diabetikern und deren Eltern für Vertrauen und Zuversicht.

*

Der Konstrukteur des ersten Stahltriebwerks, Professor Dr. **Hans Joachim Pabst von Ohain** (74) aus Dayton/Ohio, hat in Aachen den „Aachener und Münchener Preis für Technik und angewandte Naturwissenschaften" erhalten. Der in Dessau in Sachsen-Anhalt geborene Forscher erhielt die mit 60 000 Mark dotierte Auszeichnung, weil er „mit seinen bahnbrechenden Arbeiten die Idee des Strahltriebwerks für Flugzeuge erstmals verwirklichte". Er ist trotz seines hohen Alters heute noch als Professor in Washington tätig. Der Preis wurde 1975 anläßlich des 150jährigen Bestehens der Aachener und Münchener Versicherungen für „besondere technische und naturwissenschaftliche Leistungen geschaffen, die unmittelbar dem Menschen zugute kommen". Von Ohain studierte Physik und Aerodynamik in Göttingen, Rostock und Berlin. Schon als Student entwickelte er Anfang der 30er Jahre die Theorie einer Strahltriebmaschine. 1936 gab ihm die Firma Heinkel die Möglichkeit, seine Entwicklungen fortzusetzen, die schließlich die gesamte Luftfahrt in der Welt revolutionierten. Am 27. August 1939 gelang der erste erfolgreiche Flug mit dem Strahltriebwerk Heinkel/Ohain. Das eigens für dieses Triebwerk gebaute Experimental-Flugzeug „He 178" erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von 700 km/h.

BUCHVORSTELLUNG

„Jugendzeitschriften im Video-Zeitalter" heißt das jüngste Werk, das von Professor **Joachim H. Knoll** in Bonn vorgestellt wurde. Zur Buchpremiere im Gästehaus des Burg-Verlages hatte der Verleger **Thomas Dannemann** eingeladen. Der Bochumer Professor am Institut für Pädagogik vermittelt in seinem Werk eine systematische Analyse sowohl kommerzieller als auch konfessioneller Jugendzeitschriften und zeichnet ein ausgewogenes und zeitgemäßes Porträt jugendlichen Medienkonsums und ihr Leseinteresse.

STIFTUNG

Vor dem Hintergrund einer allmählichen Wende versteht sich die Margret-Boveri-Stiftung als einen wichtigen Beitrag zur Befruchtung politischer Kultur, zur Kräftigung literarischen Lebens und zur Erweiterung unseres Horizonts, erklärte Staatssekretär Dr. **Heinz Rosenbauer** in Würzburg beim Festakt zur Gründung der Margret-Boveri-Stiftung. Rosenbauer erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Hochschullandschaft jenseits des Atlantiks vor allem durch private Stiftungen geprägt und darum von Reglementierungen und Nivellierungstendenzen frei ist, wie sie staatliche Normierungen mit sich zu bringen pflegen. Das Leben der Schriftstellerin **Margret Boveri**, die vor allem als Journalistin und als Autorin historischer Werke bekannt wurde, deutete Rosenbauer als Plädoyer für die Freiheit im Sinne einer Ordnung, deren Liberalität sich nicht als Indifferenz und Wertfreiheit versteht. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die einen Kern von Werten nicht zur Disposition politischer Willkür stellt, die abwehrbereite Demokratie also, ist nach Rosenbauers Auffassung sicher auch im Sinne von Margret Boveri, die das Zugrundegehen der Weimarer Republik selbst miterlebt hat.

RUHESTAND

Einer der dienstältesten westdeutschen Landeswahlleiter, der Düsseldorfer Ministerialdirigent Dr. **Walter Gensior**, geht in den Ruhestand. Vor vielen Gästen, an ihrer Spitze Landtagspräsident **Karl Josef Denzer**, würdigte der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. **Herbert Schnoor** in Düsseldorf die Verdienste des renommierten Verfassungsjuristen, der 1972 vom Bundespräsidenten in die Bundeswahlkreiskommission berufen wurde. Er war zuletzt ihr stellvertretender Vorsitzender. Den Menschen Gensior, 1920 in Oberschlesien geboren, charakterisierte Schnoor frei nach einer vom ersten Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, **Hermann Höpker-Aschoff**, geschriebenen Beurteilung: „Er war immer wach und spottlustig".

TENNIS / Die Amerikanerin Shriver war in Wimbledon zu stark für Steffi Graf

● Der All England Tennis Club plant, den ehrwürdigen Centre Court in Wimbledon mit einem Dach zu versehen: Es soll bei Bedarf ganz geschlossen werden können. Mit einem solchen Dach könnten die internationalen Tennis-Meisterschaften von England – auch in diesem Jahr gab es wieder einige Spielabbrüche wegen Regens – vom Wetter unabhängig gemacht werden. Die Finanzierung wäre kein Problem. Allein 1984 betrug der Reingewinn des Wimbledon-Turniers über 16 Millionen Mark.

● Der Sieg von Boris Becker gegen Nyström (Schweden) wurde von den englischen Zeitungen mit Superlativen gewürdigt. Der „Daily Express": „Wer wagt eine Wette gegen Becker?" Die „Daily Mail": „Die junge Brut schnappt nach dem Giganten." Die „Times" nannte es das „bisher beste Spiel in Wimbledon". Auch in der amerikanischen Presse schlug sich Beckers Spiel nieder. Der „Dallas Times Herald" verglich seinen Auftritt mit dem ersten Auftauchen großer Sportler und Künstler.

Beim zweiten Matchball war sie erst geschlagen

CLAUS GEISSMAR/DPA, London

Als letzte deutsche Spielerin hat sich gestern in London beim 99. Wimbledon-Turnier die 16jährige Steffi Graf aus Heidelberg vom Damen-Einzel verabschiedet. Die an Nummer elf gesetzte Heidelbergerin lieferte der an Nummer fünf gesetzten Amerikanerin Pam Shriver einen großen Kampf, den sie nach einer Stunde und 45 Minuten 6:3, 2:6, 4:6 verlor. Damit kam für Steffi Graf, die am Donnerstag Geburtstag hat, in Wimbledon zum zweiten Male in der Runde der letzten 16 das Aus, nachdem sie im vergangenen Jahr gegen die Britin Jo Durie verloren hatte.

Pam Shriver trifft nun auf ihre Doppelpartnerin und Titelverteidigerin Martina Navratilova (USA), die Rene Uys (Südafrika) 6:2, 6:2 geschlagen hatte. Steffi Graf verdiente in Wimbledon 27 300 Mark.

Wie Messerstiche wirkten die Passierbälle, mit denen Steffi Graf ihr Wimbledon-Achtelfinale gegen die Amerikanerin Pam Shriver begann. Die Nummer vier der aktuellen Weltrangliste, die angriff, um mit tödlichen Flugbällen Punkte zu machen, war völlig verblüfft, denn nach 23 Minuten hatte Steffi Graf den ersten Satz mit 6:3 gewonnen.

Aber dennoch gelang es der Amerikanerin, die Präzision des Grundlinienspiels von Steffi Graf vom Netz aus zu stören. 2:6 ging der zweite Satz für die deutsche Spielerin aus Heidelberg verloren. Die Entscheidung darüber, wer im Viertelfinale spielen darf, mußte im dritten Satz fallen.

Achtzig Minuten lang hatten die beiden Spielerinnen auf Platz 13 der Außenanlage in der Wimbledon-Sonne gestanden, als ein Spielstand von 4:4 im dritten Satz erreicht war. Noch immer war das Match für beide offen. Selbst zwei krasse Fehlentscheidungen des Schiedsrichters hatten bis zu diesem Augenblick die Konzentration von Steffi Graf nicht gestört.

Insgesamt vier mal korrigierte der Schiedsrichter im Stuhl völlig richtige Entscheidungen, die die Linienrichter getroffen hatten. Die 2000 Zuschauer quittierten das jeweils mit lauten Pfiffen.

Pam Shriver hatte den großen Vorteil, beim Stand von 4:4 im dritten Satz mit neuen Bällen aufschlagen zu können. Und ein geschickt über Steffi Graf gehobener Lob brachte der Amerikanerin schließlich den ersten Matchball, den Steffi Graf noch abwehren konnte. Beim zweiten Matchball war ihr Widerstand gebrochen.

Vater Graf und der frühere DTB-Damentrainer Klaus Hofsäss, der Steffi Graf in Wimbledon betreut, mußten die 16jährige trösten. Hofsäss und Vater Graf hatten am Spielfeldrand nicht nur die Daumen gedrückt, sondern Steffi Graf auch lautstark und mit kleinen taktischen Tips unterstützt.

Für eine riesige Überraschung sorgte die ungesetzte Amerikanerin Molly van Nostrand, die in der Weltrangliste an Nummer 155 geführt wird und das 128köpfige Hauptfeld nur über die Qualifikation erreichte. Sie warf die an Nummer vier eingestufte Bulgarin Manuela Maleeva aus dem Rennen und muß nun gegen die Siegerin aus der Begegnung zwischen ihrer Landsmännin Zina Garrison und der Französin Cathérine Tanvier antreten.

Die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd bezwang ihre Landsmännin Anne Smith 6:0 und 6:4, während die Engländerin Jo Durie mit 6:7, 7:6 und 1:6 gegen die Amerikanerin Barbara Potter unterlag.

Maurer: „Hauptsache ist, ich bin jetzt dabei"

H. J. POHMANN, Wimbledon

Als Andreas Maurer gestern morgen in der Hotelhalle des „Gloucester" die englischen Zeitungen aufschlug, gab es nichts Neues für ihn. Denn die Berichterstatter hatten sich immer noch nicht mit dem 20jährigen Neusser vertraut gemacht. Keine Zeile, keine Vorschau auf sein Match gegen John McEnroe, das er klar mit 0:6, 4:6 und 2:6 verlor. Dennoch: Ein Zustand, den Andreas Maurer mittlerweile gewohnt ist und den er zumindest äußerlich gelassen hinzunehmen versucht. „Es ist doch klar, daß man sich um einen Weltklassespieler wie Boris Becker eher kümmert", sagt er.

Doch wie es da drinnen aussieht, wie das den deutschen Meister Maurer wurmt, läßt sich ahnen. Zu häufig gehörte er der Kategorie der sogenannten Mitläufer an. Zwar glänzte er regelmäßig auf nationaler Ebene, nur, das Vertrauen hat man ihm selten geschenkt. Dreimal stand er im Endspiel der deutschen Meisterschaften – und verlor. Die Folge: Der Deutsche Tennisbund (DTB) setzte auf Ulli Pinner und Rolf Gehring. Und als er einmal die Chance im Davis-Cup 1980 in Valencia gegen Spanien erhalten sollte, setzte ihm der DTB mit dem damaligen Sportwart de Geest und mit Gauch wenige Stunden vor dem Spiel Rolf Gehring vor die Nase. Diese Stachel sitzen tief, zweifellos.

Genauso verhält es sich bei der Zusammenarbeit mit der Industrie.

Vor knapp zwei Jahren kündigte ihm die italienische Firma Fila seinen Vertrag, und hilfesuchend wandte sich Maurer an den DTB-Pool-Geschäftsführer Greffenius: „Bitte, helfen Sie mir, einen Vertrag zu besorgen." Wer anbiß, das war eine Firma, die nicht im Pool vertreten war. Kneissl stellte seine Schläger zur Verfügung, und in diesem Zusammenhang geriet Maurer erstmals richtig in die Schlagzeilen. Denn die klugen Köpfe in der Verbandsführung untersagten Maurer daraufhin einen Start bei Kings- und Davis-Cup-Spielen. Ein klassisches Eigentor, wie sich nur wenig später herausstellte, denn damit schwächte der DTB seinen Schwachpunkt im Team nur noch mehr.

Ohne Maurer hatte der DTB nämlich nun überhaupt kein Doppel mehr, und deshalb durfte der Mann aus Neuss im Frühjahr in Sindelfingen gegen Spanien in der diesjährigen ersten Davis-Cup-Runde wieder mitspielen – mit einem überpinselten Schläger...

Dieses Kasperletheater aber hat dem Junggesellen Maurer Auftrieb gegeben. Denn wieder hat es sich einmal gezeigt, daß man auch über das Doppel seine einzige Spielstärke verbessern kann.

Vor den internationalen deutschen Meisterschaften in Hamburg rangierte er auf Platz 170 der Computer-Weltrangliste. Nach zwei Siegen und einer Niederlage gegen Sundström folgte sein größter Triumph in Madrid. Dort gewann er beim 75 000-Dollar-Turnier seinen ersten Grand-Prix-Titel. Und statt sich wie früher üblich („Da habe ich mich immer nur auf ein oder zwei Turniere vorbereitet") auszuruhen, ging er den sogenannten harten Weg. Eine Woche Training im Londoner Queens-Club und anschließend durch die Knochenmühle „Wimbledon-Qualifikation". Auf den Plätzen der Bank of England geht es mit „Hauen und Stechen" um die begehrte Wimbledon-Teilnahme. Nach drei Siegen war die Qualifikation geschafft.

Als Maurer am Samstag abend den an Nummer 9 gesetzten Amerikaner Johan Kriek besiegt hatte, war die Sensation perfekt. Maurer: „Dies war mein bisher bestes Resultat und zugleich bestes Spiel."

Das Überraschende dabei: Maurer gilt in der Branche als Selfmademan. Kein Coach, kein Clan, der an seinen Rockzipfeln hängt. Er kümmert sich selber um Trainer, Reisen und Hotelbuchungen. Und wie es scheint, ist dies gar nicht einmal ein schlechtes Rezept, denn der Computer hat schnell geschaltet und vor dem gestrigen Spiel gegen John McEnroe war Maurer auf einmal bereits auf Rang 65 der Weltrangliste angelangt. Eine Tatsache, die auch John McEnroe erstaunte: „Gegen den ich nun spielen muß, das ist schließlich eine der Überraschungen in diesem Turnier."

Für den Coach des deutschen Verbandes, Nikki Pilic, wird es nach den Erfolgen von Maurer schwer werden, beim Davis-Cup-Duell gegen die USA die richtige Aufstellung zu finden. Beckers Nominierung ist klar, doch dann? Westphal, Schwaier und Maurer stehen bereit – die besten Karten scheint zur Zeit jedoch Maurer zu haben. Der aber übt sich in London erst einmal in Bescheidenheit. „Das überlasse ich Pilic. Hauptsache ist, ich bin erst einmal dabei."

GALOPP / Das Derby

Der Jockey und sein Lebensretter

kgö, Hamburg

Am 22. Mai 1983 war der Jockey Karl-Heinz Kniese (26) auf der Galopprennbahn in Frankfurt am Main in einem Hindernisrennen schwer gestürzt. Er zog sich eine Fraktur des sechsten Halswirbels zu, Kniese war klinisch tot. Noch auf der Rennbahn machte Professor Hanns-Gotthard Lasch (59), Chef der Universitätsklinik Gießen, Wiederbelebungsversuche. Die Mund-zu-Mund-Beatmung hatte Erfolg. Kniese verbrachte Monate in einer Spezialklinik und sitzt jetzt querschnittsgelähmt im Rollstuhl. Trotzdem trainiert Kniese Galopprennpferde.

Am Sonntag startet ein von ihm trainiertes Pferd beim 116. Deutschen Derby, der Außenseiter Burattino. Sein Bruder Werner sitzt im Sattel. Kniese wird im Führring seinen Lebensretter treffen. Der Arzt, Präsident des Frankfurter Renn-Klubs, hat ein Pferd im Derby laufen: Mutulus, ein Außenseiter wie Burattino.



Vom Bauernsohn zum Gestütsherrn: Walther-Johann Jacobs.
FOTO: SVEN SIMON

Auch ein Rezept: „Einmal Piggott – nie mehr Piggott"

Es fällt schwer, dem Mann zu folgen. Weil er den Schlüssel für das mächtige Schloß an der Koppel nicht sofort findet, steigt er locker-leicht über den Zaun und landet auf der anderen Seite in eleganter Haltung. Walther-Johann Jacobs ist 78 Jahre alt. Mit sichtlichem Vergnügen erkundigt er sich bei seinen teilweise 40 Jahre jüngeren Begleitern, ob sie denn den Sprung über den Zaun auch noch schafften.

Der Zaun steht auf dem Gestüt Fährhof im kleinen Ort Sottrum, der an der Autobahn zwischen Bremen und Hamburg liegt. Dort hat der Kaffeegroßröster vor 20 Jahren gegen die Bedenken der Experten mit der Zucht edler Vollblutpferde begonnen. Heute ist sein Gestüt in Deutschland die Nummer eins – die beiden Fährhofer Hengste Lirung (geritten von Georg Bocskai) und Acatenango (Andreas Tylicki) sind die Favoriten für das 116. Deutsche Derby am Sonntag in Hamburg-Horn.

Jacobs kennt das Gefühl, mit einem Favoriten nach Hamburg zu fahren. Zum ersten Mal war das 1968. Jacobs hatte den Hengst Literat vom Gestüt Rösler gekauft und für ihn den Engländer Lester Piggott als Jockey verpflichtet. Literat brach sich im Derby ein Bein, Piggott verschwand grußlos, und Jacobs sagte: „Einmal Piggott, nie mehr Piggott."

Jacobs ist ein Freund schneller Entschlüsse. Zögern und Zaudern sind nicht die Sache des Bauernsohnes aus Borgfeld in der Wümme-Niederung. 1929 war er in das Kaffeegeschäft des Onkels eingestiegen und hatte es zum Marktführer in Deutschland gemacht. Auch wenn die Pleite mit der 400-Gramm-Pakkung im Vorjahr den Konzern, der inzwischen in Zürich sitzt, 50 Millionen Mark gekostet haben soll. Jacobs dazu: „Auch das haben wir schon verkraftet, weil uns die anderen Geschäftsbereiche geholfen haben." Jacobs fusionierte mit den Schweizer Schokoladen-Unternehmen Suchard und Tobler.

Jacobs hat sich mit seiner Vollblutzucht stets international orientiert. Der Gestütsherr über die Gründe seiner Erfolge: „Ein echtes Geheimnis gibt es wohl nicht. Ohne Arroganz: Entweder man kann etwas – oder man kann es nicht. Wenn man ein Riesenkarnickel ist, geht nichts. Das ist doch überall so. Jahrelang habe ich gelesen, was in England und den USA los war. Ich habe oft untersucht, ob sich bestimmte Erfolgspaarungen häuften."

An fünf ausländischen Hengsten ist Jacobs heute beteiligt. Im Ausland hat er auch eine Aufzuchtmethode entdeckt, die nun hierzulande imitiert wird. Jacobs: „Wenn es kalt und feucht wurde, haben wir früher die Pferde in den Stall geholt. In Irland hatte ich mein Schlüsselerlebnis. Trotz Gewitter und Kälte standen die Fohlen draußen. Heute kommen die Pferde auf dem Fährhof einen Tag nach der Geburt an die frische Luft. Man sollte nie vergessen, daß mit Nijinsky eines der besten Pferde der Welt im Schnee von Kanada aufgewachsen ist."

Seine beiden Derby-Pferde Lirung (benannt nach einem Fluß in Sumatra) und Acatenango (ein Vulkan in Guatemala) haben in ihrem Stammbaum besondere Väter: Acatenangos Erzeuger Surumu ist Deckhengst auf dem Fährhof. 1977 war er Jacobs' erster Derby-Sieger (sieben Längen Vorsprung mit Georg Cadwaladr aus Wales). Surumu wurde dann zum Versicherungsfall, heute ist er als Deckhengst auf dem Weg nach ganz oben. Lirungs Vater Connaught trat als Vererber nie besonders in Erscheinung, heute ist er in England fast vergessen.

Bei einem 78 Jahre alten Gestütsherren sollte auch die Frage der Nachfolge nicht tabu sein. Jacobs: „Ich habe zwei Söhne, zwei Töchter und zwölf Enkel. Wenn ich eine positive Eigenschaft habe, dann ist es Ordnung. Deshalb ist auch die Nachfolge im Interesse des Fährhofs geregelt."

Am 16. März 1982 geschah auf dem Standesamt von Sottrum etwas, womit eigentlich nur wenige Eingeweihte gerechnet hatten: Walther Jacobs heiratete zum zweiten Mal. Die Auserwählte hieß Ingeborg Bunnemann und ist die Witwe eines Bremer Reeders, mit dem Walther Jacobs früher flotte Ausritte bevorzugte. Bei einem Reitunfall ganz in der Nähe des Fährhofs brach sich August Bunnemann das Genick, Jacobs erste Frau starb an einem Gehirntumor in München.

Verbindung hatten Jacobs und seine zweite Frau schon lange. Schließlich war ein Jacobs-Sohn auch schon einmal mit einer Bunnemann-Tochter verheiratet. Als die Hochzeit von Jacobs publik wurde, kamen 500 Briefe in der Schwachhauser Heerstraße von Bremen an, der Privatwohnung des Ehepaares Jacobs. Jacobs: „Viele von treuen Kunden, sie schrieben sehr herzlich." Als Antwort landete ein Kaffee-Päckchen bei den Gratulanten.

Ingeborg Jacobs hat sich erstaunlich schnell in die Rennszene eingelebt – heute führt sie auch schon Besucher allein über den Fährhof. In einem alten, blauen VW-Bus, der aus dem Fuhrpark des Röstbetriebes ausgemustert wurde.

Auch auf die Frage nach den Kosten für den Fährhof (nur sieben Mitarbeiter) weicht der Besitzer nicht aus: „Momentan brauchen wir rund eine Million Mark im Rennstall, um kostendeckend zu arbeiten." Dreimal in der Fährhofer Geschichte ist das gelungen, in den Jahren 1977, 1983 und 1984. Rund zehn Millionen Mark haben Jacobs-Pferde seit den ersten Versuchen im Jahre 1965 eingaloppiert, mit Rang 262 (9500 Mark) in der Statistik fing es an – jetzt steht der Fährhof ganz oben: 1984 mit 1 257 385 Mark.

Trotz des großen Engagements bei den Pferden (Jacobs ist auch Präsident des Bremer Rennvereins und sitzt im Vorstand des Direktoriums in Köln), hält er sich auch noch drei Stunden täglich im Büro auf. Schließlich ist er Ehrenpräsident des Verwaltungsrates und will wissen, was „Frau Sommer" den Kunden abends im Werbefernsehen anpreist. Jacobs: „Es wird alles gedrittelt: Beruf, Familie und Gestüt."

Für das Derby 1985 gab es eine besondere Vorbereitung. Das Ehepaar Jacobs hielt sich am letzten Samstag zu einer päpstlichen Andacht in Rom auf. Jacobs ist zwar nicht katholisch, aber musikalisch. Karajan dirigierte dort die Wiener Philharmoniker.

KLAUS GÖNTZSCHE

STAND ● PUNKT / *Das Gelbe Trikot und eine alte Erinnerung*

Am liebsten wäre Bernard Hinault vom Prolog bis zur letzten Etappe der Tour de France im Gelben Trikot des Spitzenreiters gefahren. Doch Peter Post, Directeur sportif der Equipe Panasonic-Raleigh, hat dem nun einen Riegel vorgeschoben. Denn Post dirigiert auch diesmal das stärkste Team der Welt: mit dem australischen Hinault-Widersacher Phil Anderson und dem schnelle Sprinter Eric Vanderaerden aus Belgien.

Der 22jährige, im zweiten Jahr Berufs-Radrennfahrer, hat in diesem Jahr schon die Flandern-Rundfahrt – das klassischste aller klassischen Eintagsrennen – gewonnen. Drei Tage später, bei Gent-Wevelgem, sollte er deshalb den Sieg seinem Kapitän Phil Anderson überlassen – doch das klappte nicht. Vanderaerden gewann – „Sorry, Phil" – mit einigen Millimetern Vorsprung.

Die belgischen Zeitungen feierten den blonden, jungen Mann aus Limburg daraufhin als neuen Eddy Merckx. Kein Wunder, denn im Radsport-Land Belgien steht es mit solchen Ausnahmekönnern derzeit nicht zum besten. Vanderaerden weiß freilich, daß er – bei allen Vorschußlorbeeren – niemals die Tour de France gewinnen kann, weil ihm die Alpen und auch die Pyrenäen nicht liegen. Doch er kann hervorragend spurten, er weiß dabei notfalls auch seine Ellenbogen zu gebrauchen und schert sich nicht darum, einen Sturz zu riskieren.

Das alles kommt seinem Team zugute, denn Vanderaerden fährt im Gelben Trikot des Spitzenreiters. Er kann es bei den gelungenen taktischen Kabinettstückchen seines Teams sogar noch eine ganze Woche lang tragen – bis es in die Alpen geht.

Das erinnert an das Jahr 1977, als ein junger, blonder Rennfahrer namens Dietrich Thurau, so wie jetzt Eric Vanderaerden, von Peter Post dirigiert wurde. Als jener Thurau auf einer Woge des Erfolges im Gelben Trikot durch Frankreich fuhr...

Eric Vanderaerden strebt jedoch nicht nur, wie einst Thurau, den momentanen Erfolg an. Er kann bei dieser Tour de France das Grüne Trikot des Punktbesten, des beständig schnellsten Sprinters, gewinnen. Und er kann auch schon Weltmeister werden. Zweifellos.

K. Bl.

FUSSBALL / Auslosung für den DFB-Pokal

Cup-Sieger Uerdingen muß nach Bürstadt reisen

dpa, Frankfurt

Kickers Offenbach hat das große Los der ersten Pokalrunde des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) gezogen: Der ins Amateurlager abgestiegene ehemalige deutsche Pokalsieger spielt am 24./25. August gegen den Deutschen Meister Bayern München. Dies ergab gestern die Auslosung beim DFB in Frankfurt.

Mit den Bundesliga-Paarungen 1. FC Kaiserslautern – Eintracht Frankfurt und VfL Bochum – Hamburger Sportverein erwies sich die Hand von Fortuna zumindest für die Gastgeber als glücklich. Bis zum Halbfinale genießen die insgesamt 26 Amateurmannschaften unter den 64 Teilnehmern Heimrecht. So empfängt der SV Weil Vize-Meister Werder Bremen, Pokalverteidiger Bayer Uerdingen ist beim VfR Bürstadt zu Gast. Mögliche Wiederholungsspiele werden am 10./11. September ausgetragen.

Bundesliga – Bundesliga:

1. FC Kaiserslautern – Eintracht Frankfurt, VfL Bochum – Hamburger SV.

2. Liga – Bundesliga:

VfB Stuttgart – Eintracht Braunschweig, Hertha BSC – Bayer 04 Leverkusen, Wattenscheid 09 – Borussia Mönchengladbach, Hannover 96 – SC Freiburg.

Amateure – Bundesliga:

SV Weil – Werder Bremen, Spvgg Ansbach – SV Waldhof Mannheim, VfR Bürstadt – Bayer Uerdingen, FC Kempten/1860 München – 1. FC Köln, Kickers Offenbach – Bayern München, Altona 93 – Fortuna Düsseldorf, Spfr Eisbachtal – Schalke 04, Göttingen 05 – 1. FC Saarbrücken, SC Neukirchen – Borussia Dortmund, FV Ebingen – 1. FC Nürnberg.

2. Liga – 2. Liga:

Blau-Weiß Berlin – Fortuna Köln, Alemannia Aachen – Tennis Borussia Berlin, Stuttgarter Kickers – FC Homburg.

Amateure – 2. Liga:

Eintracht Trier – Karlsruher SC, 1. FC Achternberg – VfL Osnabrück, Wuppertaler SV – KSV Hessen Kassel, FC Wangen – SV Darmstadt 98, Borussia Neunkirchen – RW Oberhausen, Bremer SV – MSV Duisburg, SV Sandhausen – Union Solingen, St. Pauli – Arminia Bielefeld (sollte St. Pauli in der Zweiten Liga bleiben, hat Bielefeld Heimrecht).

Amateure – Amateure:

Spvgg Plattling – Itzehoer SV/Spvgg Eutin, FC Erbach – SC Birkenfeld, TuS Neuhaus – Sieger der Qualifikation Mittelrhein I. (FC Spich, TuS Lindlahr, Siegburg 04 oder 1. FC Köln Amateure), Sieger der Qualifikation Mittelrhein II (Frechen 20, Jülich 10, FC Kellersberg oder VfL Erp) – SSV Ulm 46, VfR Langelsheim – DSV Wanne-Eickel.

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon, Herren, 3. Runde: McEnroe (USA) – Steyn (Südafrika) 6:3, 7:5, 6:4, Leconte (Frankreich) – Lloyd (Großbritannien) 5:7, 6:3, 6:4, 6:4, Amritraj (Indien) – Noah (Frankreich) 4:6, 7:6, 6:3, 7:6, Günthardt (Schweiz) – Gerulaitis (USA) 6:3, 6:7, 6:1, 3:6, 7:5, Lendl (CSSR) – Glickstein (Israel) 7:6, 4:6, 6:3, 6:2, Jarryd (Schweden) – van Patten (USA) 6:3, 6:3, 6:1, Seguso – Gullikson (beide USA) 4:6, 6:3, 7:5, 6:2, Edberg (Schweden) – Hooper (USA) 6:3, 6:4, 6:4. – **Herren-Doppel**, 1. Runde: Becker/Leach (Leimen/USA) – Nyström/Wilander (Schweden) 7:5, 6:3, 7:6, Gullikson/Gullikson (USA) – Maurer/Popp (Neuss) 7:6, 4:6, 5:7, 7:6, 6:4. – **Damen-Doppel**, 1. Runde: Bunge/Pfaff (Cuxhaven/Königstein) – Minter/Minter (Australien) 4:6, 7:6, 8:6, Burgin/Moulton (USA) – Graf/Smith (Heidelberg/USA) 6:3, 6:1, (Mandlikova/Turnbull (CSSR/Australien) – Cecchini/Schropp (Italien/Heidelberg) 6:3, 6:3.

RAD

Tour de France, Gesamt-Klassement nach der dritten Etappe: 1. Vanderaerden (Belgien/14:40,37 Stunden), 2. Hinault (Frankreich/32 Sekunden zurück), 3. Bauer (Kanada/43 Sek.), 4. Lemond (USA/54 Sek.), 5. Andersen (Dänemark/57 Sek.), ... 56. Thurau (Frankfurt/2:33 Min.).

GEWINNQUOTEN

Lotto, Klasse 1: 6 971 210,90 Mark, 2: 205 035,60 Mark, 3: 7844,50 Mark, 4: 124,30 Mark, 5: 9,20 Mark. – **Toto**, Elferwette, 1: 1778,10 Mark, 2: 120,60 Mark, 3: 16,50 Mark. – **6 aus 45**, 1: unbesetzt, Jackpot: 167 647,10 Mark, 2: 6985,20 Mark, 3: 2225,40 Mark, 4: 53,30 Mark, 5: 6,00 Mark. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 3505,20 Mark, 2: 515,40 Mark. – Rennen B: 1: 292,10 Mark, 2: 81,80 Mark. – **Kombinationsgewinn:** unbesetzt, Jackpot: 38 874,60 Mark. (ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

WM: 161 Millionen Mark

Mexico City (dpa) – Die sechs Gruppen bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 sollen von Mexiko als Gastgeber, den vier ersten der vorigen WM (Italien, Deutschland, Frankreich, Polen) und Brasilien angeführt werden. FIFA-Präsident João Havelange sagte, nach den bisherigen Berechnungen werde die FIFA umgerechnet 161 Millionen Mark aus Fernsehrechten, Werbung und Kartenverkäufen einnehmen.

Sie wollen bleiben

London (dpa) – Zwei tschechoslowakische Leichtathleten haben den britischen Innenminister gebeten, in Großbritannien bleiben zu dürfen. Es wurde aber nicht bestätigt, daß die Sportler um Asyl nachgesucht haben. Es soll sich um die Brüder Pavel und Petr Klimes handeln, die bei einem Länderkampf den zweiten und dritten Platz im 3000-m-Lauf belegt hatten.

Olympia in London?

London (dpa) – Die Stadt London hat sich beim Nationalen Olympischen Komitee Großbritanniens um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele von 1992 beworben. Weitere englische Kandidaten sind Birmingham und Manchester. Die Entscheidung des NOKs fällt am 12. Juli.

15 verpflichtet

Osnabrück (dpa) – Aufsteiger VfL Osnabrück hat 15 Spieler der Mannschaft für die nächste Saison der 2. Fußball-Bundesliga verpflichtet. Die Verhandlungen mit Torhüter Uwe Seiler sind noch nicht abgeschlossen.

Zwei-Klassen-System

Gelsenkirchen (sid) – Schalke 04 unterteilt von der kommenden Saison an seine Fußball-Bundesliga-Spiele in zwei Preis-Kategorien. In der Hinrunde müssen die Begegnungen gegen Meister Bayern München, den Hamburger SV und Borussia Dortmund auf jeden Fall teurer bezahlt werden.

Kandidaten stehen fest

Taxco (dpa) – Timman (Holland), Nogueiras (Kuba), Tal (UdSSR) und Spragget (Kanada) haben sich für das Schach-Kandidatenturnier im September in Frankreich qualifiziert. Sie führen das Interzonenschachturnier in Taxco (Mexiko) uneinholbar an.

Titel aberkannt

München (dpa) – Der Bund Deutscher Berufsboxer (BDB) hat dem Münchner Georg Steinherr den Titel eines deutschen Meisters im Mittelgewicht aberkannt. Steinherr (32) war am 22. Juli wegen des Verdachts der räuberischen Erpressung verhaftet worden und gegen 50 000 Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

RALLYE-WM / Peugeot-Sieg in Neuseeland

Weltmeister Blomqvist: „Der Quattro ist zu unhandlich"

ROLF NIEBORG, Auckland

„Ich habe mein Bestes gegeben, aber es hat nicht gereicht", meinte Walter Röhrl resignierend. Trotz seines „110prozentigen Einsatzes" bei der Rallye Neuseeland, dem siebten von zwölf Weltmeisterschaftsläufen, fuhren der 38jährige Regensburger und sein Münchener Beifahrer Christian Geistdörfer mit dem Audi Sport Quattro (420 PS) nur auf den dritten Platz. Vor ihnen kamen die beiden Werks-Peugeot 205 Turbo mit Timo Salonen/Seppo Harjanne (Finnland) und Ari Vatanen/Terry Harryman (Finnland/Norwegen) ins Ziel.

„Es hat keinen Sinn, die Peugeots sind einfach die schnelleren Autos", sagte Röhrl. Mit einem Sieg bei der Argentinien-Rallye (21. Juli bis 3. August) können die Werkswagen aus Sochaux dem Peugeot-Konzern bereits vor Ende der Saison die Marken-WM einfahren und Audi entthronen. Der Sieg von Salonen/Harjanne in Neuseeland war bereits der fünfte Peugeot-Erfolg im siebten Rennen. Drei gingen davon an Salonen, zwei an Vatanen.

Nur in der Anfangsphase der 2427 km langen Rallye mit Start und Ziel in Auckland waren Röhrl/Geistdörfer vorne. Doch schon nach der zweiten von vier Etappen übernahm das finnische Team die Spitze und gab sie bis ins Ziel nicht mehr ab.

„Teilweise konnte ich nicht mit Höchstgeschwindigkeit fahren, weil der Motor nicht hoch genug drehte", meinte Röhrl, der auf der dritten Etappe mit einem mehr und mehr versagenden Getriebe zurechtkommen mußte. In der 28. Sonderprüfung konnte er gar nur noch im dritten Gang fahren und verlor hier 30 Sekunden auf Salonen. Auf dem letzten Teilstück mußte Röhrl dann auch noch Vatanen vorbeilassen. Im Ziel hatte er 2:26 Minuten Rückstand.

Stig Blomqvist (Schweden) wurde auf dem zweiten Werks-Audi Vierter. Zu seinem Wagen sagte er: „Der Quattro ist viel zu schwer und zu unhandlich. Der Titel ist gar kein Thema mehr, denn dafür müßte Audi alle noch ausstehenden Läufe gewinnen. Das halte ich für mehr als unwahrscheinlich."

In der Wertung der Fahrer-Weltmeisterschaft bauten Salonen und sein Co-Pilot ihre Führung weiter aus. Sie liegen jetzt mit 88 Punkten schon klar vor Weltmeister Blomqvist (60 Punkte). Walter Röhrl, dessen zweiter Platz bei der Rallye Monte Carlo sein bisher bestes Saisonergebnis ist, belegt mit 39 Punkten den vierten Platz. Bei fünf noch ausstehenden Rennen hat er praktisch keine Chancen mehr auf den Titelgewinn.

(sid)

Papst ermuntert Kirche im Osten

● Fortsetzung von Seite 1

spiel für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und in unverletzlicher Freiheit sein kann".

Der beiden Heiligen wird in diesen Tagen besonders mit religiösen Feiern in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei gedacht, an denen auch der Papst teilnehmen wollte. Die Regierungen dieser Länder blockierten jedoch eine Einladung. Auch die Sowjetregierung hatte 1984 eine von Johannes Paul II. geplante Litauenreise zur Teilnahme an den Gedenkfeiern für den Heiligen Kasimir verhindert. Als päpstlicher Legat wird Kardinal-Staatssekretär Casaroli nach Jugoslawien reisen und am 7. Juli an der Feier im mährischen Vehlerad teilnehmen, wo Methodius vor 1100 Jahren als Erzbischof starb.

Daß Johannes Paul II. weiterhin auf die Gelegenheit zu einer Reise in die ihm bisher – mit Ausnahme Polens – versperrten Länder des kommunistisch regierten Ostens hofft, schließen vatikanische Beobachter unter anderem aus einem in der jüngsten Enzyklika enthaltenen Hinweis auf die 1988 anstehende 1000-Jahr-Feier der Taufe des Großfürsten von Kiew, Wladimir.

Casaroli wird während seines Aufenthaltes in der Tschechoslowakei am Samstag auch mit Staats- und Parteichef Husak zusammentreffen. Die tschechoslowakische Kirche befindet sich in einer besonders bedrängten Lage. Von den 13 Diözesen des Landes haben nur drei residierende Bischöfe. Für die anderen Bistümer hat die Prager Regierung bisher alle von Rom vorgeschlagenen Bischofskandidaten abgelehnt.

KNA, **London**

Dem Erzbischof von Westminster, Kardinal Basil Hume, ist von den CSSR-Behörden die Einreise in die Tschechoslowakei verweigert worden. Der Kardinal wollte dort mit Kardinal Frantisek Tomasek zusammentreffen. In seinem Amt als Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCFF) reist Hume aber zu den Feierlichkeiten anläßlich des 1100. Todestages des Slawenapostels Methodius am 4. und 5. Juli nach Jugoslawien.

Walesa mit Protesten der Arbeiter zufrieden

DW. **Warschau**

Auf der Danziger Lenin-Werft, der Geburtstätte der „Solidarität", haben sich nach Angaben aus Gewerkschaftskreisen bis zu 90 Prozent der Beschäftigten am Montag an den Protesten gegen die neuen Preiserhöhungen beteiligt. Arbeiterführer Lech Walesa veranlaßte dies zu der Bemerkung: „Jetzt habe ich Vertrauen in den Sieg der Ideale von 1980." Das Regime in Warschau bemühte sich, die Proteste der Arbeiter herunterzuspielen. Der Montag sei ein „normaler Arbeitstag" gewesen, hieß es. Arbeitsniederlegungen wurden auch aus Breslauer Betrieben gemeldet. Bereits am vergangenen Sonntag war bekanntgeworden, daß in Erwartung von Streiks Polizei und andere Sicherheitskräfte verstärkt wurden.

Zwischen dem Tag der Kriegsrechtserklärung am 13. Dezember 1981 und dem 15. März dieses Jahres sollen mindestens 78 Menschen in Polen der staatlichen Gewalt zum Opfer gefallen sein. Diese Anschuldigung enthält ein von der amerikanischen Menschenrechtsvereinigung „Helsinki Watch" veröffentlichter Bericht des seit zwei Jahren im Untergrund tätigen polnischen Komitees zur Überwachung der Helsinki-Verträge, der zur Vorlage bei der jüngsten Menschenrechtskonferenz in Ottawa nicht rechtzeitig fertig geworden sei.

Der Bericht enthält 72 Namen von Personen, die angeblich durch die polnischen Ordnungskräfte den Tod gefunden haben. Die Todesumstände werden in vier Ketagorien aufgeschlüsselt: Während eines Streiks oder einer Demonstration (32), Mißhandlung oder Folter nach der Verhaftung (22), unter „mysteriösen Umständen" (13) und Selbstmorde (fünf). 63 seien Opfer ihres politischen Engagements geworden. Sechs Namen wurden laut „Helsinki Watch"-Chef Jeri Laber auf Wunsch der Hinterbliebenen nicht genannt.

Wie aus der Aufstellung hervorgeht, wurden zwischen Dezember 191 und März 1985 in Polen 5045 Menschen wegen ihrer politischen Aktivitäten festgenommen. Ein Anhang enthält die Liste von 140 Polen, die gegenwärtig aus politischen Gründen eine Gefängnisstrafe verbüßten oder vorübergehend verhaftet worden seien. Des weiteren enthält der Bericht Angaben von Augenzeugen über brutales Vorgehen von Polizisten gegenüber Passanten.

Regierungssprecher Urban gab gestern die Zahl der politischen Häftlinge mit 195 an. Darunter seien 179 Untersuchungshäftlinge und 16 Verurteilte. Zu den politischen Häftlingen werden auch vier Geheimdienstbeamte gezählt, die wegen des Mordes an dem oppositionellen Priester Jerzy Popieluszko zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Moskau konsultiert ungarische Wirtschaftspolitiker über Reformen

„Suche nach einem Ausweg aus der Stagnation" / Genugtuung und Hoffnung in Budapest

C.G. STRÖHM, **Budapest**

Eine Delegation führender ungarischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker ist von Gesprächen in Moskau mit dem Eindruck zurückgekehrt, daß in der Sowjetunion eine grundsätzliche Wende gegenüber der bisherigen Haltung in ökonomischen Fragen bevorstehe. Die Ungarn – unter ihnen der ehemalige Staatssekretär für Preispolitik, Bela Csikos-Nagy, ferner der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Budapester Akademie der Wissenschaften, Jozsef Bognar, sowie der Wirtschaftswissenschaftler Istvan Huszar – waren von den Sowjets zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch über die ungarische Wirtschaftsreform eingeladen worden. In Moskau berieten sie mit dem sowjetischen Nationalökonomen Fedosejew und Bogomolow.

In Budapester politischen Kreisen wird darauf verwiesen, daß führende sowjetische Funktionäre damit zum ersten Mal die Abgesandten eines kleineren kommunistischen Staates in grundlegenden ökonomischen Fragen zu Rate gezogen haben.

Optimistische Reaktionen

Bei den Ungarn herrscht auch deshalb Genugtuung über dieses Treffen, weil das Kadar-Regime von manchen „Bruderparteien" und auch von gewissen Kreisen in Moskau wegen seiner Reformpolitik gelegentlich mißtrauisch betrachtet oder auch offen kritisiert worden war. Daß nun führende ungarische Wirtschaftsreformer in der Ära Gorbatschow als erste in Moskau angehört und um ihre Meinung gefragt wurden, hat in Budapest optimistische Reaktionen ausgelöst und die Hoffnung verstärkt, daß die ungarischen Reformen – trotz gelegentlich widersprüchlicher Erklärungen in sowjetischen Medien – unbehindert fortgesetzt werden können.

„So selbstkritische Beurteilungen über das eigene Wirtschaftssytem, wie ich sie auf der Beratung aus dem Munde der sowjetischen Kollegen zu hören bekam, habe ich noch nie erlebt." Mit diesen Worten resümierte der „Vater der ungarischen Preisreform", Bela Csikos-Nagy, seine jüngsten Moskauer Erfahrungen. Die ungarischen Experten deuteten an, daß nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen kommunistischen Ländern ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation gefunden werden muß, die ein Ergebnis der bisherigen strikten planwirtschaftlichen Zentralisierung ist.

Die sowjetischen Gesprächspartner sollen sich demnach bei ihren ungarischen Gästen besonders für folgende Fragen interessiert haben: die Rolle von Waren und Geld und in diesem Zusammenhang dem Mechanismus des Markts, dann Preis, Planung, Kredite und die Rolle der Banken, ferner das Verhältnis zwischen zentralen Organen und den Betrieben sowie schließlich das Verhältnis zwischen kollektivierter und staatlicher Landwirtschaft und dem privaten Hofland der Bauern.

Istvan Huszar zeigte sich besonders beeindruckt vom großen Interesse, das seine sowjetischen Kollegen im Blick auf die ungarischen Erfahrungen an den Tag legten. Die sowjetischen Experten sollen den Ungarn auch in der Bewertung zugestimmt haben, daß es ohne die Wirksamkeit von Markt, Waren und Geld keine Wende in der Volkswirtschaft geben könne. Die sowjetischen Experten sollen, wie die Ungarn festzustellen glaubten, im Gegensatz zu früher nun auch von den höchsten politischen Instanzen der Sowjetunion (offenbar von Gorbatschow) Ermutigung und Zustimmung in dieser Richtung erhalten.

Das Wachstum der Sowjetwirtschaft ist in letzter Zeit auf zwei Prozent abgesunken. Daneben stelle sich für die Sowjetunion die Frage nach einer Anhebung der Qualität der Produktion.

Interesse am Agarsektor

Die Ungarn sind sich darüber klar, daß die Sowjetunion andere Dimensionen zu bewältigen hat als ihr eigenes kleines Land und daß die Abhängigkeit Moskaus von Auslandsmärkten und Außenhandel weitaus geringer ist als jener Ungarns. Die Sowjets seien sich aber immer noch nicht ganz schlüssig, wo sie die Grenze zwischen direkter und indirekter Planung, zwischen der Selbständigkeit der Betriebe und ihrer zentralen Lenkung ziehen sollen. Die Sowjets sind demnach noch nicht bereit, den Ungarn in der in Budapest seit langem vorherrschenden Meinung zu folgen, wonach wirtschaftliche Probleme in erster Linie mit wirtschaftlichen und nicht mit politisch-administrativen Maßnahmen zu lösen seien. Intensiv erkundigten sich die sowjetischen Experten bei den Ungarn nach den Budapester Methoden bei der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Ungarn hat im Gegensatz zu anderen kommunistischen Ländern und auch zur Sowjetunion trotz kollektiver Landwirtschaft die Frage der Lebensmittelversorgung seiner Bevölkerung gut gelöst.

Stoltenberg mahnt bei Lafontaine Konzept für Arbed-Sanierung an

Haushaltsentwurf für 1986 vorgelegt / Risiken bei den Steuereinnahmen

HEINZ HECK, **Bonn**

Finanzminister Stoltenberg hat die Forderung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine nach Unterstützung des Bundes für die notleidende Arbed Saarstahl heftig kritisiert. Bei der Vorlage des Kabinettsentwurfs für den Bundeshaushalt 1986, der keine Stahlhilfen mehr enthält, erwiderte Stoltenberg auf eine entsprechende Frage, Lafontaine habe in „plumper und ultimativer Form versucht, die Bundesregierung unter Druck zu setzen".

Stoltenberg riet Lafontaine, die Polemik und den „Aufbau einer Druckkulisse" zu unterlassen. Statt dessen solle der SPD-Politiker seine Verpflichtungen als Ministerpräsident wahrnehmen und ein Konzept zur Konzernsanierung vorlegen. Die Bundesregierung habe sich noch gegenüber Lafontaines Vorgänger Zeyer bereit erklärt, einen Beitrag zur Entschuldung des Unternehmens zu leisten, wenn andere – vor allem die Banken – hierzu ebenfalls bereit seien.

Stahlhilfe ist beschränkt

Stoltenberg war „erstaunt", daß Lafontaine bisher noch keinen Bericht über entsprechende Verhandlungen vorgelegt habe. Die Bundesregierung habe aufgrund der EG-Beschlüsse die Stahlhilfe auf die Jahre 1983 bis 1985 beschränkt. Auch mit Rücksicht auf andere Stahlunternehmen, die dadurch benachteiligt würden, könne die direkte Finanzhilfe an Arbed Saarstahl nicht fortgesetzt werden.

Stoltenberg legte den vom Kabinett am Montag verabschiedeten Haushaltsentwurf 1986 vor. Mit einem Volumen von 263,9 Milliarden Mark beträgt die Zunahme gegenüber 1985 rund 2,4 Prozent. Im Finanzplan sind bis 1989 jeweils Steigerungsraten von 2,9 Prozent vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme soll 1986 wie in diesem Jahr knapp unter 25 Milliarden Mark liegen (1989: 23,3 Milliarden Mark geplant).

Die Bundesregierung wolle damit eine Konsolidierungspause machen. Hauptursachen sind die Steuersenkungen 1986/88 und um 4,5 Milliarden Mark höhere Zahlungsverpflichtungen an die EG 1986. Bei einer Gesamtbetrachtung des in den letzten Jahren noch gestiegenen Bundesbankgewinns und der rückläufigen Nettokreditaufnahme bezifferte der Minister den seit 1982 erzielten Konsolidierungsfortschritt auf zehn bis elf Milliarden Mark – und dies „trotz strenger Ausgabendisziplin".

Risiken sieht der Minister vor allem bei den Einnahmen. So dürften die Steuereinnahmen 1986 nach jüngster Schätzung um rund 6,5 Milliarden Mark hinter dem bisherigen Finanzplan liegen – vor allem aufgrund größerer Lohn- und Preisstabilität. Da die Ausgaben gegenüber der Finanzplanung um gut vier Milliarden Mark zurückbleiben und der Bundesbankgewinn mit 12,5 Milliarden höher als erwartet ausfällt, habe sich die Nettokreditaufnahme auf dem Vorjahresniveau stabilisieren lassen. Eine der schwersten Belastungen künftiger Haushaltsgestaltung sieht Stoltenberg in den trotz Konsolidierungsfortschritt und günstiger Zinsentwicklung rasch wachsenden Zinsausgaben (1986: 30,5 und 1988: 35,9 Milliarden), deren Anteil am Gesamtetat noch auf Jahre zunimmt.

Stoltenberg rechnet für 1986 mit weiteren Privatisierungsschritten (was bedeutet, daß in diesem Jahr keine mehr zu erwarten sind). Die voraussichtlichen Erlöse und die Namen der Kandidaten will er im Herbst zu den Schlußberatungen im Haushaltsausschuß bekanntgeben. Als „sehr erfreulichen Tatbestand" wertete der Minister den Rückgang der Haushaltszuwendungen an bundeseigene Unternehmen und Bundesbeteiligungen um 456 Millionen Mark 1986. Dies sei ein Indiz für den Verlustabbau einzelner Unternehmen.

Mittel für Stadterneuerung

Insgesamt gehen die Investitionen des Bundes gegenüber 1985 um 421 Millionen auf 34,8 Milliarden Mark zurück. Die Investitionsquote beträgt damit 13,2 (1982: 13,1) Prozent und wird nach dem Finanzplan bis 1989 auf 12,1 Prozent zurückgehen. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung seien auch die „erheblichen Investitionen" zu berücksichtigen, die durch zusätzliche ERP-Mittel sowie Kreditangebote der Lastenausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgelöst würden. Bund und Länder hätten Einvernehmen erzielt, daß der Bund seine Mittel für Stadterneuerung 1986 und 1987 jeweils auf eine Milliarde verdreifacht, die Länder ihre Ansätze verdoppeln (mit Ausnahme dreier, die „geringfügig" darunter liegen).

Wirtschaftsminister Bangemann habe sich im Kabinett, so Stoltenberg, „vorbehaltlos und engagiert" für die Maßnahmen ausgesprochen, und im Kabinett sei „volles Einvernehmen" erzielt worden. Bangemann hatte am Vortag verhaltene Kritik und Zweifel an der Wirksamkeit der Beschlüsse laut werden lassen (WELT vom 1. Juli).

Verteidigungsetat steigt um 3,1 Prozent

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Im Bundeshaushalt 1986 wachsen die Ausgaben für Verteidigung und Bundeswehr stärker als der Gesamthaushalt. Während dieser lediglich um 1,8 Prozent nominal wächst – nicht gerechnet sind dabei die Zuschüsse für die EG –, steigt der Einzelplan 14 von 49,0144 Milliarden Mark in diesem Jahr auf 50,8600 Milliarden Mark im nächsten Jahr. Das entspricht einer nominalen Steigerungsrate von 3,1 Prozent.

In diesem Betrag sind die sogenannten Personalverstärkungsmittel für die erwartete Erhöhung der Gehälter von Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr enthalten. Bei einer angenommenen Inflationsrate von 2,5 Prozent, wie sie gegenwärtig herrscht, wird somit der Haushalt für die Bundeswehr 1986 um 0,6 Prozent real wachsen. Nach Darstellung des Verteidigungsministeriums wird die Bundesrepublik Deutschland damit in der NATO vergleichsweise gut dastehen, da zu erwarten ist, daß alle großen Mitgliedsstaaten des Bündnisses einschließlich der USA wahrscheinlich mit weniger Steigerung werden auskommen müssen.

Mit diesem Ergebnis der Kabinettsberatungen zeigte sich die Führung auf der Hardthöhe zufrieden. Wie es hieß, war der Einzelplan 14 von Minister Wörner von der Regierung ohne Beratung gebilligt worden. Sein Budget ist wiederum das zweitgrößte im ganzen Bundeshaushalt und nimmt in ihm ein knappes Fünftel ein. In diesem geplanten Finanzrahmen wird das Verteidigungsministerium im kommenden Jahr die schon in diesem Jahr gesetzten Schwerpunkte fortsetzen können. Dazu zählen die Verbesserung der allgemeinen Personalstruktur für die Jahre mit geringeren Wehrpflichtigenzahlen, weiter die uneingeschränkte Fortführung des Ausbildungsbetriebes in den Verbänden sowie die Verstärkung der Finanzmittel für die Aufwendungen in militärischer Forschung und Entwicklung.

Auch die Beschaffung von großen Waffen einschließlich Munition und sogenannter Peripherie wird im Jahr 1986 in der schon seit langem geplanten Weise weitergehen. Die größten „Brocken" im Ansatz für die Beschaffung von 12,246 Milliarden Mark bleiben mit 2,78 Milliarden das Flugzeug Tornado und mit 1,3 Milliarden der Panzer Leopard 2.

In dieser Gesamtsumme ist auch der Anfangsaufwand des für das nächste Jahr vorgesehenen Beginns der Beschaffung zweier Fregatte des Typs 122 für die Marine zusätzlich zu den bereits in Dienst befindlichen sechs Schiffen eingeschlossen. Über das Vorhaben, das über fünf Jahre laufen soll und einschließlich der je zwei Bordhubschrauber 1,175 Milliarden Mark kosten soll, ist der Bundestag offiziell noch nicht unterrichtet. Dennoch beginnt hinter den Kulissen bereits die Auseinandersetzung darum, welche Werften an der Küste damit bedacht werden können. Diese Überlegungen werden von informierter Seite mit dem möglichen Verhalten der Hansestadt Bremen im Bundesrat bei der Abstimmung über das Personalstrukturgesetz zum Abbau des Verwendungsstaus bei den Offizieren in Zusammenhang gebracht.

Überfällige Reform

fu (London) – Mit viel Elan hatte die Regierung Thatcher 1983 das völlig unzureichende und unterentwickelte Ausbildungssystem in Großbritannien aufs Korn genommen. Mit dem Youth Training Scheme bot sie allen 16- bis 17jährigen Schulabgängern die Möglichkeit an, ein Jahr lang in Theorie und Praxis auf das Berufsleben vorbereitet zu werden. Diese Art Kurzlehre wurde der deutschen Lehrlingsausbildung nachempfunden.

Für die damalige Reform war es höchste Zeit. Anachronismus bei den Gewerkschaften, Desinteresse bei Unternehmen und Ignoranz bei den Regierungen hatten zu einer Misere im Ausbildungssystem geführt, die in Europa ihresgleichen suchte. Während etwa in Deutschland nur acht Prozent der Schulabgägner ohne Ausbildung ins Berufsleben treten, sind es in Großbritannien auch heute noch mehr als 50 Prozent – vorausgesetzt, sie finden überhaupt einen Arbeitsplatz.

Auch wenn die erste Reform vor zwei Jahren eine der wichtigsten Entscheidungen der Thatcher-Administration gewesen ist, so war doch klar, daß dabei nicht stehengeblieben werden durfte. Die Verlängerung der Ausbildung auf zwei Jahre, die Bereitstellung von weiteren 200 000 Ausbildungsplätzen sowie die Aufteilung in Basis-Ausbildung und Berufs-gezielte-Ausbildung ist logisch und zwangsläufig. Die Regierung in London hält diesmal einen besonderen Trumpf in der Hand: Sie wird in ihrem Bemühen zur Verbesserung der Jugendausbildung jetzt von der Gewerkschaft unterstützt. Eine große Chance, das Ausbildungsniveau auf europäischen Standard anzuheben.

Geschärft

nl. – Genaue Analyse und differenzierte Maßnahmen sind unbedingte Voraussetzung bei einer einigermaßen effektiven Arbeitsmarkt-Politik. Die Stuttgarter Landesregierung hat mit dem lobenswerten Beispiel begonnen, in einem runden Dutzend Regionalveranstaltungen im Südwesten zusammen mit Gewerkschaften, Unternehmern, Verbänden und Institutionen Arbeitsmarkt-Probleme vor Ort zu diskutieren und nach Ansatzpunkten für eine Therapie Ausschau zu halten. „Diese Veranstaltung hebt sich wohltuend von großen Sprüchen ab", urteilte ein IG-Metall-Funktionär über die Auftaktveranstaltung in Karlsruhe. Konkrete Ergebnisse von solchen Veranstaltungen zu erwarten wäre freilich zu viel verlangt. Es zeigt sich aber, daß das neue Beschäftigungsförderungsgesetz trotz gewerkschaftlicher Skepsis ein wichtiger Hebel für eine Lösung sein könnte. Über die „ministerielle Seelenmassage" hinaus dürfte bei den Beteiligten zumindest das Problembewußtsein weiter geschärft worden sein. Dies ist schon ein wichtiger Schritt.

Entspannungs-Signale

Von KAREN SÖHLER

Die Lage in den hochverschuldeten Ländern Lateinamerikas wird unterschiedlich beurteilt: Während es in New Yorker Bankenkreisen heißt, die Aussichten auf eine Lösung dieser Probleme seien gut, kursieren in Frankfurt auch kritischere Stimmen. Beide Ansichten lassen sich belegen.

Die Bilanz, die Lateinamerika etwa drei Jahre nach Ausbruch der Verschuldungskrise ziehen kann, schürt die Hoffnung, die Liquiditätsschwierigkeiten seien bald behoben. Mexiko – über 90 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten im Ausland – hat schon umgeschuldet; auf zehn bis zwölf Jahre. Eingeschlossen sind öffentliche Kredite von 51 Milliarden Dollar. Die knapp 15 Milliarden Dollar, die Private ausländischen Banken schulden, werden – wenn nötig – in Einzelverträgen gestreckt.

Für Brasilien – mit 108 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet – ist das Umschuldungspaket beinahe geschnürt. Fast zwölf Milliarden Dollar wurden schon im vergangenen Jahr umgeschuldet. Zur Diskussion stehen jetzt weitere 43 Milliarden Dollar, die bis zum Jahr 2000 prolongiert werden sollen. Bei dem größten lateinamerikanischen Staat geht es in den Verhandlungen gleichzeitig um die privaten und um die öffentlichen Schulden, da der Staat ohnehin auch bei den Verpflichtungen der privaten Wirtschaft gegenüber den Gläubigerbanken als Schuldner auftreten wird.

Venezuela ist das einzige lateinamerikanische Land, das sich – aufgrund der Öl- und Devisenreserven – ohne Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit den Banken einigte. Die Einzelverträge müssen noch unterschrieben werden. Es geht um 21,2 Milliarden Dollar Auslandsschulden des öffentlichen Sektors. Die Rückzahlung soll auf zwölf Jahre bis 1997 gestreckt werden. Schwierigkeiten verursachen allerdings noch die acht bis zehn Milliarden Dollar, die private Unternehmen dem Ausland schulden.

Selbst das Sorgenkind Argentinien scheint sich besonnen zu haben. Nach einer Einigung mit dem IWF auf drastische Sanierungsmaßnahmen ist der Weg geebnet für eine Teilumschuldung der etwa 48 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten. Ein Konzept liegt vor. 9,9 Milliarden der öffentlichen und 3,5 Milliarden Dollar der privaten Schulden sollen umstrukturiert werden. Damit würden die Fälligkeiten aus den Jahren 1982 bis 1985 auf zwölf Jahre gestreckt mit drei Freijahren.

Weniger verschuldete Länder wie Chile (20 Milliarden Dollar Auslandschuld), Ecuador (etwa sieben Milliarden) und Uruguay (rund fünf Milliarden) haben bislang relativ lautlos ihre Liquididätsprobleme bewältigt. In Kolumbien, elf Milliarden Dollar Auslandsschuld, versuchen die Banken und der IWF ohne eine Umschuldung auszukommen. Völlig ungeklärt ist die Situation lediglich in Bolivien und Peru. Die wirtschaftliche Lage wirkt nahezu aussichtslos.

Insgesamt ist die Bilanz aber positiv. Und in der Geschichte sind Liquiditätsschwierigkeiten einzelner Länder so außergewöhnlich nicht. Ende des 19. Jahrhunderts standen Brasilien und Argentinien schon einmal vor solchen Problemen. Rund 50 Jahre später aber konnte Argentinien dem wirtschaftlichen Niveau mitteleuropäischer Länder standhalten. Oder: Von 1955 bis 1970 waren sieben Entwicklungsländer in 17 Umschuldungen verstrickt, weil sie die Kosten für die Auslandskredite nicht mehr begleichen konnten.

Der Unterschied zur Vergangenheit zeigt sich auf zwei Gebieten: Zum einen sind die Schuldner größeren Zinsschwankungen ausgesetzt. Während 1974 nur 16 Prozent der Auslandskredite an Entwicklungsländer zu variablen Zinsen vergeben waren, lag der Anteil 1983 bei rund 43 Prozent. Die Anfälligkeit für Marktveränderungen ist also gestiegen. Verstärkt wird dieser Trend durch die verkürzten Kreditlaufzeiten.

Zum anderen ist die wirtschaftliche Basis der Verschuldungsländer zumindest sehr angegriffen. Daß die rund 30 Milliarden Dollar „fresh money", die in den letzten drei Jahren nach Lateinamerika geflossen sind, die Länder nicht in die Lage versetzt haben, ihren Schuldendienst zu leisten, belegt die fundamentalen Schwierigkeiten. Die Risse können nur gekittet werden, wenn die Länder der Konsolidierungspolitik, die der IWF ihnen auferlegt hat, langfristig folgen. Dies ist fraglich. Und diese Unsicherheit beunruhigt viele Banken und Regierungen.

WELTBANK-ENTWICKLUNGSBERICHT / Gute Noten für ostasiatische Länder

Verschuldungsprobleme nicht mehr so brisant – Krise aber noch ungelöst

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Verschuldungskrise ist die Brisanz genommen. Entwicklungsländer und internationale Geschäftsbanken haben gelernt, mit dem Problem besser umzugehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Weltbank in ihrem Entwicklungsbericht 1985. Sie schließt allerdings nicht aus, daß zahlreiche Staaten der Dritten Welt Ende dieses Jahrzehnts – erneut – oder zum ersten Mal – mit großen Liquiditätsschwierigkeiten kämpfen.

Entscheidend sei einerseits die Konjunktur und die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern; andererseits bestimme neben der Wirtschaftspolitik in den jeweiligen Entwicklungsländern der Umgang mit ausländischem Kapital die Zukunft.

Von den Industrieländern erwartet die Weltbank eine Verminderung der Haushaltsdefizite, einen flexibleren Arbeitsmarkt und eine Reduzierung des Protektionismus. Daraus resultierten ein kräftigeres Wachstum, eine geringere Arbeitslosigkeit, sinkende Realzinsen und ein weiterer Rückgang der Preissteigerungsraten. Den Entwicklungsländern böten sich bessere Exportchancen, mehr Kapital würde wieder in die Dritte Welt fließen; die Entwicklungsländer erreichten ein Wachstum entsprechend dem in den 70er Jahren von durchschnittlich fünf bis sechs Prozent.

Die Entwicklungsländer ihrerseits müßten die – vielfach schon begonnenen – Strukturanpassungen fortführen. Die Regierungen sollten ihren Blick auf stabile Preise, realistische Wechselkurse, eine auf den Export ausgerichtete Handelspolitik und eine Ausweitung der nationalen Ersparnis konzentrieren.

Beide Ländergruppen müßten jeweils an der Entwicklung der anderen interessiert sein, betont die Weltbank. Nicht nur die Entwicklungsländer hängen von der Nachfrage aus den Industrieländern ab; umgekehrt sind auch die Industrieländer auf die Absatzmärkte in der Dritten Welt angewiesen. 1983 gingen rund 30 Prozent aller Warenausfuhren in Entwicklungsländer. 1984 lag dieser Anteil voraussichtlich noch höher.

Eine gegenseitige Bindung ergebe sich außerdem aufgrund der Kapitalverflechtungen, die sich durch die zunehmende Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer – nach 610 Milliarden 1980 inzwischen rund 900 Milliarden Dollar – verstärkt habe. Eine wirtschaftliche Flaute in den Industrieländern beeinträchtigte erheblich die Konjunktur in den Entwicklungsländern. Eine solche Beeinträchtigung erschwerte es wiederum den Entwicklungsländern, ihren Schuldendienst zu leisten.

In ihrem Bericht analysiert die Weltbank nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen, die zu einer Lösung der Verschuldungskrise beitrügen; sie setzt sich außerdem mit Punkten auseinander, auf die geachtet werden sollte, damit Auslandskapital einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt leistet. Sinnvoll sei, ausländische Kredite einzusetzen, um Investitionen und Wachstum anzukurbeln. Daraus müßten allerdings Exportsteigerungen resultieren, damit die Höhe des Schuldendienstes (Zinsen plus Tilgungen) in einem vernünftigen Verhältnis zu den Ausfuhrerlösen stehe.

Als vernünftig galt bislang ein Anteil von 20 Prozent. Die Weltbank weist jedoch darauf hin, daß diese Zahl allein nicht genügend aussagt. Beispielsweise lag die Schuldendienstquote der meisten Länder Afrikas 1980 bis 1982 unter dieser Marke; die der großen lateinamerikanischen Schuldner bewegte sich zwischen 30 und 62 Prozent; nur in Venezuela bei knapp 20 Prozent. Dennoch schätzt die Weltbank die Probleme Afrikas erheblich größer ein als die Lateinamerikas. Einbezogen werden müßte in die Berechnungen eben auch, wie schnell die Wirtschaft eines Landes auf äußere Veränderungen reagieren könnte.

Falsch sei in jedem Fall, Auslandskredite zu benutzen, um Lücken im Haushalt und/oder in der Zahlungsbilanz zu stopfen. Ein schlechtes Beispiel für diese Verwendung ausländischen Kapitals bieten Argentinien, Peru und die Türkei. Lobend erwähnt die Weltbank dagegen die ostasiatischen Länder, die im allgemeinen große Budgetdefizite, verzerrte Preise und Wechselkurse vermieden hätten.

CHEMISCHE INDUSTRIE

Zahl der Arbeitsplätze wird in diesem Jahr weiter erhöht

SABINE SCHUCHART, Bonn

Eine Umsatzstabilisierung auf hohem Niveau erwartet die chemische Industrie der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr, nachdem 1984 ein kräftiges Wachstum um 11 Prozent auf 141 Mrd. DM erzielt worden war. Angesichts dieser Entwicklung könne in diesem Jahr mit 5000 bis 10 000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet werden. So werde sich die Beschäftigtenzahl von 552 000 Mitarbeitern in diesem Jahr um ein bis zwei Prozent erhöhen, erklärte der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Hans-Gerhard Franck, anläßlich der Vorstellung des Jahresberichtes 1984 in Bonn.

Als Grund dafür führte Franck an, daß 1985 mit 43 Prozent ein größerer Teil der Investitionen als bisher der Erweiterung der Produktion und der Schaffung neuer Anlagen diene. Dieser Anteil betrug 1984 41 und 1983 35 Prozent. Insgesamt wird die chemische Industrie nach seinen Angaben in diesem Jahr 7,6 Mrd. DM für Investitionen aufwenden, knapp neun Prozent mehr als 1984. Recht zufrieden äußerte sich Franck in diesem Zusammenhang zur Ertragssituation der Branche. Die Nettoumsatzrendite werde sich 1985 bei deutlichen Unterschieden in einzelnen Sparten auf dem 1984 erzielten Niveau von 2,5 Prozent bewegen.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres erhöhte sich der Umsatz der chemischen Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um sieben Prozent auf etwa 75 Mrd. DM. Erwartungsgemäß habe sich angesichts des hohen Ausgangsniveaus des Vorjahres die Zuwachsrate abgeschwächt, kommentierte Franck diese Entwicklung. Die Chemiekonjunktur wird nach seinen Angaben weiterhin von der starken Auslandsnachfrage getragen, die im ersten Halbjahr für eine Erhöhung des Auslandsumsatzes um zehn Prozent sorgte. Damit erreichte die Exportquote der deutschen Chemie die Rekordzahl von 52 Prozent. Mit dem Beginn des zweiten Quartals habe sich aber auch der Inlandsumsatz aufgrund der leicht gestiegenen privaten Konsumnachfrage und der zunehmenden Investitionstätigkeit wieder etwas gebessert, berichtete Franck.

Für Forschung und Entwicklung werden nach seinen Worten in diesem Jahr 7,6 Mrd. DM „zur langfristigen Zukunftssicherung" aufgewendet. In Zukunft komme auch der Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren auf der Grundlage nachwachsender Stoffe wie Zucker und Stärke eine wachsende Bedeutung zu. Dadurch könnte die chemische Industrie einen Beitrag zum Abbau der landwirtschaftlichen Überproduktion leisten, erklärte Franck. Die chemische Industrie in Europa wäre in der Lage, ihren Zuckerverbrauch auf über 500 000 Tonnen zu steigern und damit zu verzehnfachen, wenn dieser Rohstoff von ihr zu Weltmarktbedingungen eingesetzt werden könnte.

AUF EIN WORT

„Viele Unternehmen waren – bedingt durch Absatzrückgänge, neue Produkte oder fernöstliche Konkurrenz – zu tiefgreifenden Strukturanpassungen gezwungen. Diese Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen, eher nimmt der Strukturwandel noch zu; er erfordert unverändert von Unternehmern und Mitarbeitern ein hohes Maß an Flexibilität und die Bereitschaft zum Umdenken."

Dr. Peter Weichhardt, Vorsitzender der schweizerischen Schindler-Konzernleitung, Ebikon-Luzern. FOTO: DIE WELT

INDUSTRIEPRODUKTION

Leichtes Plus im letzten Zwei-Monats-Vergleich

dpa/VWD, Bonn

Die Industrieproduktion in der Bundesrepublik ist im Mai 1985 leicht angestiegen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, lag der Produktionsindex des produzierenden Gewerbes nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt um 0,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Auch im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich April/Mai gegenüber Februar/März stieg die Industrieproduktion um 0,5 Prozent.

Im Vergleich mit den Monaten April/Mai des Vorjahres lag die Produktion um 4,0 Prozent höher. Dabei erhöhte sich vor allem die Investitionsgüterproduktion. Sie war im April/Mai 1985 um zehn Prozent höher als im Vorjahr, während die Bauproduktion im selben Zeitraum um 7,5 Prozent zurückging.

Im Zweimonatsvergleich kam das verarbeitende Gewerbe insgesamt auf ein Plus von 5,5 Prozent, während die Produktion im Bergbau und in der Elektrizitäts- und Gasversorgung stagnierte.

Im Zeitraum April/Mai kam es im Vergleich zu den vorangegangenen beiden Monaten in allen Hauptgruppen zu Produktionssteigerungen. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erhöhte sich die Produktion um 2,0 Prozent. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe meldete ein Plus von 1,5 Prozent. Im Verbrauchsgütergewerbe stieg die Fertigung ebenso wie in der Investitionsgüterindustrie leicht um 0,5 Prozent. Die Bautätigkeit lag gegenüber den wegen des starken Winterwetters sehr schwachen Monaten Februar/März um neun Prozent höher.

Race-Programm beschlußreif

VWD, Brüssel

Das Anfang Juni von den Forschungsministern der EG grundsätzlich bereits genehmigte Sonderprogramm im Bereich der Telekommunikation Race wird voraussichtlich rückwirkend zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Wie aus diplomatischen EG-Kreisen in Brüssel verlautete, kann die sogenannte Race-Definitionsphase, die mit Haushaltsmitteln von 20 Millionen Ecu dotiert sein wird, damit doch noch in diesem Monat rechtskräftig verabschiedet werden.

US-STAHLMARKT

Wieder steigende EG-Exporte belasten Verhandlungsklima

H.-A. SIEBERT, Washington

Nicht gelungen ist es der Reagan-Administration, den Anteil ausländischen Stahls am US-Verbrauch, wie vor der Präsidentschaftswahl im November versprochen, auf 20,2 Prozent einschließlich Halbzeug zu drücken. Zugenommen haben besonders die Bezüge aus der EG, was die bevorstehenden Stahlgespräche mit Brüssel erheblich erschweren wird. Dagegen sind die Lieferungen anderer Länder, mit denen Washington seitdem Selbstbeschränkungsabkommen geschlossen hat, zurückgegangen.

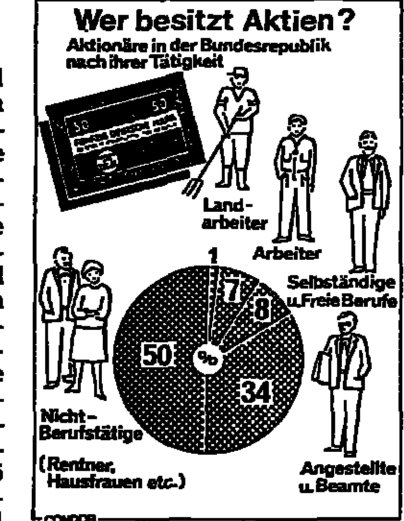
Nach Angaben des Amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts haben die USA in den ersten fünf Monaten dieses Jahres genausoviel Stahl importiert wie in der gleichen Zeitspanne 1984 – 9,6 Mill. Tonnen. Die Exporte der Gemeinschaft erhöhten sich von 2,1 auf 2,6, die japanischen nur von 2,5 auf 2,6 Mill. Tonnen. Kanada drosselte seine Lieferungen von 1,3 auf 1,1 und die übrige Welt von 3,7 auf 3,3 Mill. Tonnen. Hierzu gehören die stahlproduzierenden Schwellenländer ebenso wie Südafrika, Polen oder Spanien. Im Mai lag der Marktanteil für Auslandsstahl immer noch bei 25,8 Prozent (26,4 Prozent im Gesamtjahr 1984).

Das Institut macht die anhaltende Importschwemme dafür verantwortlich, daß die US-Rohstahlproduktion im gleichen Zeitraum von 39 auf 34 Mill. Tonnen abgesackte. Gegenüber Mai 1984 schrumpfte die Kapazitätsauslastung von 79,8 auf 68,9 Prozent. Von 36 auf 43 Prozent erhöht hat sich der Anteil des Stranggußverfahrens, was die Modernisierungsbemühungen der amerikanischen Konzerne unterstreicht. An der Rohstahlerzeugung waren L-D-Konverter mit 60, Elektroöfen mit 33 und Siemens-Martin-Öfen mit sieben Prozent beteiligt.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Einzelhandel nutzt befristete Arbeitsverträge

Köln (VWD) – Im Einzelhandel wird von dem seit 1. Mai geltenden Beschäftigungsförderungsgesetz bereits reger Gebrauch gemacht. Wie die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Köln mitteilte, haben laut einer Blitzumfrage die Einzelhändler die neue Regelung positiv aufgenommen. Rund ein Viertel der Befragten hat angekündigt, noch in diesem Jahr zusätzliche Arbeitskräfte auf befristeter Basis einzustellen. Vor allem mittlere und größere Unternehmen der Branche wollen davon Gebrauch machen. Die Einzelhandelsfachgeschäfte in der Bundesrepublik haben im 1. Halbjahr 1985 ein gegenüber dem Vorjahr unverändertes Verkaufsergebnis erzielt. Real bedeutete das ein Absatzminus von mehr als einem Prozent. Umsatzgewinner waren dabei vor allem der Spielwaren- und der Schuheinzelhandel, die nominal um sieben und um fünf Prozent mehr absetzten als im 1. Halbjahr 1984.



Die Aktie spielt als Altersvorsorge eine große Rolle. Dennn die Hälfte aller 3,2 Millionen Aktionäre in der Bundesrepublik steht nicht oder nicht mehr im Berufsleben. QUELLE: CONDOR

Altana übernimmt DAT

Frankfurt (Wb.) – Die Quandt-Gesellschaft Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, wird von der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG eine Mehrheitsbeteiligung (gut 60 Prozent) an der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-AG, Köln, gegen Ausgabe neuer Altana-Aktien übernehmen. Auch den übrigen Aktionären wird ein Umtauschangebot (fünf Altana-Aktien plus 20 DM Barabfindung für jeweils vier DAT-Aktien) unterbreitet. Damit geht die Altana über das Prüfer-Gutachten (1,04 Altana für 1 DAT) hinaus. Die DAT ist für den Diätetik- und Pharma-Konzern Altana ein Schritt in die Diversifikation: Das Kölner Unternehmen setzte 1984 in den Bereichen Kommunikation und EDV-Software 30 Mill. DM um. Die Altana-Aktionre haben in der gestrigen Hauptverammlung dem Ausschluß ihres Bezugsrechts bei den neuen Aktien zugestimmt.

Appell an Arbeitgeber

Karlsruhe (nl) – Um am Arbeitsmarkt eine Verbesserung zu erzielen, bedürfe es keines Geniestreichs, sondern vieler kleiner gezielter Schritte. Dieses Fazit zog der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog in Karlsruhe. Dort fand im Rahmen des von der Stuttgarter Landesregierung initiierten Aktionsprogramms „Arbeit nach Maß" die Auftaktkonferenz zu insgesamt zwölf Veranstaltungen in allen Regionen des Südwestens statt, an der sich rund 150 Vertreter von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und ihren Organisationen beteiligten. An die Adresse der Gewerkschaften appellierte Herzog, das Beschäftigungsförderungsgesetz „nicht so negativ zu sehen". Der Unternehmerseite empfahl er, durch Neueinstellungen dort Überstunden abzubauen, wo sie sich als „Dauerüberstunden" darstellten.

Kreditlaufzeit verdoppelt

Buenos Aires (VWD) – Zur Bekämpfung der Spekulation hat die argentinische Regierung die Mindestlaufzeit für Kredite und andere Finanztransaktionen in Devisen an den Finanzmärkten auf 360 Tage verdoppelt. Ohne nähere Einzelheiten zu nennen, sagte Wirtschaftsminister Juan Sourrouille, seit Ankündigung des neuen Wirtschaftsprogramms seien Millionen von Dollar ausländischen Kapitals in das Land geflossen. Die Verdoppelung der Mindestlaufzeit sei notwendig, da das Land Mittel für produktive Zwecke und nicht für schnelle spekulative Gewinne brauche.

Geringere Rückvergütung

Bonn (dpa/VWD) – Die deutschen Autohaftpflichtversicherer überweisen ihren Kunden in diesen Wochen rund 501 Mill. DM als Rückvergütung für schadensfreies Fahren 1984. Im Vorjahr waren es 510 Mill. DM. Von der diesjährigen Rückvergütung stammen 220 Mill. DM aus versicherungstechnischen Überschüssen und 280 Mill. DM aus Zinserträgen. Die Autohaftpflichtversicherer verzeichneten insgesamt 1984 einen Verlust von 2,5 Millionen DM, während 1983 noch Gewinne von 122 Millionen DM gemacht wurden.

Neues Konzept gefordert

Bonn (dpa/VWD) – Die vier Unternehmen der deutschen Hochseefischerei, die sich zu einer Fangunion zusammenschließen wollen, sollen noch einmal ein neues Konzept für die Fusion vorlegen. Das sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in Bonn im Rahmen einer Pressekonferenz zum Bundeshaushaltsplan für 1986. Das Bundeskabinett sei der Ansicht, daß die derzeitige Fangflotte nur noch zu ihrem Buchwert in die Gesellschaft eingebracht werden könne.

SBG in Frankfurt notiert

Frankfurt (dpa/VWD) – Die größte Schweizer Bank will sich mit dem Kauf eines deutschen Kreditinstituts oder einer eigenen Niederlassung in Frankfurt noch Zeit lassen. Das erklärte Nikolaus Senn, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) bei der Einführung der Aktien seiner Bank an der Frankfurter Börse. Die SBG ist das dritte Schweizer Institut, das sich in Frankfurt niederlassen will. Die Schweizerische Kreditanstalt hatte in diesem Jahr die Fürther Grundig Bank sowie die Frankfurter Effektenbank Warburg übernommen, und der Schweizerische Bankenverein will eine eigene Tochter in der Mainmetropole gründen.

PRODUKTHAFTUNG

Brüsseler Richtlinie steht vor der Verabschiedung

dpa/VWD, Brüssel

Hersteller in der Europäischen Gemeinschaft sollen künftig nach einer gemeinsamen EG-Regelung für die Schäden haften, die ein fehlerhaftes Erzeugnis verursacht. Eine entsprechende EG-Richtlinie, über die seit 1976 beraten wurde, steht nach grundsätzlicher Einigung der EG-Länder vor der Verabschiedung, verlautete aus EG-Ratskreisen.

Nach der neuen Haftungsrichtlinie müssen Produzenten künftig unabhängig vom Verschulden grundsätzlich für Schäden aufkommen, die ihre Erzeugnisse bei den Verbrauchern anrichten. Die Haftung ist finanziell nicht begrenzt. Bei Serienschäden durch den gleichen Fehler können die EG-Staaten jeweils eine eigene Haftungsbegrenzung vornehmen, die aber nicht unter 70 Mill. Ecu (knapp 160 Mill. DM) liegen darf.

Enwicklungsrisiken (Produktfehler, die zum Zeitpunkt, als das Produkt auf den Markt kam, noch nicht erkennbar waren) werden nicht in die Haftung einbezogen. Wenn die gefährlichen Wirkungen eines Produkts erst nach einiger Zeit eintreten, würde also keine Entschädigung erfolgen. Hier können die einzelnen Länder aber eigene Regelungen erlassen. Für den Verbraucher wird es noch einen weiteren Haken geben: Bei Sachschäden wird von ihm eine Selbstbeteiligung von 500 Ecu (1150 DM) gefordert.

Die neuen Regelungen sind in vielen Industriebereichen auf Widerstand gestoßen. Die Industrie verweist vor allem auf höhere Versicherungsprämien. Die Verbraucherverbände begrüßten die EG-einheitliche Produkthaftung, wiesen jedoch auf juristische Fußangeln hin.

USA / Kieler Institut: Lohn-Flexibilität und Mobilität schafften Beschäftigungswunder

Auch weniger attraktive Jobs gefragt

VWD, Kiel

Der Weg zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führt über marktgerechte Löhne, das heißt: über eine Lohnstruktur, die den sektoralen und regionalen Gegebenheiten und Unterschieden Rechnung trägt, und über die Beseitigung administrativer Regulierungen und Behinderungen, die Außenseitern den Marktzutritt erschweren oder gar unmöglich machen.

Diese Auffassung vertreten Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft in einer Schrift zum „amerikanischen Beschäftigungswunder", das gestern veröffentlicht wurde.

Auf deregulierten Märkten komme, das lehre die amerikanische Erfahrung, rasch Bewegung in die Löhne, und es entstünden neue Arbeitsplätze. Die insgesamt positive Bilanz der USA – dort sind in den letzen zehn Jahren rund 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden, lasse sich vor allem darauf zurückführen, heißt es in der Studie, daß die Reallöhne nur vergleichsweise wenig gestiegen, teilweise sogar gesunken sind.

Es gab in den Vereinigten Staaten nicht jenen Rationalisierungsdruck, der in den meisten europäischen Ländern dazu führte, daß zu viele alte Arbeitsplätze verloren gingen, während gleichzeitig zu wenig neue entstanden, meinen die Kieler Wissenschaftler.

Nicht minder wichtig sei aber die große Flexibilität und Mobilität, die viele Amerikaner bei der Suche nach einer Beschäftigungsmöglichkeit zeigten. Dazu zählen unter anderem die Bereitschaft, einen weniger attraktiven Arbeitsplatz zu akzeptieren – etwa „Schichtarbeit statt Regelarbeitszeit, Fließband statt Schreibtisch oder Arbeit an der Peripherie der Städte statt in der City".

Der überwiegende Teil der neuen Arbeitsplätze wurde von kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen mit raschem Wirtschaftswachstum im Süden und Westen des Landes geschaffen.

Fast alle sind im Dienstleistungssektor entstanden – im Handel, im Gaststättengewerbe, bei den Kreditinstituten und vor allem bei einer Reihe von jungen Dienstleistungsbranchen, die sich im Umfeld von Produktionsunternehmen angesiedelt haben, die Datenverarbeitungs- und Dateninformationsdienste, Unternehmensberatung, Anlagen-Leasing oder Kurierdienste.

Es handele sich also nicht nur, wie häufig behauptet, um „Arbeitsplätze für Computerspezialisten und für Pizzabäcker", meinen die Kieler Wirtschaftsforscher.

EG

Garantie für Neuwagen

AFP, Brüssel

Die offizielle Fabrikgarantie für einen in der Europäischen Gemeinschaft gekauften Neuwagen ist ab 1. Juli in allen EG-Ländern für Reparaturen und Wartung unbeschränkt gültig. Dies gab die Europäische Kommission in Brüssel bekannt.

Für diese Gültigkeit der Garantie im gesamten EG-Raum wurde den Autoproduzenten gestattet, ihren Markenhändlern vorzuschreiben, keine Autos oder Ersatzteile anderer Marken zu verkaufen und ihre Aktivitäten auf das festgelegte Konzessionsgebiet zu beschränken. Sie können ferner festlegen, daß die Markenhändler keine Vermittler oder Vertragswerkstätten *ohne* ihre Genehmigung in Anspruch nehmen dürfen. Die Produzenten wiederum dürfen in den Konzessionsgebieten keine anderen Händler oder Käufer direkt beliefern.

DAK

Appell an den Gesetzgeber

sas. Bonn

Verstärkte Bemühungen um Kostendämpfung im Gesundheitswesen sind nach Auffassung der Vertreterversammlung der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) erforderlich. Auf der Tagung des Selbstverwaltungsorgans in Darmstadt wurden wirksame Steuerungshilfen des Gesetzgebers gefordert. Nachdem bei den Arzthonoraren eine Bindung an die Lohnentwicklung gelungen sei, dürfe auch der Krankenhaus- und Arzneimittelbereich nicht von einer Kostenbegrenzung auf die Grundlohnentwicklung ausgenommen werden.

Die Jahresrechnung 1984 schloß mit einem Fehlbetrag von 341 Mill. DM, der nach Angaben der DAK aus den Reserven gedeckt werden mußte. Einnahmen von 12,34 Mrd. DM standen 1984 Ausgaben von 12,68 Mrd. DM gegenüber.

USA / Private Wirtschaft stellte 45 Mrd. Dollar für Forschung und Entwicklung bereit

Die Innovationsbereitschaft hält an

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA haben im vergangenen Jahr 820 Unternehmen, auf die 95 Prozent der privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F+E) entfallen, 45 Mrd. Dollar für Innovationen bereitgestellt – ein neuer Rekord. Gegenüber 1983 erhöhten sich diese Aufwendungen im Durchschnitt um 14 Prozent. Sie stiegen stärker als die Umsätze, die um 13 Prozent auf 1,6 Bill. Dollar anzogen.

Obwohl die Hersteller von Halbleitern und integrierten Schaltkreisen große Absatzprobleme haben, hält die F+E-Welle an. Sie begann nach Vietnam und Watergate, ist jetzt zehn Jahre alt und hat Amerika zeitweise einen haushohen technologischen Vorsprung beschert. Viele Firmen möchten ihn halten; andere sind durch die davonziehende Auslandskonkurrenz aufgewacht – wie die Werkzeugmaschinen-Industrie.

Nach einer Aufstellung des Wirtschaftsmagazins „Business Week" investierten die Hersteller von Computer-Zusatzgeräten wie Drucker und Disk Drives und Software jeweils 41 Prozent mehr. Halbleiter folgten mit 32, Werkzeugmaschinen mit 22 und Instrumente mit 21 Prozent. In den Bereichen Computer, Elektronik und Automobilbau wurden die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung um 20, 19 und 16 Prozent aufgestockt. Als Gruppe fielen nur die Stahlkocher zurück, die ihre F+E-Ausgaben um zwölf Prozent kürzten. Bei Werkzeug- und Landmaschinen, die hinter der Konjunktur herhinken, betrug das Plus 22 und neun Prozent.

In barem Geld ausgedrückt, blieb IBM 1984 vor General Motors Spitzenreiter, die 3,15 und 3,08 Mrd. Dollar in ihre F+E-Abteilungen pumpten. Es folgten AT&T mit 2,4, Ford mit 1,9, Du Pont mit 1,1 General Electric mit 1,0 und United Technologies ebenfalls mit 1,0 Mrd. Dollar. Im R&D-Bereich nicht gespart haben auch Eastman Kodak (838), Exxon (736), Digital Equipment (631), Hewlett-Packard (592), Xerox (561), ITT (520), Dow Chemical (507) und Boeing (506 Mill. Dollar). Gemessen am Umsatz rangieren die „Großen Zehn" jedoch viel weiter hinten.

Angekurbelt wurde die Innovationsbereitschaft in den USA noch durch die Steuervorteile, die der Kongreß 1981 auf Drängen Präsident Reagans verabschiedete. Bei bestimmten F+E-Ausgaben erlaubt das Gesetz sofortige Steuergutschriften in Höhe von 25 Prozent. Fördernd wirkten zudem die Antitrust-Ausnahmen für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Um Japan zu schlagen, haben zum Beispiel 21 US-Firmen die Microelectronics & Computer Technologies Corp. gegründet. Erlaubt sind inzwischen auch sogenannte Limited Partnerships für technologische Vorhaben.

GROSSBRITANNIEN / Neues Jugendausbildungsprogramm

Europa-Niveau angestrebt

WILHELM FURLER, London

Die Ausbildung Jugendlicher in Großbritannien, die noch immer deutlich hinter dem Standard in den meisten übrigen europäischen Ländern hinterherhinkt, wird von Anfang kommenden Jahres an erheblich verbessert. Ein entsprechender Regierungs-Entwurf ist jetzt vor dem Unterhaus verabschiedet worden. Damit wird *das bestehende* Jugend-Ausbildungsprogramm, das erst am 1. September 1983 eingeführt worden war, abgelöst.

Von Januar 1986 an wird in Großbritannien allen 16jährigen Schulabgängern und allen 17jährigen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, eine zweijährige Berufsausbildung in Theorie und Praxis nicht unähnlich dem deutschen Lehrausbildungssystem angeboten. Dabei soll im ersten Ausbildungsjahr eine breit angelegte Berufsausbildung vermittelt werden, während das zweite Ausbildungsjahr spezifische Eigenheiten eines künftigen Berufes berücksichtigen soll. Während das bisherige Jugendausbildungsprogramm (Youth Training Scheme – YTS), das nur über ein Jahr läuft, höchstens 350 000 Jugendliche aufnehmen kann, soll das erweiterte Programm bis zu 550 000 16- bis 17jährige pro Jahr über den zweijährigen Zeitraum ausbilden können. Die Regierung wird jeweils rund vier Mrd. DM für das Zwei-Jahres-Programm bereitstellen.

Behauptungen der Opposition, daß nur 48 Prozent der Jugendlichen, die an dem einjährigen Trainingssystem teilgenommen haben, anschließend einen Arbeitsplatz gefunden hätten, wurden von der Regierung als gezielte Falschmeldung verurteilt. Die Rate liege bei 70 Prozent und werde sich durch das verbesserte, zweijährige Ausbildungsprogramm mit Sicherheit erhöhen.

Am 30. Juni 1985 verstarb im Alter von 67 Jahren

Professor

Erich Seifert

Gründer des Instituts für Fenstertechnik

Sein Leben und Wirken galt dem Institut für Fenstertechnik, das er als Idee konzipierte und im Jahre 1966 verwirklichte. Er widmete unermüdlich seine Schaffenskraft dem Bauteil Fenster, insbesondere durch den Aufbau und die Entwicklung des Instituts, welches unter seiner Leitung Anerkennung weit über die Grenzen Europas hinaus erreichte.

Wir trauern um den Wissenschaftler, den Menschen und den Freund Erich Seifert.

Sein Lebenswerk wird uns Verpflichtung sein.

Vorstand, Leitung und Mitarbeiter des Instituts für Fenstertechnik, Rosenheim

Rosenheim, den 1. Juli 1985

Der Trauergottesdienst findet am Donnerstag, dem 4. Juli 1985, um 10.00 Uhr in der Kirche Aising statt. Beerdigung anschließend auf dem Kirchfriedhof Aising.

Mit aufrichtiger Anteilnahme geben wir bekannt, daß der Geschäftsführer unserer Filiale Köln-Porz, Herr

Hans-Jürgen Schlapfner

am 28. Juni 1985 mitten aus seiner Arbeit plötzlich und unerwartet im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Herr Schlapfner trat am 1. April 1958 als Auszubildender für die Verkaufsabteilungen Haushaltwaren / Glas / Porzellan in unsere Filiale Goslar ein und war später in verschiedenen Häusern unseres Unternehmens als Verkäufer, Substitut und Abteilungsleiter / Einkäufer tätig. Aufgrund seiner guten Leistungen bestellten wir Herrn Schlapfner mit Wirkung vom 1. 9. 1976 zum Führungsassistenten und übertrugen ihm bereits am 1. 10. 1977 die Position als Geschäftsführer der Filiale Köln-Porz.

Der Verstorbene hat sich mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen stets für die Belange unseres Unternehmens eingesetzt. Sein ausgeglichenes Wesen, sein ausgeprägtes Pflichtgefühl und sein hohes Verantwortungsbewußtsein sicherten ihm große Wertschätzung und Zuneigung bei allen, die ihn kannten.

Wir bedauern seinen frühen Tod sehr und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der KARSTADT Aktiengesellschaft

Essen, 1. Juli 1985

Die Exequien werden gehalten am Montag, dem 8. Juli 1985, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Hubertus, Olpener Straße 954, 5000 Köln-Brück. Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis statt. Es wird gebeten, von Beileidsbezeigungen in der Kirche abzusehen.

Statt zugedachter Kränze und Blumen wird um eine Spende an den „Hermann-Gmeiner-Fonds e. V., München", Sonderkonto SOS-Kinderdorf Karstadt Rio de Janeiro, Postscheckkonto Nr. 121–805, Postscheckamt München, gebeten.

Trauerhaus: Frau Anne Schlapfner, Dattenfelder Straße 46, 5000 Köln 91 (Brück)

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg (0 40) 3 47–43 80, oder –42 30

Berlin (0 30) 25 91–29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:

Hamburg 2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Mein sehr geliebter Mann hat mich für immer verlassen

E. F. (Friedel) Sattler

* 7. Dezember 1910 † 26. Juni 1985

In tiefer Trauer
Helga Sattler geb. Lehmbäcker

Alte Landstraße 35
2000 Hamburg 63

Trauerfeier am Freitag, dem 5. Juli 1985, um 12 Uhr, Krematorium Ohlsdorf, Halle B.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesker, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

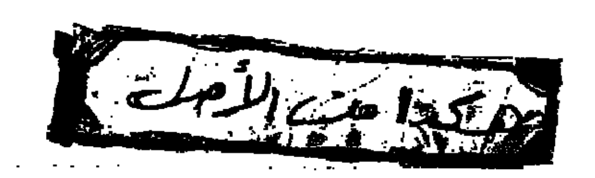
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



SCHIESS / Kräftige Belebung im Auftragseingang

Langer Anlauf zum Gewinn

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Den 1984 fast doppelt so stark wie beim Durchschnitt der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie um 57 Prozent auf 203 Mill. DM gesteigerten Gruppen-Auftragseingang werde man auch 1985 nochmals „deutlich" erhöhen. Anders als beim Durchschnitt der Branche aber komme wegen der langen Produktionszeiten für Großobjekte der Lohn des neuen Auftragssegens erst ab 1986 mit Aussicht auf Gewinnausweis ins Haus.

Mit diesem Tenor kündigte der Vorstand der Düsseldorfer Schiess AG vor der Hauptversammlung an, daß den Verlustabschlüssen der beiden letzten Jahre auch 1985 nochmals rote Zahlen folgen werden. Von Dividende (zuletzt 4 DM für 1982) ist bei diesem vor allem auf den „Schwerwerkzeugmaschinenbau" konzentrierten Unternehmen, dessen einziger Großaktionär die Allianz-Versicherungsgruppe ist (knapp 30 Prozent von 18 Mill. DM Aktienkapital), vorerst nicht die Rede.

Daß die Aktionäre einen langen Atem haben müssen, wird auch mit dem 1984er Abschluß der Gruppe demonstriert. Aus einem Niedergang des Umsatzes auf 209 (269) Mill. DM und der mit nur noch 1322 (1828) Beschäftigten erzielten Gesamtleistung auf 190 (259) Mill. DM entstand bei der Schiess AG ein (mit dem Gruppenergebnis identischer) Neuverlust von 4,6 (5,4) Mill. DM, der diesmal bei noch 7,2 Mill. DM Rücklagen auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Vor allem zwei Gründe nennt der Vorstand für die nun voraussichtlich dreijährige Verluststrähne. Erstens die hohen Kosten der nun „weitestgehend abgeschlossenen" Personalanpassung an „abnehmende Fertigungstiefe" des zu zwei Dritteln aus Auslandsmärkten stammenden Geschäfts. Zweitens die in der Rendite miserable Qualität der 1982/83 zwecks Beschäftigung akzeptierten Aufträge, bei denen auch die 1984 so drastische Erholung, weil stark zum Jahresende hin konzentriert, keine schnelle Ertragswende erlaube.

Wenigstens mittelfristig gibt sich der Vorstand jedoch durchaus optimistisch. Nach der teuren Roßkur des eigenen Personalabbaus jedoch zeigt der Vorstand für seine künftige „Beschäftigungspolitik" eine bemerkenswerte Variante. Auch weil Facharbeiter nicht zu bekommen sind, setzt man betont auf Zeitarbeitsverträge und „Fremdvergabe" an Unterlieferanten, um mit dem neuen Auftragssegen zurechtzukommen. Am Rande dazu die Klage: Brave Lehrlinge stelle man gerne ein – doch was sie in neun Schuljahren an Deutsch und Rechnen mangelhaft lernten, müsse die Firma mit Nachhilfeunterricht bezahlen.

DYNAMIT NOBEL / Kaum noch Schwachstellen – Vormarsch in der Siliziumchemie

Investitionen kommen auf Touren

J. GEHLHOFF, Troisdorf

Insgesamt 480 Mill. DM oder reichlich doppelt so viel wie die bis 1983 übliche Jahresrate will die Dynamit Nobel AG (DN), Troisdorf, in den Jahren 1985 und 1986 investieren, fast die Hälfte davon im Ausland. Und alles lasse sich aus der Innenfinanzierungskraft bestreiten. Nach eher kargen Jahren der Umstrukturierung mit Ausmerzen schwacher Produktbereiche und nun beflügelt auch von der überall prächtig laufenden Chemiekonjunktur zeigt Vorstandsvorsitzender Ernst Grosch Flicks Chemieunternehmen mit solchem Kommentar zum 1984er Abschluß auf gesundem Wachstumskurs.

Vorwiegend gesund präsentiert sich die DN-Gruppe, deren Weltumsatz um 12,1 (2,1) Prozent auf 3,62 Mrd. DM wuchs, bereits in 1984. Die Konzernmutter erhält nach vier ausschüttungsfreien Jahren 13,1 Mill. DM Organgewinnabführung. Nebst Verwaltungskostenumlage und anteiliger Körperschaftssteuer addiere sich das zu den „früher üblichen" 30 Mill. DM. Dies entspreche einer 12prozentigen Dividende auf das Aktienkapital von 140 Mill. DM plus Körperschaftssteuergutschrift.

Besser noch könnte es 1985 werden, das im ersten Halbjahr im DN-Inlandskonzern ein weiteres Umsatzplus von 5,7 Prozent und gegenüber dem Vorjahresstand eine Belegschaftsaufstockung um knapp 300 Leute brachte. Denn einerseits rechnet der DN-Chef mit fortdauernd günstiger Wirtschaftslage in den EG-Ländern, was bei DN eine allfällige Abschwächung der US-Konjunktur kompensiere.

Und andererseits werde die 1984 (daheim und bei den USA-Aktivitäten) nochmals rund 50 Mill. DM schwere Last des Ausmerzens der nun nur noch wenigen Schwachstellen in der DN-Produktpalette 1985 deutlich kleiner ausfallen. Die günstige Ertragsprognose stützt sich nun nicht mehr wie einst hauptsächlich auf das immer noch größte DN-Produkt, den Faserrohstoff DMT (inzwischen auch auf die Alternative PTA ausgedehnt), der 1984 aus einer Produktionssteigerung um 18 Prozent auf 380 000 t rund 630 Mill. DM Umsatz brachte. In Kapitaleinsatz und Ertrag seien schon 1984 die Kunststoffhalbprodukte für industrielle Weiterbearbeitung größer als der DMT-Bereich geworden. In zwei bis drei Jahren werde es auch beim stürmisch wachsenden Siliziumbereich des Konzerns mit dann gut 500 (jetzt 250) Mill. DM Umsatz der Fall sein.

In letzterer Sparte und da vor allem in der Produktion von Reinst-Silizium für die Halbleiterindustrie (vom Ausgangsstoff Trichlorsilan bis zum „Wafer"-Endprodukt) liegen auch die größten Schwerpunkte des Investitionsanstiegs ab 1985. Mit 100 Mill. DM wird die Kapazität der stürmisch wachsenden Italien-Tochter (Werke in Meran und Novara) ausgebaut. Mit 110 Mill. DM für die erste Ausbaustufe (die nächste für 90 Mill. DM hat man schon in der Planung) ist die mit 30prozentiger Grace-Beteiligung konzipierte eigene „Wafer"-Fertigung in North Carolina/USA nun in Bau.

Die Beteiligung des Grace-Konzerns an diesem Projekt sei für DN gerade auch beim künftigen Absatz auf dem weltgrößten Halbleitermarkt der USA „eine echte Förderung", betonte Grosch. Nicht nur darin sieht er einen Beleg dafür, daß Flicks (steuerlich umstrittene) Beteiligung an Grace denn doch die vielerorts bezweifelten Kooperationstaten bringe. Aus DN-Sicht jedenfalls sei festzustellen, daß man mehr und mehr Produktgebiete entdecke, auf denen Grace ein interessanter Marktpartner für die Belieferung mit DN-Produkten werden könnte oder auch schon wurde.

Dynamit Nobel [1])	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	3140	+ 12,9
dav. Chemikalien	1648	+ 16,4
Kunststoffe	870	+ 0,3
Sprengmittel	622	+ 5,6
Exportquote (%)	48,3	(44,5)
Belegschaft [2])	13 782	- 0,2
Personalaufwand	760	+ 2,7
Gesamtinvestitionen	151	+ 43,8
Cash flow	208	+ 38,7
Reingewinn	13,4	(0,3)

[1]) Inlandskonzern. [2]) Jahresdurchschnitt.

LEHNDORFF / Vitaler nordamerikanischer Markt

Ausschüttung stark erhöht

JAN BRECH, Hamburg

Die Anlagegesellschaften der Lehndorff-Vermögensverwaltung, Hamburg, erhöhen ihre Ausschüttung für das Geschäftsjahr 1984 um 56 Prozent auf 57,4 Mill. Dollar. Wie die Geschäftsführer Hans Günther Abromeit und Jan van Haeften betonten, sei das erheblich verbesserte Ergebnis einmal bei den bestehenden Gesellschaften entstanden, die vor allem von den Zinssenkungen in den USA profitierten. Zum anderen habe man stille Reserven durch den Verkauf älterer Liegenschaften aufgelöst. In Kanada wurden 18 Objekte mit einem Gesamtgewinn von 10 Mill. Dollar verkauft, in den USA 12 Mill. Dollar Buchgewinne realisiert. Bezogen auf das durchschnittlich verfügbare Eigenkapital betrug die Ausschüttung 16,5 (11,3) Prozent.

Die Zahl der Liegenschaften hat sich geringfügig auf 462 (469) verringert, davon 360 in Kanada, 87 in den USA und 15 in der Bundesrepublik. Vom Bestand entfallen jeweils 35 Prozent auf Shopping-Center und Bürogebäude, 6 Prozent auf Wohnungen (nur noch in Kanada), der Rest auf Bauerwartungsland.

In der Investitionspolitik, so erklärt Abromeit, habe Lehndorff an der Linie festgehalten, den Bestand soweit wie möglich auf große Objekte in erster Lage auszurichten. Das gesamte verwaltete Vermögen stieg um 18,6 Prozent und überschritt mit 2,19 Mrd. Dollar erstmals die 2-Mrd.-Dollar-Schwelle. Den Zustrom an neuem Anlegerkapital bezeichnet von Haeften als erfreulich. Das verwaltete Eigenkapital stieg um 27,3 Prozent auf 1,23 Mrd. DM.

Das neue Kapital stammt zum überwiegenden Teil von institutionellen Anlegern. Vor allem in den USA, so Abromeit, habe Lehndorff das Vertrauen einiger großer Pensionsfonds gewonnen. Diese Mittel ersetzten bei der Finanzierung von Investitionen die klassischen Hypotheken. Der Anlagebedarf dieser Institutionen lasse sich vorteilhaft für Europäer nutzen, indem erstklassige Liegenschaften in Größenordnungen erworben werden könnten, die mit Mitteln der europäischen Anlagegesellschaften nicht darzustellen seien.

Die direkt betreuten Investitionen institutioneller Anleger erhöhten sich um 50,7 Prozent auf 760 Mill. Dollar, das Vermögen um 31,5 Prozent auf 1,2 Mrd. Dollar. In den Anlagegesellschaften stieg das Eigenkapital um 1,5 Prozent auf 466 Mill. Dollar, das Vermögen um 6 Prozent auf 990 Mill. Dollar.

Zur Entwicklung der einzelnen Märkte erklärt Abromeit, daß Shopping-Center in den USA eine Renaissance erlebten. Zum Jahreswechsel hat Lehndorff bei Washington DC das Tysons Corner auf einer Grundfläche von 344 000 qm erworben. Bei Büroobjekten gehe der Boom der letzten Jahre langsam zu Ende. Bei dem Erwerb müsse auf beste Lage und hohe Vermietung geachtet werden. Entsprechendes gelte für Kanada. Ganz allgemein aber bliebe der nordamerikanische Markt vital.

Im Öl- und Gasgeschäft, in dem sich Lehndorff nur auf die Produktion konzentriert, ergeben sich nach dem Ende der Spekulation in den USA für die voll mit Eigenkapital ausgestatteten Lehndorff-Gesellschaften hinreichend Möglichkeiten, gute Substanz zu günstigen Preisen zu erwerben. Der Zustrom von Anlegerkapital habe 1984 angehalten, betont von Haeften, so daß Ende 1984 mehr als 42 Mill. Dollar Eigenkapital zur Verfügung standen. Im deutschen Immobilienmarkt hat Lehndorff 1984 keine Investitionen vorgenommen. Aufgenommen worden ist die Vermittlung von Industriebeteiligungen nach dem Berlin-Modell.

HERAEUS / Wieder hohes Umsatzplus erwartet

High-Tech-Kunden im Visier

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Familienkonzern der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, mit jeweils etwa der Hälfte seines Geschäftsvolumens im Edelmetallhandel und in vielfältigen Industrieaktivitäten engagiert, will in diesem Jahr seinen Umsatz im industriellen Bereich „eher um 15 als um 10 Prozent" steigern, so der Geschäftsführungsvorsitzende Jürgen Heraeus.

Die Voraussetzungen dafür sehen günstig aus. In den ersten fünf Monaten ist der Umsatz der inländischen Industriegesellschaften um 18,5 Prozent gestiegen, der Auftragseingang sogar um 25 Prozent. Die Reichweite der um 100 Mill. DM höheren Auftragsbestände von fünf Monaten erlaube zwar ein bequemes Planen, sorge aber für zu lange Lieferzeiten.

Im vergangenen Jahr hat der Weltumsatz des Konzerns um knapp 14 Prozent auf 3,06 (2,69) Mrd. DM zugenommen, von denen 56 (54) Prozent aufs Ausland entfielen. Die Zuwachsrate wird freilich von dem eher trägen Geschehen auf den Edelmetallmärkten verfälscht. Ohne den Edelmetallhandel kamen die Inlandsgesellschaften auf ein Umsatzplus von fast 27 Prozent, der Weltkonzern sogar auf 33 Prozent. Die Auftragseingänge nahmen um fast 39 Prozent zu.

Das kräftige Wachstum schlug sich auch im Ertrag nieder. Obwohl die Rückstellungen insgesamt um 78 Mill. DM kräftig aufgestockt wurden, steigerte der Konzern seinen Jahresüberschuß um mehr als die Hälfte auf 35 (23) Mill. DM, von denen 25 (14) Mill. DM in die Rücklagen wandern. Das DVFA-Ergebnis von 52 (30) DM je 50-DM-Anteil bestätigt die kräftige Steigerung.

Weil die Expansion sich in der Bilanzsumme niedergeschlagen hat, ist die Eigenkapitalquote trotz des guten Ergebnisses von 42,5 auf 37 Prozent gerutscht, „nach unseren Maßstäben, die von einer vier vorne ausgehen, ein Schönheitsfehler". An eine Beschaffung von Finanzmitteln von außen wird dennoch nicht gedacht.

Auch die Sachinvestitionen, die nach dem Vorjahressprung auf 93 (60) Mill. DM – bei Abschreibungen von 55 (38) Mill. DM – weiter auf 100 Mill. DM steigen sollen, werden aus eigener Kraft bewältigt. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist ebenfalls eine weitere kräftige Aufstockung auf 54 (41 nach 34) Mill. DM geplant.

Das Konglomerat von Mittelstandsbetrieben mit seinen weltweit 6770 (6210) Mitarbeitern, das sich auf Spezialitäten in den Bereichen Edelmetallchemie, Edel- und Sondermetalltechnik, Quarzglas sowie Medizin- und Laborgeräte spezialisiert hat, konzentriert sich zunehmend auf die Zielgruppe der High-Tech-Kunden. Neue Tochtergesellschaften und Werke werden deshalb vor allem in den USA und in Fernost gegründet.

MAN-NUTZFAHRZEUGE / Aus dem Verlust

Roßkur war erfolgreich

DANKWARD SEITZ, München

Frohe Kunde kommt für die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, dieser Tage aus München. Ihr Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge – vom Umsatz her die größte Sparte, in den letzten Jahren aber auch die größte Verlustquelle – hat das gerade zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) mit einem insgesamt ausgeglichenen Ergebnis abschließen können. Auf eine konkretere Aussage, ob letztendlich noch leicht rote oder schon schwarze Zahlen herauskommen werden, wollte sich Wilfried Lochte, für diesen Bereich zuständiges MAN-Vorstandsmitglied, noch nicht festlegen.

Doch sicher erscheint damit, daß die MAN AG allein mit dieser Ergebnisverbesserung von schätzungsweise über 100 Mill. DM nach zweijähriger Roßkur ihr Ziel, wenn nicht gar erreicht, ihm jedoch ein erhebliches Stück näher gekommen ist, für 1984/85 ebenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis präsentieren zu können. Für 1983/84 hatte MAN noch bei einem Betriebsverlust von 225 (329) Mill. DM – klammert man die Sozialplankosten für den Personalabbau von über 10 000 Mitarbeitern aus, verbleibt ein operatives Ergebnis von minus 53 (225) Mill. DM – einen Jahresfehlbetrag von 112 (148) Mill. DM ausweisen müssen.

Im Geschäftsjahr 1984/85 erzielte der Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge einen Umsatz von knapp 3,3 (3,07) Mrd. DM bei einer Produktion von 21 000 (19 000) Fahrzeugen. Abgesetzt wurden weltweit rund 15 500 mittlere und schwere Lkw (über 9,6 t), davon etwa 7000 im Inland. 3400 Fahrzeuge der Gemeinschaftsreihe MAN/VW (6 bis 9 t) wurden verkauft, etwas mehr als die Hälfte davon in der Bundesrepublik. Hinzu kommen rund 2000 Omnibusse, von denen der größte Teil ins Ausland ging. Als besonders erfreulich bezeichnete es Lochte, daß MAN im Kalenderjahr 1984 entgegen den allgemein rückläufigen Lkw-Exporten ihre Lieferungen in allen Fahrzeugklassen habe beträchtlich steigern können, wobei auch die Märkte im Nahen Osten und in Übersee wieder angezogen hätten.

Den ertragsmäßigen Erfolg des Unternehmensbereichs führte Lochte darauf zurück, daß man sich bereits vor zwei bis drei Jahren auf eine rückläufige Nachfrage eingestellt und die Produktion zurückgefahren habe. Zudem seien die eingeleiteten Strukturmaßnahmen, die konsequente Personalanpassung sowie die Straffung und Modernisierung des Fahrzeugprogramms wirksam geworden.

Entscheidend zum ausgeglichenen Ergebnis hat jedoch der Service-Bereich (Umsatzanteil rund 700 Mill. DM) beigetragen. Denn nach Angaben von Lochte hat der Nutzfahrzeugbau den „break even" noch nicht erreicht. Durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen soll die Rentabilitätsschwelle hier auf 16 000 Lkw gesenkt und 1985/86 überschritten werden. An einen weiteren Personalabbau sei dabei nicht gedacht, denn Kurzarbeit sei „kein Thema mehr", in „bescheidenem Maße" seien sogar Überstunden und Neueinstellungen notwendig. Auch der Bus-Bereich habe noch mit roten Zahlen gearbeitet, werde aber im laufenden Geschäftsjahr den Deckungsbeitrag erreichen.

Insgesamt bezeichnete Lochte die Auftragslage für den Bereich als „zufriedenstellend". So könne für 1985/86 mit einem Umsatzplus von etwa 9 Prozent auf 3,6 Mrd. DM und einem „besseren Ergebnis als ausgeglichen" gerechnet werden. Der Verkauf von Lkw über 9,6 t soll um etwa 10 Prozent auf 17 000 Stück steigen, von MAN/VW-Fahrzeugen um 30 Prozent auf 4500 und von Omnibussen um 25 Prozent auf 2500 Stück.

Zum Jubiläum viel Zuversicht

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Vollanbieter-Funktion der Salamander AG, Kornwestheim, soll eine der tragenden Säulen der Unternehmenspolitik bleiben. Dies bekräftigte Franz Josef Dazert, Vorstandsvorsitzender dieses größten westeuropäischen Herstellers von Straßenschuhen vor der Hauptversammlung der Gesellschaft, die zugleich ihr 100jähriges Firmenjubiläum beging.

Unter dem Beifall der Aktionäre – das Aktienkapital (66 Mill. DM) von Salamander ist breit gestreut – betonte AR-Vorsitzender Hugo Rupf einleitend, daß man das Jubiläum wohl kaum hätte so unbeschwert feiern können, wenn es dem Management unter dem Vorsitz des nach seiner erfolgreichen WMF-Sanierung nach Kornwestheim gekommenen Dazert nicht gelungen wäre, das Unternehmen wieder auf festen Boden zu stellen.

Zur Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr 1985 stellte Dazert lediglich fest, man erwarte, mehr Schuhe zu verkaufen, als man produziere, was also auf einen Lagerabbau hinausliefe. Im ersten Quartal hatte das Umsatzplus der Salamander-Gruppe gut 5 Prozent betragen, eine Zuwachsrate, die sich auch im ganzen Jahr werde durchhalten lassen. In 1984 hatte Salamander 7,9 (7,1) Mill. Paar Schuhe produziert, der Gruppenumsatz erhöhte sich um 3,3 Prozent auf 1,04 Mrd. DM.

Die Aktionäre (67,9 Prozent Präsenz), von denen die Regularien so gut wie einstimmig erledigt wurden, erhalten außer der mit 15 Prozent unveränderten Dividende zusätzlich noch einen Jubiläumsbonus von 2 Prozent. In einer Jubiläumsfeier hat der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth die Kreativität und die guten Konzepte von Salamander gewürdigt, Merkmale, mit denen man sich auf einem schwierigen Markt behauptet habe.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: V. u. B. Verwaltuns- u. Betreuungs GmbH, Herne; **Bonn:** GVA Ges. f. vermögensbildende Anlagen Bonn GmbH; **Detmold:** H. Winter Mode-Handel GmbH; **Essen:** GGH Ges. f. Geschäftsführung mbH & Co. PK-Möbel KG; **Gelsenkirchen:** Herrendorf Ges. mbH, Marl; **Köln:** Becker-Druck GmbH; **Oldenburg:** Siegfried Schwartz; **Weißenburg:** Wilfried Hüsch, Pappenheim; Gutina Ges. f. Nutztierhaltung, Langenaltheim; **Wesel:** Wirtschaftsbüro Dipl.-Kfm. G. Theussen KG, Wesel.

Vergleich eröffnet: Worms: WBH Stiltüren Vertriebsges. mbH, Alsheim.

Vergleich eröffnet: Iserlohn: Friedhelm Wolff, Fabrikant; Wolff & Co.; Wolff-Draht Handelsges. mbH Hemer; Wolff-Baustahl GmbH, Hemer.

NAMEN

Dr. **Jürgen Berlin** legte am 21. Juni sein Amt als Vorsitzender des Bundesverbandes Naturstein-Industrie e. V., Bonn, nieder. Nachfolger wurde **Ernst Hippelein**, Inhaber der Firma Schön & Hippelein, Crailsheim. Zum stellvertretenden Verbandsvorsitzenden wurde **Egon Schade**, Vorstandsmitglied der Basalt AG, Linz, gewählt.

Erich Fintelmann (64), Geschäftsführer der ADIG-Investment, München – Frankfurt, ist am 30. Juni in den Ruhestand getreten.

Rolf Eisentraut wird neuer Geschäftsführer der Fiatallis Baumaschinen GmbH, Heilbronn, Er löst Dr. **Massimo De Vecchi** ab, der innerhalb der Fiat-Gruppe einen neuen Verantwortungsbereich übernimmt.

Werner Funk, Vertriebsdirektor der Woellner-Werke GmbH & Co., Ludwigshafen, trat mit Wirkung vom 1. Juni in den Ruhestand.

Gerald H. Coulson, Geschäftsführer der Signode System GmbH, Dinslaken, und Vice President der Signode Corporation, Chicago, feierte am 2. Juli seinen 60. Geburtstag.

Friedhelm Heck (40) wurde zum 1. Vorsitzenden der Akademie für Marketing-Kommunikation e. V., Frankfurt, gewählt. **Peter Carlberg** und Prof. **Klaus Kahler** wurden stellvertretende Vorsitzende und **Peter Bunkenburg** Schatzmeister.

Jan Boomsma wird Nachfolger von **A. L. C. Prins** als Generalbevollmächtigter der KLM Royal Dutch Airlines für die Bundesrepublik und die „DDR". **Prins** geht als KLM-Generalbevollmächtigter in die Schweiz.

Jürgen Dillinger wird als Nachfolger von Helmut Holz Vorstandsmitglied für den kaufmännischen Geschäftsbereich der Heilit + Woerner Bau-AG, München.

Rolf Martin ist zum Geschäftsführer der Maizena GmbH, Hamburg, bestellt worden. Er leitet den Geschäftsbereich Industrieprodukte.

Der Hausse-Zug fährt wieder

Ausländer sorgten für Kursauftrieb auf breiter Front

DW. – Eine neue Kaufwelle aus dem Ausland beendete am Dienstag die kurze Konsolidierungsphase. Mit dem neuen Kursaufschwung gilt auch der Halbjahresultimo als überwunden. Der Berufshandel baute neue Positionen auf, war aber gleichzeitig um ständige Gewinnrealisationen bemüht. Das Schwergewicht des Kaufinteresses lag bei den Finanzwerten. Es wird untermauert durch Hoffnungen auf eine Zinssenkung in der Bundesrepublik. Kursgewinne erzielten Siemens und Nixdorf, alles Favoriten der Ausländer.

Frankfurt: ADT tendierten um 5 DM höher. Ferner gewannen Altana 4 DM, BBC 6,50 DM, Parkbrauerei 10 DM und SEL 2,50 DM. Chemieverwaltung mußten ein Minus von 16 DM hinnehmen. Buderus und Thüringer Gas gaben um jeweils um 8 DM und Schwäbische Zellstoff um 9 DM nach.

Düsseldorf: Hagen Batterie wurden um 3,40 DM und Kochs Adler um 5 DM angehoben. Je 8 DM mehr kosteten AEG Kabel Rheydt und Rheag, je 10 DM mehr Stinnes und Rhenag, um 3 DM billiger wurden Dyckerhoff St, um 2,50 DM Verseidag. Bilfinger gaben um 9 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten sich um 4 DM und Phoenix Gummi um 5,50 DM. Reichelt wurden mit plsu 2 DM gehandelt. HEW zogen um 1 DM an und NWK Vz. gaben um 0,50 DM nach. Haller Meurer konnten sich um 3,30 DM und Holsten Brauerei um 5 DM erholen.

Berlin: Rheinmetall konnten um 7 DM, Berliner Bank um 6 DM, Engelhardt, herlitz St. Herlitz Vz. und Schering um je 5 DM ansteigen. DUB-Schultheiss legten 2 DM, Orenstein 1,50 DM und Bekula 0,90 DM zu. Detewe schwächten sich um 10 DM ab.

München: Aigner verminderten sich um 2 DM, Audi AG um 27 DM und Erlus AG um 13 DM. Agrob St. zogen um 5 DM und Deckel AG um 3,50 DM an. Dywidag konnten sich um 8,50 DM und Flachglas um 50 DM erholen. Hutschenreuther stiegen um 3 DM und GEhe um 0,50 DM.

Stuttgart: Daimler stiegen um 7 DM und Mercedes verteuerten sich um 8 DM. Porsche blieben bei plus 35 DM gefragt. Hohner verbesserten sich um 4 DM und Württembergische Cattun um 11 DM. Schwäbische Zellstoff holten 4,50 DM auf.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 282,25 (280,51)
WELT-Umsatzindex: 5525 (4965)

Optionshandel

Frankfurt: 1. 7. 85
2784 Optionen = 423 (109 100) Aktien,
davon 142 200 Verkaufsoptionen = 21 350 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-110/55, 10-120/25,5, 1-130/22, 1-140/15,6, 4-160/12, BASF 10-50/4, 10-191/34,5, 1-221/19,4, 1-230/17, Bayer 10-191/35, 10-201/25,8, 1-230/26, 1-240/15, 4-260/14, BHF 1-340025, Bay. Hypo 10-370/13, 10-380/8, 4-390/9,9, Beiuis 10-95/8,2, 10-100/5, 1-100/6,1, BMW 1-440/49,80, Bay. Vereinsbk. 10-400/22, Commerzbk. 10-190/36, 10-191,75/35, 1-200/30, 1-210/26,5, Conti 10-140/23, 10-150/15,6, 1-140/29,8, 1-160/18, 4-170/17, Daimler 10-930/22, 1-1000/22, 1-1050/101, Dt. Babcock St. 10-170/9, Deutsche Bk. 10-620/30, 10-650/20, 1-538/110, 1-600/64, Dresdner Bk. 10-202,5/63, 10-212,5/51, 1-230/30, 1-240/40, GHH St. 1-160/22, GHH Vz. 1-170/8, Hoechst 10-191/40, 10-230/13,4, 1-230/20, 1-240/16, Hoesch 10-110/10, 10-130/5,5, 1-110/15, 1-120/8,8, 4-110/19,1, Karstadt 1-250/9,5, Klöckner 10-70/6, 10-75/4, 1-75/7, 1-80/6, Lufthansa St. 10-210/12,4, 1-230/10, Lufthansa Vz. 10-210/8, 10-220/5,5, MAN 10-180/8,1, Mannesmann 10-170/27, 10-180/20,8, 1-170/325, 1-180/27, 4-210/20,4, Nixdorf 1-620/70, 1-670/25, RWE St. 10-170/19, 10-180/12,5, 1-180/19,4, 1-190/16,95, 4-200/21, RWE Vz. 10-170/14,2, 1-180/13, Kali + Salz 10-300/5,6, 1-300/27, 1-310/21, 1-330/76, Siemens 1-600/42, 1-630/32, 4-680/15, 4-690/18, 4-700/6, Thyssen 10-95/19,35, 10-100/18, 1-110/17,5, 1-120/9,5, 4-120/16, 4-130/10, 4-140/6, Varta 10-230/20, 1-240/16,5, 4-240/19, Veba 10-170/53, 10-180/45, 1-190/46, 1-200/40, 4-230/18,90, 4-240/10, VW 10-280/95, 10-270/88, 1-270/90, 1-280/81, 4-320/70, 4-340/55, Chrysler 10-120/4, IBM 10-400/21, 10-410/15, 1-400/24, 1-410/21,5, Norsk Hydro 10-35/3,9, Philips 10-50/3,3, 10-55,2 1-45/9, 1-50/5, 1-55/3,8, 4-55/3,3, Sony 10-55/1,5, Sperry 1-180/20, Xerox 10-160/17,5, Verkaufsoptionen: AEG 10-130/2, 10-140/7, 1-130/4, 1-140/7,9, 4-140/6,9, 4-150/5, BASF 10-220/4, 1-220/6-5,8, Bayer 10-220/2,8, BBC 1-220/4, BHF 10-320/4, Bay. Hypo 1-340/13,4, BMW 10-410/5,20, 10-430/11, Bay. Vereinsbk. 10-360/2, 10-370/4, 1-370/12,4, Commerzbk. 10-200/4,5, 1-190/3,4, 1-200/8,4, Conti 10-150/3, 1-140/2,5, Daimler 10-830/12, 1-810/12, 1-830/16,5, Deutsche Bk. 10-560/7, 10-570/12, Degussa 1-340/7, Dresdner Bk. 10-230/3, 10-240/6,9, 1-220/5, 1-250/8, Hoesch 1-110/3,7, Karstadt 10-220/2,5, KHD 10-270/5, Klöckner 10-70/3,6, Linde 10-530/17, 1-500/15,4, 1-520/22,2, MAN 10-160/2, Mercedes 10-710/5, 1-700/9, Mannesmann 10-180/1,9, Siemens 10-550/3, 10-560/6, 10-570/12, 10-580/20, 1-550/5,60, Thyssen 10-110/2,15, 1-110/3,6, Veba 10-200/1,20, 10-210/2,50, 1-200/2,50, 1-210/4,40, VW 10-310/10,00, 10-320/16, 1-290/5,5, 1-310/12,60, IBM 10-360/7, 10-370/15, Norsk Hydro 10-35/2, Xerox 1-150/3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝–7⅞	5⅜–5⅝	5⅛–5⅜
3 Monate	7¾–8	5⅜–5⅝	5¼–5½
6 Monate	7⅞–8⅛	5⅜–5⅝	5¼–5½
12 Monate	8¼–8½	5½–5¾	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1365,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1365,00	1738,50
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	219,50	273,05
1 £ Sovereign Elizabeth II.	216,25	269,33
20 belgische Franken	168,00	220,02
10 Rubel Tscherwonez	227,25	286,43
2 südafrikanische Rand	212,75	284,20
Krüger Rand, neu	958,50	1132,59
Maple Leaf	963,25	1138,01
Platin Noble Man	797,50	949,05
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	254,50	294,43
20 schweiz. Franken „Vreneli"	170,75	223,16
20 franz. Franken „Napoléon"	170,75	223,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	888,00	1076,16
20 österr. Kronen (Neuprägung)	176,50	224,01
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,75	121,70
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	412,25	505,31
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,75	133,10

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Der von der Technik bestimmte Handel setzte sich am 2. 7. fort. Dabei profitierte der US-Dollar von relativ hohen Tagesgeldsätzen und etwas nachgebenden DM-Zinssätzen. Die Eröffnungskurse wurden sehr bald überboten und es ergab isch eine Tagesspanne von 3,0430 bis 3,0570. Die amtliche Notiz kam mit 3,0540 zustande. Nur knapp behauptet lag heute das englische Pfund mit 3,975. Alle anderen amtlich notierten Währungen erreichten höhere Kurse gegenüber der D-Mark. Größere Kursgewinne erzielten jedoch der japanische Yen, der kanadische Dollar, der Escudo und die schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,4420; Brüssel 61,5200; Paris 9,3020; Mailand 1946,70; Wien 21,4590; Zürich 2,5577; Ir. Pfund/DM 3,126; Pfund/Dollar 1,3016; Pfund/DM 3,975.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 1. Juli: In D-Mark 2,25024 (Parität 2,24184); in Dollar 0,742115 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 28. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

3/16 Prozent rückläufige Dollar-Depots führten am 2. Juli zu einer Verringerung der Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	1,90/1,80	3,78/3,58
Pfund/Dollar	0,58/0,56	1,54/1,51	2,74/2,69
Pfund/DM	3,30/1,90	7,70/6,30	13,7/12,3
FF/DM	22/6	51/35	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 7.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Hoffnungen am Rentenmarkt

Die Aussicht auf eine weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik, wie sie von Bundesbankpräsident Pöhl am Wochenbeginn anläßlich der Sitzung über den Haushaltsentwurf als möglich genannt wurde, hat die freundliche Tendenz am Rentenmarkt erhalten. Vor allem Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten bei den öffentlichen Anleihen für weiter steigende Notierungen. Am Pfandbriefmarkt blieb das Geschäft zwar ruhig, aber auch hier zeigten sich Ansätze für weiter sinkende Renditen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87 101,4G	101,6

M 6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
M 6½ dgl. Pf 12	94G	95G
M 7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,75	100,75
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	100	100G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn 6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn 7 dgl. KS 30	101,45G	101,45G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G
D 6 dgl. Pf 109	84G	84G
D 6½ dgl. Pf 125	95G	95G
D 6½ dgl. Pf 141	95G	95G
D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	98,75G	98,75G
D 6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D 5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	77G	77G
S 7 dgl. Pf 125	101,5G	101,5G
S 7 dgl. Pf 128	97G	97G
S 8 dgl. Pf 177	101G	101G
S 6 dgl. KS 77	86G	86G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	91,45G	91,45G
Br 5½ dgl. Pf 43	91G	91G
Br 6 dgl. Pf 56	86,25G	86,25G
Br 7 dgl. Pf 61	96,1G	96,1G
Br 8 dgl. Pf 70	102,2G	102,2G
F 7½ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76	100,75T	100,85T
F 7½ Klöckner W. 71	101T	101,25G
F 8 dgl. 72	101,75T	102T
F 6 NWK 61	99,9G	99,9G
F 6 dgl. 62	99,3G	99,3G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,6bG
F 6 Rh.Brkw. 63	97,8G	97,8G
F 6 dgl. 65	98G	98G
F 6 RWE 63	99,25T	99,1T
F 6 dgl. 65	97,85T	97,85T
F 7½ dgl. 71	–Zhg	–Zhg
F 7 dgl. 77	100T	100T
F 6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,95G
F 6½ dgl. 68	102,3G	102,3G
F 8 Schleswag 71	100,6G	100,6G
F 7½ Thyssen 71	100,25T	100,25T
F 8 dgl. 72	101bG	100,6G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

F 6 Bodenwk. 78	98,25	98G
F 8 Chem. Hüls 71	100,6G	100,6bG
F 7½ Conti Gummi 71	100,1bG	100,1bG
F 4½ Harpen 59	2350bG	2350T
F 7½ Hoesch 71	100,25T	100,25G
F 7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F 7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G

Optionsscheine

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

F Fujitsu	12,8	12,8
F General Electric	190	188,5
F General Food	243G	245G
F General Mining	45bB	46bB
D General Motors	224,5	220
F Pakhoed	53,2	53,5
F PanAm	21,8	21,4bG
D Parker Drilling	15	14,4
F Parker Hannifin	104G	102G
F Pekko Wallsend	8,5	8,5
F Wells Fargo	184	179G
M Western Deep L.	129	134,8
M Western Mining	7,7	7,7
M Westinghouse El.	106,8	103,5
F Westl.-Utrecht H.	87,5	87,5
M Weyerhaeuser	88,2	86,2
M Wheelock Marden	ausg.	ausg.
D Xerox Corp.	165,5	161

Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kräftige Abschläge mußte Kaffee hinnehmen. Schwächer im Spot-Monat und fester in allen weiteren Sichten notierte Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	1.7.	28.6.
Juli	318,25	320,00
Sept.	320,00	323,25
Dez.	325,50	329,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	1.7.	28.6.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	242,24	244,69
Amber Durum	222,19	222,99

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	ge-	119,70
Okt.	schlos-	126,00
Dez.	sen	129,90

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	ge-	110,80
Okt.	schlos-	108,80
Dez.	sen	108,80

Hafer Chicago (c/bush)	1.7.	28.6.
Juli	149,75	145,75
Sept.	143,50	142,25
Dez.	145,75	145,75

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	267,75	272,25
Sept.	252,75	257,00
Dez.	247,75	252,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	1.7.	28.6.
Juli	ge-	123,00
Okt.	schlos-	118,00
Dez.	sen	117,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	1.7.	28.6.
Terminkontr. Juli	139,60	141,90
Sept.	142,85	144,10
Dez.	143,55	145,55

Kakao New York ($/t)	1.7.	28.6.
Terminkontr. Juli	1998	2014
Sept.	2045	2028
Dez.	2028	2003
Umsatz	5028	3444

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,80	2,84
Okt.	2,89	2,94
Jan.	3,28	3,26
März	3,58	3,61
Mai	3,88	–
Umsatz	unerh.	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1.7.	28.6.
	2,81	2,85

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	1.7.	28.6.
Juli	1854-1860	1911-1916
Sept.	1910-–	1963-1965
Nov.	1957-1960	2000-2004
Umsatz	4646	3299

Kakao London (£/t) Terminkontrakt		
Juli	1735-1739	1726-1727
Sept.	1715-1715	1706-1707
Dez.	1576-1678	1589-1673
Umsatz	2269	6450

Zucker London (£/t) Nr. 6	1.7.	28.6.
Aug.	86,60-86,80	89,00-89,40
Okt.	90,20-90,40	92,40-92,60
Dez.	94,20-94,40	97,00-97,20
Umsatz	1063	2525

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	2.7.	1.7.
schw. Sarawak spez.	777,50	777,50
weißer Sarawak	995,00	995,00
weißer Muntok	1085,00	1085,00

Orangensaft New York (c/lb)	1.7.	28.6.
Juli	139,60	140,45
Sept.	136,70	137,40
Nov.	134,20	135,50
Jan.	132,85	133,90
März	132,95	134,00
Umsatz	250	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	1.7.	28.6.
Südstaaten fob Werk	39,50	39,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	29,25

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Juli	29,60	30,85
Aug.	29,85	28,70
Sept.	27,22	27,70
Okt.	26,30	26,75
Dez.	25,38	25,90
Jan.	24,95	25,45
März	24,75	25,10

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	30,00	31,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,50	19,50
Choice white hog 4 % fr. F.	15,25	15,25

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,75
fancy	17,25	17,25
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10 % fr. F	14,00	14,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	49,35	49,80
Aug.	47,90	48,40
Okt.	43,50	44,60

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	59,80	60,55
Aug.	59,62	61,75
Febr.	67,52	69,65

Rinder Chicago (c/lb)	1.7.	28.6.
Ochsen einh. schwere		
River Northern	52,50	52,50
Färse einh. schwere		
River Northern	40,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	553,00	562,50
Aug.	540,00	539,00
Sept.	541,50	552,00
Nov.	544,00	555,00
Jan.	554,00	563,50
März	565,00	575,00
Mai	573,25	583,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	117,70	119,00
Aug.	120,30	121,70
Sept.	123,00	124,40
Okt.	125,50	126,80
Dez.	130,00	131,70
Jan.	133,20	134,70
März	138,00	139,10

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	1.7.	28.6.
Juli	ge-	330,20
Okt.	schlos-	339,50
Dez.	sen	345,00

Kokosöl New York (c/lb)	1.7.	28.6.
Westküste fob Werk	50,00	50,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	1.7.	28.6.
jegl. Herk. cif	955,00	930,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	690,00	690,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	550,00	540,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	209,00	215,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	540,00	540,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	unerh.	277,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	1.7.	28.6.
Juli	60,25	60,95
Okt.	40,95	41,50
Dez.	41,25	41,55
März	62,30	62,65
Mai	62,65	63,00
Juli	62,45	62,85

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	41,75	41,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	1.7.	28.6.
Aug.	un-	530-537
Okt.	er-	535-537
Dez.	hält-	534-537
Umsatz	lich	255

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	1.7.	28.6.
Okt.	un-	55,50
Dez.	er-	55,50
März	hält-	55,50
Mai	lich	56,00
Umsatz		0
Tendenz: -		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	1.7.	28.6.
Juli	609,0-615,0	607,0-610,0
Okt.	621,0-622,0	615,0-620,0
Dez.	623,0-626,0	610,0-623,0
Umsatz	22	19

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	2.7.	1.7.
East African 3 long	600,00	600,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	1.7.	28.6.
Juli	12262	12296
Aug.	12290	12295

Kautschuk London (p/kg)	1.7.	28.6.
Nr. 1 RSS loco	64,00-69,00	64,00-69,00
Aug.	--75,00	--75,00
Sept.	--75,00	--75,00
Okt.	--77,00	–
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	1.7.	28.6.
Juli	202,00-203,50	203,50-204,50
Aug.	195,50-197,00	196,50-197,50
Nr. 2 RSS Juli	195,00-196,00	195,00-196,00
Nr. 3 RSS Juli	192,50-193,50	192,50-193,50
Nr. 4 RSS Juli	188,00-189,00	188,00-189,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	2.7.	1.7.
BWC	575	575
BWD	550	550
BTC	575	575
BTD	550	550

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 £ – 76 WD = (-); BTC = (-); BTD = (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2.7.	1.7.
Aluminium Bas. London		
laufend. Monat	303,45-303,85	301,17-301,37
drittfolg. Monat	312,19-312,59	310,14-310,34
Blei Bas. London		
laufend. Monat	121,85-122,25	120,77-120,78
drittfolg. Monat	121,45-121,65	120,07-120,27
Nickel Bas. London		
laufend. Monat	1613,51-1614,70	1592,01-1592,81
drittfolg. Monat	1614,70-1616,07	1591,61-1593,61
Zink Bas. London		
laufend. Monat	242,98-244,18	243,73-244,53
drittfolg. Monat	244,38-237,73	236,55-236,95
Produz.-Preis	269,10	266,87
Reinzinn 99,9 %	4076-4116	4102-4143

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2.7.	1.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	441,60-444,97	457,40-448,79
Blei in Kabeln	129,75-130,75	128,50-129,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Bandbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,58	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -beisteller

Messingnotierungen

	2.7.	1.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	399-405	396-403
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	444-446	441-446
MS 63	447-453	444-450

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	2.7.	1.7.
	30,34	30,34

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2.7.	1.7.
Leg. 225	345-350	345-350
Leg. 226	347-352	347-352
Leg. 231	377-385	377-385
Leg. 233	387-395	387-395

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2.7.	1.7.
Platin (DM je g)	37,78	38,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	30990	31190
Rücknahmepr.	30240	30440
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31140	31330
Rücknahmepr.	30380	30540
verarbeitet	32690	32870
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30580	30755
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	598,50	609,00
Rücknahmepr.	589,90	591,10
verarbeitet	624,70	635,70

Internationale Edelmetalle

	2.7.	1.7.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	310,85	315,35
15.00	308,25	313,90
Zürich mittags	310,80-311,30	314,75-315,24
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95400	95500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	454,45	463,15
3 Monate	449,85	477,05
6 Monate	483,35	490,95
12 Monate	509,90	517,15

Platin (£/Feinunze)	1.7.	28.6.
London fr. Markt	200,80	205,95
Palladium (£/Feinunze) London f. Händlerpreis	73,95	75,00

New Yorker Preise	1.7.	28.6.
Gold H & H Ankauf	313,90	317,75
Silber H & H Ankauf	604,20	614,00
Platin fr. Händlerpr.	264,50-267,50	275,00-278,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	97,20-98,50	97,50-98,50
Produz.-Preis	150,00	150,00

Silber (c/Feinunze)		
Juli	592,00	6??,00
Aug.	596,20	6?4,50
Sept.	600,20	6?8,30
Dez.	611,00	630,20
Jan.	616,40	633,50
März	629,60	643,70
Mai	633,30	652,40
Umsatz	unerh.	14000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1.7.	28.6.
Juli	58,15	58,20
Aug.	58,35	59,25
Sept.	58,95	59,53
Dez.	60,20	60,50
Jan.	60,45	60,90
März	61,05	61,50
Mai	61,55	62,20
Umsatz	unerh.	11730

Londoner Metallbörse

	2.7.	1.7.
Aluminium (c/lb) Kasse	762,00-763,00	759,00-759,50
3 Monate	784,00-785,00	781,50-782,00
Blei (£/t)	306,00-307,00	302,00-303,00
3 Monate	305,00-305,50	301,50-302,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1088,5-1089,0	1076,5-1076,5
3 Monate	1096,5-1097,0	1087,0-1088,0
abends Kasse	–	1077,0-1077,5
3 Monate	–	1087,0-1087,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1076,0-1077,5	1058,0-1060,0
3 Monate	1084,0-1085,0	1074,0-1076,0
Zink (£/t) Kasse	610,00-613,00	609,00-610,00
3 Monate	596,00-597,00	591,00-592,00
Zinn (£/t) Kasse	9575-9580	9555-9560
3 Monate	9445-9455	9400-9425
Quecksilber ($/Fl.)	–	290-305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	55-60

Geheimnisse im Weltraum

P. Jo. – Davon träumt jeder in Bonn: etwas sagen zu können, das nicht gleich weitergesagt, ausposaunt und kommentiert wird. Aber ein Freund hört in Bonn immer mit und erzählt es weiter. Deshalb hilft allenfalls, alles, was nicht sofort verbreitet werden soll, in aller Öffentlichkeit kundzutun, auf einer der zahlreichen Partys und Empfänge oder bei Bundestagsdebatten, Bundespressekonferenzen und ähnlichen Gelegenheiten, denn da hört gewöhnlich keiner, den es angeht, richtig zu.

Nun aber öffnet sich eine neue Perspektive. Zwei Künstler aus Berlin haben sie ersonnen und bei den Berlin-Tagen im Gasteig in München vorgestellt. „The Box" heißt der Geheimnisträger der Zukunft: „The Box ist ein Quader aus Schieferplatten, in dessen Mitte ein Lautsprecher eingeschlossen ist. Die Konstruktion ist so ausgeführt, daß der Schall nicht nach außen dringen kann. Mit einem daran angeschlossenen Mikrofon kann man in The Box hineinsprechen, ihr Geheimnisse anvertrauen, die dann aufbewahrt werden."

Aber damit ist es noch nicht getan. Die Ankündigung – dekorativ auf eine durchsichtige Folie gedruckt – verspricht sogar: „Es ist vorgesehen, The Box mit der Space Shuttle auf eine Erdumlaufbahn zu bringen. Dort wird sie für viele Jahrtausende bleiben." Und die Geheimnisse auch.

Dieses Unternehmen kann man nur unterstützen. Denn ein Space Shuttle als Geheimnisträger ist gewiß gegen materielle und ideologische Verführung gefeit. Damit wäre den Künstlern von The Box die allerhöchste Kunst zu bescheinigen: Ein Geheimnis rund um die Welt kreisen zu lassen und es zugleich zu bewahren.

Neuer dänischer Film

Wilde Jagd durch nasse Katakomben

Alles beginnt in Kairo. Unter dem träge rotierenden Ventilator thront ein feister Hypnotiseur, der den Detektiv Fisher (Michael Ephick) in eine düstere Vergangenheit zurückschickt. In ihr ist Europa nur noch eine Erinnerung, verbrannte und überschwemmte Erde. Zerlumpte Gestalten vegetieren in Fabrikhallen oder Katakomben dahin, während eine bizarre Jugendsekte rätselhafte Selbstmordrituale pflegt. In diesem Ödland, das von den apokalyptischen Reitern gründlich zertrampelt worden ist, sucht Fisher einen Mörder.

Harry Grey heißt das abscheuliche Phantom in Lars van Triers Debütfilm „The Element of Crime", das kleine Losverkäuferinnen meuchelt und die Leichen verstümmelt. Fisher jagt ihn. Nicht mit der schrulligen Logik einer Miß Marple, nicht mit dem Spürsinn von Sherlock Holmes, nein, dieser Schnüffler, der in seinem abgewetzten Anzug wie ein entwurzelter Erbe von Chandlers Privatdetektiv Philip Marlowe aussieht, folgt einer riskanten Methode. Sein großer Lehrer Osborne hat sie entwickelt und in dem Buch „The Element of Crime" erklärt. Danach soll sich der Polizist so rückhaltlos in die Psyche des Verbrechers versenken, daß er bald wie von selbst dessen Spur folgt.

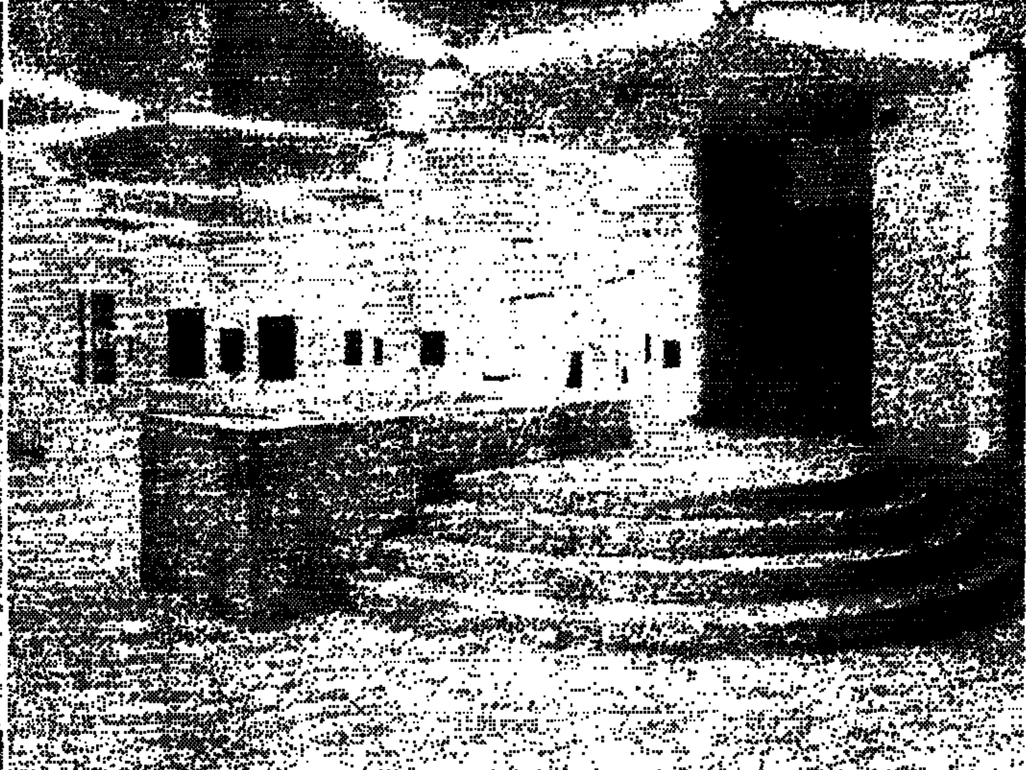
Am Ende dieses langen Weges aber findet sich Fischer in einer teuflischen Sackgasse wieder. So apart diese Geschichte auch ausgeklügelt scheint, so unwichtig ist sie für die Wirkung des Films. Zwar zitiert der 29jährige dänische Regisseur van Trier in seinem Debüt das heutzutage traurig dahinsiechende Genre des klassischen Kriminalfilms, treibt es jedoch zugleich mit verblüffenden Paradoxien auf die Spitze. Vor allem aber schickt er seinen Detektiv nicht mehr in die recht übersichtliche Unterwelt der Schwarzen Serie, sondern in ein nachtmahrisches Schattenreich.

Nichts ist mehr sicher, nichts verläßlich in diesem feuchten und stickigen Niemandsland. Um ein so hermetisch abgeriegeltes Revier des Wahnsinns aufzubauen, muß der Regisseur weder auf schleimige Monster noch auf die Trickkiste Hollywoods zurückgreifen. Ihm genügt jenes schwüle monochrome Licht, das nur zwischen schwefligem Gelb und rostigem Orange schwankt und so ewige Finsternis suggeriert.

Indem er das klassische Gangsterkino mit den Kühnheiten der surrealistischen Malerei und mit den intellektuellen Wagnissen des absurden Theaters versöhnt, gelingt Lars van Trier ein seltenes Kunststück: Wer Fishers fatalen Ermittlungen folgt, erlebt schaudernd den freien Fall durch eine völlig fremde Alptraumwelt. Vielleicht wird man keinen Satz des englischen Dialogs und keine Zeile der deutschen Untertitel behalten. Die beklemmende Atmosphäre dieses visuellen Abenteuers aber kann man so schnell nicht vergessen.

HARTMUT WILMES





Die Architektur bedrängt die Kunst: Blick in die Ausstellungsräume der Stuttgarter Staatsgalerie (links) und des Städtischen Museums Abteiberg in Mönchengladbach

FOTOS: WALTRAUD KRASE

Selbstherrliche Gebäude, die die Kunst in den Schatten drücken – Über die Nützlichkeit der neuen deutschen Museumsbauten

Kein Irrweg führt zum richtigen Bewußtsein

In den letzten Jahren sind zahlreiche neue Museen entstanden. Viele dieser Häuser wurden geradezu mit Lob überschüttet. Über das Mönchengladbacher Abteibergmuseum von Hans Hollein wurden Hymnen verfaßt. Bei der Neuen Staatsgalerie in Stuttgart von James Stirling, dem Architekturmuseum von Oswald Mathias Ungers und dem Museum für Kunsthandwerk von Richard Meier, beide in Frankfurt, war es kaum anders. Und die Neue Nationalgalerie in Berlin, die Mies van der Rohe entwarf, gilt längst als ein Klassiker. Eine gewisse Skepsis wurde eigentlich nur der Neuen Pinakothek Alexander von Brancas in München und dem selbständigen Anbau an die Städtische Kunsthalle in Mannheim von Lange, Mitzlaff, Böhm und Müller zuteil. Aber das sind nicht die einzigen neuen Häuser.

Einen Überblick über „Neue Museumsbauten in der Bundesrepublik Deutschland" gab anhand der Fotos von Waltraud Krase jüngst erst das Deutsche Architekturmuseum mit einer Ausstellung und einem dekorativen Katalog (als Buch bei Klett-Cotta, Stuttgart, 132 S., 190 Abb., 48 Mark). Und auch die „Bauwelt" dokumentierte gerade in einem Doppelheft die „Museenlandschaft". Diese Betrachtungen aus dem Blickwinkel der Architekten unterliegen allerdings leicht falschen Maßstäben. Nicht zufällig überwiegen bei diesen Publikationen die Außenansichten und die Architekturdetails. Und wenn Jörg Johnen in der „Bauwelt" seine Kritik unter der Zwischenzeile „Keine Perspektiven" mit dem Satz einleitet: „Die Museen in Dortmund, Bochum und Bottrop entspringen noch ganz der Ideologie des Museums als zeit- und ortloser, neutraler Container für die freie, von jeder Bindung losgelöste Ware Kunst", dann verrät er, wie schwer es den Architekten (und den Architekturkritikern) fällt, den Inhalt und nicht das Gehäuse als Hauptsache zu sehen.

Zugleich klingt dabei die Vorstellung an, daß die Kunst nur ein Demonstrationsobjekt sei und der Architekt dafür eine Raumfolge zu entwerfen habe, die den Besucher sozusagen automatisch zum „richtigen Bewußtsein" führt. Für die Autonomie des Kunstwerks bleibt da kein Platz.

Ein anderer Irrweg der Museumspädagogik (und damit auch der Museumsarchitektur) war die Vorstellung, daß der Bürger sozusagen im Vorbeigehen in das Museum gelockt werden sollte. Das Sprengel-Museum in Hannover von Dieter Quast, Peter und Ursula Trint sowie der Anbau an das Hessische Landesmuseum in Darmstadt von Reinhold Kargel sind typische Beispiele dieser Schaufenster-Architektur. Der Spaziergänger sieht sich da offenen Glasflächen und Durchgängen gegenüber, die bereits von außen den Blick auf die Bilder und Plastiken freigeben, so daß er sich – nach Vorstellung der Museumsleute und Architekten – magisch ins Innere gezogen fühlt.

Nur wie's dann drinnen aussieht, erweist sich als recht fragwürdig, denn die Einblicke korrespondieren mit Ausblicken. Man sieht die Leute vorbeispazieren, fühlt sich wie ein Fisch im Aquarium betrachtet und kann sich nur schwer auf die Kunst konzentrieren, die bei alledem eher als Versatzstück denn als Hauptsache erscheint. Das macht ein sehr einfaches Gedankenexperiment deutlich: In welchem Neubau kämen Dürers „Vier Apostel" oder Brueghels „Niederländische Sprichwörter" richtig zur Geltung? (Dabei seien die Museen, die nicht für Gemälde konzipiert wurden – das Textilmuseum in Krefeld, das Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven, die Kunstgewerbemuseen in Berlin und Frankfurt oder der Mannheimer Anbau und das Lehmbruck-Museum in Duisburg, die eher für Plastiken gedacht sind, beiseite gelassen)

Im Darmstädter Anbau wie im Sprengelmuseum kann man sich solche Bilder nicht vorstellen. Und auch in Mönchengladbach nicht, denn das Gebäude ist viel zu selbstherrlich, versteht sich selbst als Kunstwerk, das keine andere Kunst neben sich duldet. Die raffiniert verschachtelten Räume, die Durchbrüche und Durchblicke und nicht zuletzt das aufdringliche Ornament der Leuchtröhren lassen allenfalls Bilder und Objekte als schmückendes Accessoire zu.

Bei der Stuttgarter Neuen Staatsgalerie, deren Räume im Obergeschoß einen regelmäßigen Grundriß und eine gute natürliche Beleuchtung haben, erweist sich der postmoderne Firlefanz der Portale und Lampen als störend. Aber auch die Decken mit den giftgrünen Rahmen der Oberlichter sind zu niedrig und drängen sich immer wieder in den Blick. Man kann den Architekten natürlich nicht vorwerfen, daß sie die Quadratmetermalereien der „Neuen Wilden" nicht vorausahnten. Aber oft genug scheinen sie doch eher von Spitzweg-Formaten ausgegangen zu sein. So kommen in Stuttgart nur mittlere und kleine Bilder richtig zur Geltung.

Die Nationalgalerie in Berlin bietet zwar Platz für Großes. Aber der offene Glaskubus ist für Gemälde denkbar ungeeignet, weil das Licht trotz des vielen Glases erstaunlich schlecht ist und die variablen Stellwände kein Raumgefühl aufkommen lassen, in dem die Bilder ihre Individualität entfalten können. Im Untergeschoß, wo hauptsächlich die ständige Sammlung gezeigt wird, ist das anders. Aber wer mit dem Haus nicht vertraut ist, erkennt oft nicht, daß die bescheidenen unauffälligen Abgänge nicht zu den Toiletten, sondern zur Hauptsache führen.

Diese Kunstunfreundlichkeit vieler neuer Museen ist erstaunlich, denn schließlich gibt es genügend Vorbilder für Galerien, die sich bewährt haben, auch wenn die äußere Hülle heute ein Greuel ist. Es sind die Museen des späten 19. Jahrhunderts, das Kunsthistorische Museum in Wien, das Rijksmuseum in Amsterdam, die Alte Pinakothek in München. Sie begnügen sich gewöhnlich mit hohen Oberlichtsälen für die großformatigen Bilder in der Mitte, um die kleinere Seitenkabinette, durch hohe Fenster erhellt, für die bescheideneren Formate angeordnet sind. Da schweift der Blick nicht zu irgendwelchen Deckenornamenten, Beleuchtungsspielereien oder Türverzierungen ab. Da ergibt sich ganz von selbst die Konzentration auf die Kunstwerke.

Diese Lektion hat bei den Neubauten vor allem Alexander von Branca bei der Neuen Pinakothek gelernt. Abgesehen von den Räumen, die in der Ecke eine Treppe durchschneidet oder die über eine blinde, unmotivierte Empore verfügen, schuf er eine Folge von großen Sälen und kleinen Kabinetten, in denen das Kunstwerk das Maß aller Dinge ist. Ein ähnlich zurückhaltender Raum ist eigentlich nur noch mit dem Joseph-Albers-Museum von Bernhard Küppers in Bottrop gelungen, obwohl das Haus in seinem formalen Bezug auf das „Quadrat" zuerst wie ein Nachplappern der Berliner Nationalgalerie wirkt. Aber auch hier sind klare, unaufdringliche Räume entstanden, an deren Wänden nicht nur die Bilder von Joseph Albers zur Geltung kommen können.

Das Entscheidende bei einem Museumsbau ist eben nicht, ob er im Stile des Historismus, des „Neuen Bauens", des „Funktionalismus" oder der „Postmoderne" errichtet wurde, sondern ob er den Kunstwerken dient. Leider wurde das bei vielen neuen Museen vergessen.

PETER DITTMAR

Wissenwollen contra Lebensgenuß – Shakespeares „Sturm" und Christian D. Grabbes „Don Juan und Faust" in Bad Hersfeld

Obwohl er nichts zu bereuen hat, verfällt er doch dem Teufel

Das nenne einer konsequent: Zur Eröffnung der Festspiele in Bad Hersfeld plädierte deren Intendant Karl Vibach noch für das Gegenwartstheater und gegen Weihespiele wie „Das Salzburger Welttheater", mit dem Johannes Klein hier vor 35 Jahren begann, oder den „Jedermann". Aber er eröffnete seine zweite Saison nicht nur mit Shakespeares letztem Werk, der Komödie „Der Sturm". Er ließ ihr – verwunderlich genug – ein Werk folgen, das noch abstrakter, weitaus mehr Gedankendrama ist und das man kaum je auf einer deutschen Bühne sah: „Don Juan und Faust" von Christian Dietrich Grabbe. Woraus man zumindest ersieht, daß Hersfeld seiner Zeit voraus ist. So wie man die „Faust"-Tragödie unmittelbar vor dem Goethe-Jahr spielte, so kommt man jetzt dem 1986 zu begehenden 150. Todestag des vierunddreißigjährig gestorbenen Dichters zuvor.

Was der 28jährige „Detmolder Shakespeare" mit diesem Stück unternahm, ist in mehrfacher Hinsicht ungeheuerlich. Er wollte es wohl besser wissen als Mozart – oder doch dessen Librettist Daponte – und Goethe, als er den Nimmersatt des Wissenwollens und den Nimmersatt der Lebensfreude und des irdischen Genusses zusammenspannte.

Nicht nur dieser wirbt um Donna Anna, sondern auch Faust verfällt ihr, nachdem er sich Satan verschrieb und dieser ihm statt Helena das Bild der Anna zeigte. Während aber die herkömmliche Don-Giovanni-Rolle kaum verändert wurde, hat Grabbe aus dem mittelalterlichen Magus ein wahres Monster gemacht.

Faust findet nämlich auch an der Geisterwelt kein Genüge – Anlaß genug für den dichtenden Sausebraus, sich über die tiefsinnigen Deutschen allenthalben lustig zu machen. Also bedient sich Faust der Hölle lediglich als Instrument, um seine einmal geweckten irdischen Wünsche durchzusetzen. Und dann wird ein Machtbesessener daraus, vor dessen Wahnwitz im Zerstören dessen, was er nicht begreifen und besitzen kann, einem das Grausen kommt. Daß den der Teufel holt, hat seine Richtigkeit.

Mehr als einmal muß er sich den Don Juan als Beispiel vorhalten lassen. Der ermordet zwar nicht nur Annas Vater, sondern auch den ihr soeben angetrauten Don Octavio, einen hohlen Beau (Jürgen Morche). Aber das findet er „nur natürlich": er begehrt Donna Anna. Weil er folglich nichts zu bereuen hat, wie der zum Nachtmahl geladene Komtur – für Grabbe ein Abgesandter des Himmels – es fordert, verfällt er dem Teufel. Der zündet das Haus an, in dem auch Leporello verbrennt.

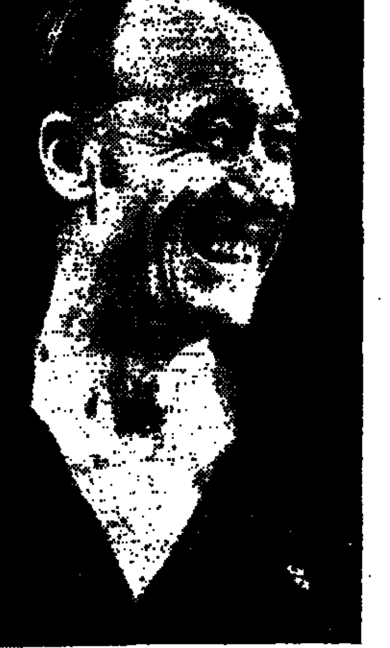
Gewiß, aus Grabbes gewagtem Unternehmen ist eine konfuse und nicht eben volkstümliche Geschichte geworden. Und es gehört viel Mut dazu, derlei auf eine sommerliche Festspielbühne zu stellen. In Günter Roth, der einmal das Staatstheater in Hannover leitete, hat man freilich einen Regisseur, der das Stück überzeugend auf die Bühne der romanischen Stiftsruine stellt. Roth erfindet überrumpelnde Bilder. Und er hat wohl, die gehäuften Gedankenblasen Grabbes geschickt jätend, seine Aufgabe vor allem darin gesehen, ein optisches Fest anzurichten – ohne doch Grabbes Sprache und sein krauses Gedankengerüst zu unterschlagen.

Weil die Schauspieler diesen verschlungenen Wegen nicht immer zu folgen vermögen, hat man mit Olaf Bison einen ganz ungenügenden Faust-Darsteller. Auch Folker Bohnet, der in der Wiederaufnahme aus dem Vorjahr einen überzeugenden Hamlet spielt, kommt über das Klischee der Don-Juan-Rolle nicht hinaus. Dafür entschädigt aber Edda Pastor als tugendhafte und zugleich (den Don Juan!) liebende Donna Anna. Der schweizerische Komiker Jörg Schneider spielt den Leporello, Gunther Malzacher gibt dem Komtur ein klares Profil, der bei Grabbe Gouverneur ist. Als souveräner Satan schließlich beeindruckt Hagen Marks.

Er wiederholt allerdings Sprachgesten und „Töne", mit denen er schon als ergreifender Caliban in Shakespeares „Sturm" aufgefallen war. Für dieses schwierige Werk hat Manfred Gruber den Bühnenraum mit Trevira-Seilen durchspannt, die ihren Zauber durch farbiges Licht erhalten. Das schwierige Abschiedswerk des großen Briten, das durch diesen so modernen Rahmen zu ungeahnter Poesie gelangt, hat Tom Toelle meisterlich ausbalanciert. Das Liebespaar (Roswitha Ballmer und Christoph Schobesberger) kommt zwar, wie überall, zu kurz – das liegt am Stück. Aber man konnte Will Quadflieg für den Prospero gewinnen. Man hat mit Schneider (Trinculo) und Karl-Heinz Gierke ein ausgezeichnetes Clown-Duo. Und man hat Monika Müller als überragenden Luftgeist Ariel. Man darf sie getrost als sichere Kandidatin für den Hersfeld-Preis ansehen.

Den verleiht man am Sonntag. Am Abend zuvor ist die dritte Premiere: Karl Vibach inszeniert mit Wolfgang Reichmann als Milchmann Tevje das Musical „Anatevka".

KATHRIN BERGMANN



Überrascht mit weltoffenen musiktheoretischen Äußerungen: Rodion Schtschedrin

FOTO: ROLAND FISCHER

Kronprinz der russischen Musik – Rodion Schtschedrins „Echo-Sonate" wurde in Köln uraufgeführt

Ständchen mit Zitaten von Johann Sebastian Bach

Von dem 1932 geborenen russischen Komponisten Rodion Schtschedrin weiß man in der westlichen Öffentlichkeit gemeinhin, daß er mit der Primaballerina Maja Plissezkaja verheiratet ist und daher hübsche Ballettmusiken komponiert, was aber keineswegs seine Hauptbeschäftigung ist. In der Komponistenszene wird er seit zwei Jahrzehnten als Kronprinz gehandelt, als Anwärter auf den Posten des Komponistenverbands-Vorsitzenden auf Unionsebene, womit sich Hoffnungen auf liberalere Zustände, auf den Abbau von Bevormundung und Privilegienwirtschaft verknüpfen. Indessen denkt der Inhaber dieses wichtigen Postens, Tichon Chrennikow, der Stalin, Malenkow, Chruschtschow, Breschnew, Andropow und Tschernenko überdauerte, wohl noch keineswegs ans Abtreten.

So gehört der Kronprinz aber doch zur privilegierten Spitzengruppe, und zu den nicht selbstverständlichen Privilegien gehören: Annehmendürfen westlicher Kompositionsaufträge (so kam seine „Echo-Sonate" zum 300. Geburtstag Bachs im Auftrag des Deutschlandfunks zustande), Aufhaltendürfen im Westen zwecks medizinischer Behandlung, Dabeiseindürfen bei Uraufführungen seiner Werke – und so war er auch in Köln zugegen, als Ulf Hoelscher seine monumentale Soloviolinsonate aus der Taufe hob, und beim Münchner Klaviersommer stellt er eigene Werke vor.

Es sind sowohl diese Werke wie auch seine moderaten, toleranten und weltoffenen musiktheoretischen Äußerungen, aus denen man sich von ihm für die russische Musik Besserungen erhofft. Als Komponist ist er eigentlich ein Intellektueller, was in manchen sowjetischen Perspektiven noch so gut wie ein Schimpfwort ist – seine Solosonate bezeugt einen denkenden und grübelnden Musiker, der mit dem musikalischen Material sozusagen Schach spielt.

Das ist für russische Komponisten eine ganz normale Haltung: Daraus resultiert ihre Affinität zum seriellen Komponieren wie auch ihre Souveränität gegenüber dessen Zwängen. So sind es auch Elemente weniger der Emotion und Illustration, die an Schtschedrins „Echo-Sonate" gefangennehmen, als vielmehr solche eines grandiosen und fundamentalen Spiels mit Verschränkungen, Spiegelungen, Verkleinerungen, Spannungen und Konflikten. Die „Echo-Sonate" ist kein „Stückchen", sondern ein monumentales Werk – man behält die Erinnerung an Ausflüge in den Mikrointervallbereich, an verhüllte und maskierte Zitate (B-A-C-H), aber auch Chopins Trauermarsch, vor allem aber an einen grandiosen Bauplan.

Das Werk ist, trotz seines Solocharakters, polyphon und weit entfernt von einem sozrealistischen KGB-Dur. Bach-Huldigungen haben in der sowjetischen Moderne ihre eigene Tradition: man denke an das Dritte Streichquartett des vergessenen Neutöners Nikolaj Roslavetz, an Schostakowitschs Präludien und Fugen, an Arvo Pärts „Tabula rasa" oder an das dreieinhalbstündige „Polyphone Konzert" des Leningraders Juri Buzko, der es unternahm, die Kunst der Fuge mit byzantinischem Material noch einmal zu komponieren – in diese Reihe fügt sich Schtschedrins „Echo-Sonate" normal und zwanglos.

Nein: Sowjetische Musik ist eben nicht mehr nur gestisch-illustrative Spätromantik in Spuren Tschaikowskys und Mussorgskis, nicht mehr nur aufgepfropfte Unterhaltsamkeit oder feierliche Bombastik. Da wird sichtlich Ernst gemacht mit verantwortlichem Anknüpfen an europäische Werte, und eben darin zeigt man Selbst- und Sendungsbewußtsein.

DETLEV GOJOWY

JOURNAL

Israel-Tournee der New Yorker Philharmoniker

PGZ, Tel Aviv

Mit zwei Monsterkonzerten beendeten die New Yorker Philharmoniker ihre Europatournee in Tel Aviv: Einem bunten Programm für an die 200 000 Hörer im städtischen Park am Yarkonfluß mit Tschaikowskys „1812", obligater Kanonendonner und Feuerwerk inklusive, als Abschluß, und einem sinfonischen Gala-Abend in Tel Avivs Konzerthalle, in dem sie abwechselnd und gemeinsam mit dem Geiger Itzhak Perlman und ihren Gastgebern, den Israel-Philharmonikern, musizierten. Showmaster war Zubin Mehta, Chefdirigent sowohl der Israelis in weißem Smoking und der New Yorker in schwarzer Eleganz. Zubin Mehta wechselte den Anzug je nach Orchester, und auch der Klang wechselte: Virtuos und diszipliniert die New Yorker, ungehemmt musizierend die Israelis.

Computer-Unterricht für niedersächsische Schüler

dl, Hannover

In Zukunft sollen alle Schüler in Niedersachsen lernen, wie man mit Computern umgeht. Dafür werden 20 Millionen Mark vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Innerhalb von vier Jahren sollen alle allgemeinbildenden und alle berufsbildenden Schulen über eine Grundausstattung an Computern und über Computerprogramme verfügen, die für den Unterricht geeignet sind. Die niedersächsische Landesregierung will sich durchschnittlich mit 25 Prozent an den Kosten beteiligen, die den Schulträgern für die Anschaffung der Geräte und der Programme entstehen. Damit wird insgesamt ein Investitionsvolumen von fast 80 Millionen Mark für eine zukunftsorientierte informationstechnische Bildung bewegt.

Druckgraphik aus der „DDR"

DW. Paderborn

41 druckgraphische Blätter von 21 Künstlern aus der „DDR" sind bis zum 14. Juli im Kunstverein Paderborn zu sehen. Sie umfaßt sowohl die seit langem Arrivierten wie Mattheuer, Tübke, Heisig oder Cremer, als auch Künstler der mittleren Generation wie Dagmar Ranft-Schinke, Uwe Pfeifer oder Werner Libuda. Neue Namen, die noch nicht im Westen vorgestellt wurden, sind nicht darunter. Die Ausstellung, eine Auswahl aus der Berliner Sammlung Wolfgang Schreiner, wurde vom Westfälischen Kunstverein für kleine Ausstellungsorte zusammengestellt. Der Katalog kostet 1 Mark.

Th.-Mann-Tagebücher in französisch

DW. Paris

Die erste fremdsprachige Ausgabe der Tagebücher von Thomas Mann erschien jetzt bei Gallimard in Paris, wo bereits ein Teil der Romane und die vollständige Ausgabe der Briefe verlegt wurden. Bei dem Band „Thomas Mann – Journal 1918-1921 und 1933-1939" (655 S., 190 Franc) handelt es sich um eine Auswahl, die auf die Interessen und Kenntnisse der Franzosen in Sachen Thomas Mann Rücksicht nimmt. Sie wurde von Christoph Schwerin erarbeitet und kommentiert. Die Übersetzung stammt von Robert Simon.

Jugendliteraturpreis wurde vergeben

dpa, München

In vier Sparten ist mit einer Dotation von jeweils 10 000 Mark der vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gestiftete Deutsche Jugendliteraturpreis 1985 vergeben worden. Als Bilderbuch erhält „Mein Papi, nur meiner!" von Annalena McAfee und Anthony Browne den Preis (Frankfurter Verlag Alibaba). „Sophiechen und der Riese" von Roald Dahl bekommt den Kinderbuchpreis (Rowohlt Verlag, Reinbek). Als Jugendbuch wird Isolde Heynes „Treffpunkt Weltzeituhr" ausgezeichnet (Arena Verlag, Würzburg). Der Jugendsachbuchpreis geht an „Die Frauen von der Plaza de Mayo" (Signal Verlag, Baden-Baden).

Aurel Bongers tot

dpa. Recklinghausen

Der Kunstbuchverleger Aurel Bongers ist 76jährig in Recklinghausen gestorben. Bongers, am 10. August 1908 in Wiesbaden geboren, begann seine Karriere mit der Herausgabe des Journals „Das elegante Köln". In Recklinghausen widmete er sich in der Nachkriegszeit zunächst der Heimatliteratur. 1956 gab er mit den Werken „Die Muttergottes" und „Die kleine Ikonen-Bücherei" die ersten Kunstbücher heraus. Anerkennung fand er vor allem mit den von ihm edierten Büchern über die Kunst der Ostkirche wie etwa dem Standardwerk „Die Welt der Ikonen."

Im Zeichen neuen Umweltbewußtseins erlebt der Diesel eine Blüte / Jetzt präsentiert Mercedes seinen 190 D

Spurtstark, spritzig, leise – der neue Diesel

HEINZ HORRMANN, Stuttgart

Jetzt erobern die Dieselmotoren auch die automobile Oberklasse. Daimler Benz stellte gestern im Vorfeld der Kfz-Jubiläen (100 Jahre Automobil, 50 Jahre Dieseltriebwerke) in Stuttgart den neuen 190 D 2,5 vor. Ein Auto, das spurtstark und leise wie ein Benziner ist, in der Spitze knapp 180 km/h läuft und dennoch die alten, guten Dieseltugenden nicht verloren hat. Der neu entwikkelte 2,5-Liter-Fünfzylinder-Motor mit 90 PS geht trotz seiner gewaltigen Kraft und Biß im gesamten Drehzahlbereich mit dem Kraftstoff sparsam um und scheidet schadstoffarme Abgase aus.

Mit dem neuen Modell bietet das Stuttgarter Unternehmen nun gleich fünf Dieseltypen an, zwei in der kompakten Klasse und dazu den 200, 250 und den 300 D.

Eine breite Palette aus gutem Grund, wenn man sich einmal die Gesamtsituation auf dem Automarkt ansieht. Im allgemeinen Katalysator-, Schadstoff-, Steuer-, und Fristendurcheinander der letzten Monate entscheiden sich immer mehr Neuwagenkäufer für den Selbstzünder. Die Marktanteile betrugen vor fünf Jahren insgesamt nur neun Prozent, kletterten auf 13 Prozent aller Zulassungen des Vorjahres und erreichen heute rund 22 Prozent. Alleine vom Mercedes 190 D wurden in nur zwei Jahren 100 000 Stück verkauft.

Schon dieser Wagen mit 72 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h widerlegte alte Vorurteile gegen diese Antriebsart: lahm, laut, übelriechend. Der neue Motor macht den Kompakt-Mercedes sogar zum flotten Spaßauto. Eine serienmäßige Triebwerkskapselung aus glasfaserverstärkten und mit schallabsorbierendem Material belegten Kunststoff reduziert das bei Dieselfahrzeugen bisher so störende Außengeräusch deutlich. Gleichzeitig gewöhnten die Stuttgarter Techniker dem Aggregat das „Nageln" ab. Dieses typisch hämmernde Geräusch war vom ersten Triebwerk mit dem Weltpatent DPR 67207 stets charakteristisch und ist eine Folge der Selbstzündung. Während sich beim benzinbetriebenen Otto-Motor, von der Zündkerze ausgehend, jeweils ein Kraftstofftröpfchen am benachbarten entzündet, die Verbrennung also fortschreitend verläuft, entflammt der Dieselkraftstoff in einem, entzündet durch die hochkomprimierte heiße Ansaugluft. Aus dieser schlagartigen Verbrennung resultiert der unverkennbar harte Gang.

Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, unter anderem mit einem sogenannten Vorkammerverfahren – nach einer behutsam eingeleiteten Zündung in einer Vorkammer werden die brennenden Kraftstoffteilchen durch enge Kanäle in den Hauptbrennraum gepreßt –, erreicht Mercedes die Laufruhe wie beim Ottomotor. Der Kraftstoffverbrauch bleibt unter der Acht-Liter-Grenze.

Technisch aufwendige Lösungen haben ihren Preis. Ohne die bei Mercedes üblichen Aufpreis-Extras kostet der 190 D 2,5 stolze 33 915 Mark.

Zu allen technischen Vorzügen der Sparsamen ist ein Grund für die Käufer, daß moderne Diesel schon allen geforderten Emissionswerten gerecht werden. Sie kommen in den Genuß der Steuererleichterungen, auch ohne aufwendige Katalysatoren. Der Befreiungszeitraum ist allerdings um die Hälfte kürzer als bei vergleichbaren Benzinern. Ein weiterer Vorteil, über den sich die rund zwei Millionen Diesel-Fahrer in Deutschland freuen: Die jährliche Abgassonderkontrolle entfällt für diese Antriebsart.



Vorbei mit dem „Tuck-Tuck"-Image: Der Diesel erobert die Spitzenklassen. FOTO: DIE WELT

Vor der Tat Gespräche über „Tyrannenmord"

Münchener Psychodrama unter Ausschluß der Öffentlichkeit

PETER SCHMALZ, München

Sie sitzen auf der Anklagebank wie ertappte Sünder, die eine Strafpredigt über sich ergehen lassen müssen und hoffen, es werde alles schon nicht so schlimm. Beide haben die Köpfe gesenkt, die Hände liegen im Schoß. Michael Wisuschil, mit 20 Jahren der ältere, dreht nervös die Daumen. Stefan, der um ein Jahr jüngere Bruder, berührt nur zaghaft mit den Spitzen seiner Turnschuhe den Boden des Münchner Gerichtssaales 273.

Sie wagen nicht, den Blick zu heben und aufzuschauen zum Zeugenstuhl, in dem ein Polizeibeamter berichtet, was er als erster am Tatort am 11. April letzten Jahres sehen mußte: „In der Diele war alles voller Blut, Tränengasgeruch war vernehmbar, der Getötete lag in der Eingangstüre zum Wohnzimmer."

Sie gaben die Tat „unumwunden" zu

Der Streifenpolizist erinnert sich auch noch, daß ihm die Angeklagten die Türe geöffnet haben und „unumwunden" zugegeben hätten, sie hätten ihren Vater getötet. Die beiden Stuhlbeine, die Tränengasflasche und die Messer liegen in Zellophantüten verpackt auf dem Richtertisch.

Heute wird der Tag der Gutachter sein; der Tag, an dem die wissenschaftliche Erklärung gefunden werden soll, weshalb zwei schüchterne, ein wenig linkisch wirkende Jugendliche „heimtückisch und grausam", wie Staatsanwalt Peter Walter formulierte, ihren Vater erschlugen und erstachen. „Gewiß bereuen wir", haben die beiden vor Gericht gesagt und ihre Tat als unausweichlich entschuldigt: „Aber für uns galt damals: entweder der Vater oder wir."

Wolfgang Wisuschil war Psychiater, war einfühlsam und beliebt bei seinen Patienten, konnte sich aber selbst im Umgang mit seinen Mitmenschen nicht zügeln: Er war, wie ein Kollege über ihn berichtete, ein Mann mit zwei Gesichtern.

Die Verteidiger der beiden Geschwister, Rolf Bossi und Steffen Ufer, sind vor allem an dem bösen Gesicht des Getöteten interessiert. Die Umstände dieses Verfahrens unterstützen sie in ihrem Bemühen, die Öffentlichkeit in das der Verteidigung genehme Licht zu setzen. Denn zum Schutz der Angeklagten findet die Verhandlung vor der Jugendkammer des Landgerichts München II bis auf Ausnahmen hinter verschlossen Türen statt. So werden die wartenden Reporter in den Pausen durch die Verteidiger bedient.

Und so dringen Verhaltensweisen des mit 43 Jahren Getöteten nach außen, die geeignet sind, Nachsicht und Verständnis mit den beiden Angeklagten zu mobilisieren.

Da schildert der Psychiater-Kollege, Wisuschil sei einmal plötzlich während einer Komödie aus dem Theater gerannt und sei danach einige Tage weggetreten gewesen. Er habe Situationen erlebt, „in denen er sich kurzzeitig in einer Psychose befand und unmotiviert außer sich geriet". Auch Wisuschil bemerkte an sich diese Veränderungen und äußerte einmal die Befürchtung, an einer Psychose zu leiden.

Auch der Bruder des Getöteten hatte unter den Ausbrüchen leiden müssen. „Ich empfand es als merkwürdig, daß ein so gestörter Mann andere Verrückte heilen will", sagte er rundheraus als Zeuge und berichtete über seinen Bruder: „Er bestand zu 90 Prozent aus brutaler Gewalt, die auch die übrigen zehn Prozent überstrahlte." Oft sei er von Wolfgang in der „Folterkammer", wie dieser die Diele des Elternhauses genannt hatte, gequält worden.

In der Ehe führte der Psychiater sein Terrorregime fort. Dennoch gesteht die 41jährige Frau, die sich sieben Jahre vor der Tat hatte scheiden lassen, sie habe den Mann bis zum Schluß geliebt, er habe auch sehr lieb und charmant sein können.

Die Morddrohungen verdichteten sich

Die Morddrohungen, die Wolfgang Wisuschil gegen seine Familie immer wieder ausstieß, verdichteten sich im Frühjahr letzten Jahres. „Wir nahmen ihn ernst", sagen die Angeklagten. Ein Münchner Diplomtheologe und Studienrat führte lange Gespräche mit Michael über den „sittlich zulässigen Tyrannenmord" und befürchtet heute, daß er in dem Angeklagten unbeabsichtigt die Gewalttat ausgelöst habe. Der 37jährige Mann hält es für möglich, daß Michael dadurch mitveranlaßt sein könnte, „einen Ausbruch aus dem familiären Inferno zu versuchen".

Drei Tage später war der übliche Besuchstermin des Vaters. Es wurde sein letzter. Richter Klaus Polek deutet schon an, daß die Mordanklage auf Totschlag umgewandelt werden könnte. Außerdem könnte auch verminderte Schuldfähigkeit angenommen werden. Die Verteidigung wird auf Freispruch plädieren.

Radioaktiver Abfall aus 4700 Meter Tiefe

dpa, Hamburg

Zwei Fässer mit schwach radioaktiven Abfällen sind dem deutschen Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig" in einem Versenkungsgebiet nordwestlich Spaniens in 4700 Metern Tiefe ins Netz gegangen. Wie ein Sprecher der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg gestern mitteilte, untersucht das Labor für Radioökologie den sogenannten Vertikaltransport und die damit mögliche Aufnahme radioaktiver Stoffe etwa in Plankton. Bei einigen Organismen sind in der Vergangenheit geringe Mengen Radioaktivität nachgewiesen worden. In bestimmten Gebieten des Atlantik werden seit einigen Jahren von Großbritannien und den Niederlanden schwach radioaktive Abfälle – einbetoniert in Metallfässer – versenkt. Die wissenschaftliche Überwachung geschehe, so die Bundesforschungsanstalt für Fischerei, „unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge". Die zwei Fässer, die am Montag heraufgeholt wurden, sind nach ihren Angaben in speziellen Schutzbehältern isoliert worden, um sie für spätere Untersuchungen mit an Land zu nehmen. Bereits im vergangenen Jahr waren bei einer Forschungsfahrt drei Fässer aus dem Meer geholt worden. Bei zweien dieser Fässer seien keine, bei einem eine schwache Gamma-Strahlung festgestellt worden.

Rekord im Glassammeln

dpa, Bonn

Noch nie ist in der Bundesrepublik Deutschland mehr Altglas gesammelt worden als im vergangenen Jahr: 795 000 Tonnen lautet das Rekordergebnis, das der Verbraucherinformationsdienst AID gestern in Bonn bekanntgab. Die Glasindustrie habe außerdem 89 000 Tonnen Scherben dazugekauft, so daß insgesamt 884 000 Tonnen Glas wiederverwertet werden konnten.

Meuterei

AFP, Only

Mehrere hundert meuternde Insassen der Haftanstalt Only im US-Bundesstaat Tennessee haben in der Nacht zum Dienstag Mithäftlinge als Geiseln genommen und drei Gefängnistrakte in Brand gesteckt. Sie lehnten sich gegen das Tragen von gestreifter Häftlingskleidung auf.

Schlachtverbot für Hunde

AP, Bonn

Der Deutsche Tierschutzbund hat abermals gefordert, das Schlachten von Hunden und Katzen in der Bundesrepublik Deutschland zu verbieten. Anlaß für den Vorstoß ist die Behandlung dieses Themas am Freitag im Bundesrat.

Bombendroher gefaßt

AP, Frankfurt

Der Urheber der Bombendrohung, nach der am Samstag morgen die Abflughalle für den Charterverkehr des Frankfurter Flughafens geräumt werden mußte, ist gefaßt. Wie die Frankfurter Polizei gestern mitteilte, nahm sie am Montag einen 26jährigen Mann in einem Hotel am Flughafen fest. Bei der Vernehmung gestand er, die Bombendrohungen „abgesetzt" zu haben.

City ohne Straßenbahn

AP, Frankfurt

In der Frankfurter Innenstadt wird ab Herbst nächsten Jahres keine Straßenbahn mehr verkehren. Das von den zuständigen Gremien des Frankfurter Tarif- und Verkehrsverbunds (FVV) abgesegnete Konzept einer „schienenfreien City" stellte Bürgermeister Hans-Jürgen Moog gestern vor. Die noch verbleibenden Tramlinien in den anderen Stadtteilen werden hauptsächlich eine Zubringerfunktion für U- und S-Bahnen übernehmen.

Den Hudson anzapfen

SAD, New York

Der an der Ostküste der USA immer noch ausbleibende Regen hat den Wassernotstand, der dort seit November herrscht, weiter verschärft. In New York, wo das Füllen von Schwimmbecken und das Rasensprengen untersagt ist, wird erwogen, den Betrieb von Klimaanlagen zu verbieten. New Yorks Feuerwehr wird jetzt nach dem Plan des Bürgermeisters die 30 000 Hydranten der Stadt mit Schlössern versehen. Überlegt wird außerdem, den Hudson „anzuzapfen" und aus ihm Wasser in die Reservoire der Stadt zu pumpen.

Stunde der Wahrheit

Warum Umweltberater jetzt auch in die Haushalte gehen

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Der erste „Umwelt-Oskar" wurde jetzt vom Verband Junger Unternehmer in Berlin dem Hamburger Juristen Georg Winter (43) verliehen. Der Geschäftsführende Gesellschafter eines Unternehmens, das zu den weltweit größten Herstellern von Diamantwerkzeugen zählt, hatte dem Umweltexperten des Betriebs, Maximilian Gege (40), grünes Licht für einen bisher einmaligen Modellversuch gegeben.

Gege schuf den Beruf des Umweltberaters für den privaten Haushalt und erprobte das Modell mit drei dafür eingestellten Öko-Experten an den Haushalten von Betriebsangehörigen. Das „Winter-Hilfswerk" aus der Hansestadt sprach sich schnell herum.

Wenn der Winter-Experte an der Wohnungstür klingelt, beginnt die Stunde der Wahrheit. Bad, WC, Küche, Kinderzimmer, Hobby-Raum, Garage, Wirtschaftstrakt werden auf umweltfeindliche Mittel und Einflüsse hin untersucht. „Womit und mit welchen Mengen waschen, polieren, versiegeln Sie?" lautet die Gewissensfrage. Meist wäre es mit der Hälfte der Mittel auch getan. Sogar altgediente Hausfrauen erhalten Tips, die sie bei einigem Nachdenken an die guten und umweltfreundlichen Reinigungsmittel der Großmütter erinnern.

Maximilian Gege listet auf: „Wir haben rund 25 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik. Sie sind mit über 30 Prozent an den Umweltbelastungen beteiligt, während die der Industrie mit 24 und die der Landwirtschaft mit 17 Prozent zu Buche schlagen." 500 Millionen Spray-Dosen versprühen im Jahr nicht nur Duft und Festigkeit, sie geben auch 30 000 Tonnen Fluorkohlenwasserstoffe an die Luft ab, die zerstörend auf die Ozonschicht der Atmosphäre wirken. 700 000 Tonnen Waschmittel „bereichern" über die Abwässer unsere Flüsse und Seen mit 170 000 Tonnen Phosphat. Eine Milliarde Einwegflaschen pro Jahr belasten die Umwelt und 32 Millionen Tonnen Hausmüll sammeln sich an.

Das vorerst auf ein Jahr befristete Pilotmodell fand Anklang. In kurzer Zeit schlossen sich die Stadtväter von Hittfeld bis Flensburg dem Vorhaben an, und die Hansestadt sagte drei Stellen für das Winter-Projekt zu. Mit 120 000 Mark wurde der Versuch gestartet. Kosten entstehen den Haushalten nicht.

Maximilian Gege hat festgestellt, daß in der Industrie nicht nur Freude über das „Winter-Hilfswerk" herrscht. „Wir sind mit Hoechst im Gespräch, um Alternativen zu bisherigen umweltschädlichen Erzeugnissen zu suchen. Wir dürfen nicht Gesetze und Ordnungen abwarten, denn 20 Jahre haben wir bereits verschlafen. Wir müssen nach marktwirtschaftlichen Lösungen suchen." Die Winter-Öko-Experten arbeiten mit Umweltschutzbehörden, Verbraucherzentralen und anderen Initiativen zusammen. Winter und Gege selbst halten Vorträge zu diesem Thema an Universitäten.

„Es ist oft so simpel zu sparen", erklärt Gege, „schon ein Ziegelstein im Wasserkasten reguliert den Verbrauch im WC, denn pro Person und Jahr werden 10 000 Liter weggespült. Bei 10 000 Haushalten sind das 100 Millionen Liter pro Person und Jahr. Und es ist reines Trinkwasser, mit dem gespült wird."

1993 grünt's in Stuttgart

Streit um die IGA beendet: 40 Millionen Mark vom Land

XING-HU KUO, Stuttgart

Das heftige, vor allem finanzielle Gerangel um die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) 1993, die in Stuttgart stattfinden soll, hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) durch ein Machtwort jetzt abrupt beendet. Denn acht Jahre vor dem zweifellos bedeutenden Ereignis bekam vor allem Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) kalte Füße wegen der Kosten von 100 bis 150 Millionen Mark, die auf die leeren Staatskassen zukommen würden.

Deshalb empfahl Rommel Anfang dieses Jahres den Verzicht auf die IGA 1993. Der sparsame Schwabe erinnerte an die Neuregelungen im kommunalen Finanzausgleich zwischen Hauptstadt und Land, die sich zu Ungunsten Stuttgarts auswirken würden. Dadurch bekäme die Landeshauptstadt 15 Millionen Mark weniger im Jahr.

Entgegen Rommels Vorschlag, auf die teure IGA ganz zu verzichten, hat Stuttgarts Gemeinderat kürzlich beschlossen, sich für die Gartenbauausstellung einzusetzen. Denn inzwischen zogen Parteien und Öffentlichkeit gegen Rommels Verzichtspläne ins Feld. Mehrere CDU-Abgeordnete und ihr FDP-Kollege Friedrich Haag – zugleich Präsident des württembergischen Gärtnereiverbandes – beurteilten die IGA in einer Landtagsinitiative als eine „wichtige Landesangelegenheit". Sie baten deshalb die Landesregierung, mehr als die bisher vorgesehenen zehn Millionen Mark beizusteuern.

Die IGA, so das Standardargument der Befürworter des Projektes, hätte für Stuttgart und Baden-Württemberg eine immense Bedeutung: Eine „grüne Lunge" von sechs Kilometer Länge vom Schloßplatz bis zum Messegelände auf dem Killesberg stünde künftig Stuttgartern wie Besuchern als zusätzliche Attraktion und Erholungsgebiet zur Verfügung.

Das leuchtete Späth, der für prestigeträchtige Vorhaben in „seiner" Landeshauptstadt leicht einzunehmen ist, ein. Nach einem „Gipfelgespräch" Rommel–Späth gestern morgen machte der Ministerpräsident insgesamt 40 Millionen Mark für die IGA 1993 locker und gab ihr damit buchstäblich „grünes Licht".

LEUTE HEUTE

Versteigert

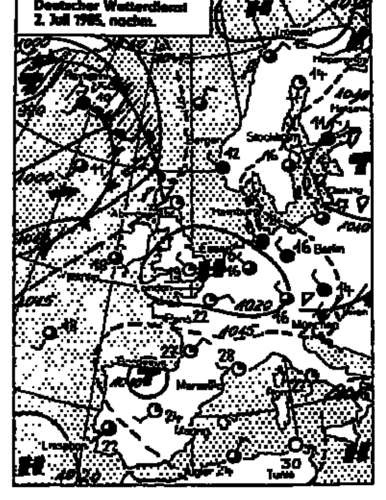
Die Freude über das großzügige Geschenk währte nicht einmal zwei Tage. Am Montag hatte der steinreiche Juwelier **Louis Gerard** der Frau des britischen Thronfolgers, Lady **Diana**, einen Diamantring zum 24. Geburtstag verehrt. Jetzt wird das Schmuckstück vermutlich zu wohltätigen Zwecken versteigert. Die Prinzessin hatte einen alten Grundsatz mißachtet: Mitgliedern des britischen Königshauses steht es nun einmal nicht an, Wertgeschenke dieser Art zu behalten.

Beruhigt

Die Rheinländer können wieder beruhigt zu Pils und Kölsch greifen, denn seit gestern ist es amtlich: Der Gerstensaft im Raum Köln/Bonn ist rein. Kölns Regierungspräsident **Franz-Josef Antwerpes** hatte, besorgt über das Auftauchen von Konservierungsstoffen in einigen bayerischen Bieren, umgehend die rheinischen Braukessel inspizieren lassen.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Eine von der Nordsee bis nach Nordskandinavien reichende Hochdruckbrücke bestimmt das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

Im gesamten Bundesgebiet überwiegend sonnig und Höchsttemperaturen zwischen 23 Grad im Nordosten und 30 Grad im Südwesten. In der kommenden Nacht klar und Tiefsttemperaturen zwischen 16 und 12 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:

Sonnig und sehr warm. Gegen Abend von Südwesten her aufkommende Gewitter.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	16°	Kairo	29°
Bonn	18°	Kopenh.	17°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	19°
Frankfurt	17°	Madrid	24°
Hamburg	14°	Mailand	25°
List/Sylt	14°	Mallorca	32°
München	16°	Moskau	16°
Stuttgart	17°	Nizza	22°
Algier	24°	Oslo	18°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	27°	Rom	27°
Brüssel	18°	Stockholm	16°
Budapest	19°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	30°
Helsinki	11°	Wien	14°
Istanbul	26°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.12 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr; **Mondaufgang:** 23.41 Uhr, Untergang: 6.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kommt Licht in die Welt des Hans-Otto Scholl?

Morgen beginnt der Prozeß gegen den ehemaligen FDP-Politiker / Ist er der Juwelenräuber von Baden-Baden?

Von JOACHIM NEANDER

Drei Tage vor Silvester 1984 um 15.30 Uhr wurde das exklusive Juweliergeschäft Robert Koch neben dem Baden-Badener Kurhaus von einem elegant gekleideten, überaus seriös wirkenden Herrn in dunkelblauem Mantel, weißem Schal und weißen Handschuhen überfallen. Der Täter bedrohte den Sohn des Inhabers und eine Verkäuferin mit der Pistole, fesselte sie, schlug ihnen mit dem Pistolenknauf auf den Kopf, schoß einmal in die Wand und verschwand dann mit Schmuck und Juwelen mit einem – vom Juwelier angegebenen – Wiederverkaufswert von 2,6 Millionen Mark.

Die Staatsanwaltschaft Baden-Baden ist überzeugt, den (überaus prominenten) Täter zu kennen: den früheren Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Pharmaindustrie, FDP-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz und Hausnachbarn von Bundeskanzler Helmut Kohl, den 52jährigen Juristen Hans-Otto Scholl. Morgen beginnt vor dem Landgericht Baden-Baden der Prozeß.

Die Anklage glaubt, Tathergang und Motiv – schwere Verschuldung in Millionenhöhe im Zusammenhang mit Scholls umstrittenem Ausscheiden aus dem Pharmaverband – genau rekonstruieren zu können. Die beiden Überfallenen, die Scholl mit Sicherheit wiedererkannt haben wollen, sowie zwei angeblich aus der Beute stammende Steine, die man in einem von Scholl gemieteten Züricher Banksafe fand, scheinen ihre stärksten Waffen.

Der Angeklagte wiederum hat in Briefen aus der Haft Andeutungen über eine Verschwörung gegen ihn gemacht. Fakten über Politikerspenden, die man im Safe ebenfalls fand, nähren jetzt die Spekulation über weitere Überraschungen.





Hans-Otto Scholl (unteres Foto links) mit Phantombild. Eine gewisse Ähnlichkeit läßt sich herauslesen. Phantombilder aber sind als juristische Beweise irrelevant. Schwerwiegender könnten die Aussagen von Dirk Greiling und seiner Freundin sein, die Scholl „einwandfrei" identifiziert haben wollen.

Seit dem 5. Januar 1985 sitzt Scholl im Erdgeschoß der Justizvollzugsanstalt Baden-Baden in Haft. In den ersten Tagen in einer Zweierzelle wegen Selbstmordgefahr. Als die Beamten der Ludwigshafener Polizei den hochrangigen Politiker und Manager damals in Oggersheim festnahmen, fragte er sie, ob sie verrückt geworden seien. Und auch heute noch wirkt Scholl auf Besucher wie einer, der fest damit rechnet, daß sich alles als gigantisches Mißverständnis herausstellen werde. Schweigsam, verschlossen, kontrolliert, penibel gekleidet wie eh und je, aber sehr gelassen und ruhig wirkend. Mit einem Mithäftling spielt er gelegentlich Schach. Er hat sich eine Menge juristischer Fachliteratur in die Zelle kommen lassen, vor allem Zivilrecht: Vorbereitung auf den lange geplanten Anwaltsberuf? Unschuldsgewißheit? Echt also oder vorgetäuscht?

Scholl bestreitet die Tat, schweigt aber seit dem 7. Januar zur Sache. Vorher, am 6. Januar – einem Sonntag, an dem seine Anwälte nicht erreichbar waren – hatte er detaillierte Angaben über seinen Aufenthalt zur Zeit des Überfalls gemacht. Die Polizei hat diese merkwürdige, widersprüchliche Spur später nachgezeichnet und im wesentlichen Übereinstimmungen festgestellt.

Da ist die Fahrt mit Schwiegermutter, Ehefrau und Tochter im Mercedes 280 nach Baden-Baden – nichts Besonderes, weil der aufwendiges Leben liebende Scholl hier einzukaufen pflegte. Ein paar eilig und mit Kreditkarte, also mit Namensangabe, getätigte teure Besorgungen, ein neuer Mantel, ein Lederkostüm für seine Frau. Weiterfahrt, Ausweiskontrolle in der inzwischen ausgelösten Ringfahndung, dann eine plötzliche Umdisposition: Übernachtung im feudalen Brenners Parkhotel. Mehrere Reisen in die Schweiz, ohne jede Tarnung, von dort sogar ein Brief an einen ehemaligen Mitarbeiter. Scholls Hektik rund um die Zeit der Tat erscheint unlogisch, egal, ob man ihn für den Täter hält oder nicht.

Dennoch ist in diesem bisher auf sieben Verhandlungstage angesetzten Sensationsprozeß kein psychiatrisches Gutachten beantragt worden. Weder Scholls Verteidiger, der Frankfurter Anwalt Egon Geis, der ihn schon früher vertreten hat, noch das Gericht oder die Staatsanwaltschaft haben dies – vermutlich aus unterschiedlichen Gründen – für nötig erachtet.

Niemand wagt eine Voraussage für diesen Prozeß. Ob dieser Mann, der sich aus kleinen Verhältnissen hocharbeitete, der Menschen, die er für dumm hielt, offen seine Verachtung zeigte, der neben seiner Frau eine enge Beziehung zu einer Freundin unterhielt, der Luxus, aber ebenso auch rastlose Arbeit fast bis an die Grenze der Unvernunft liebte, sein Schweigen auch vor Gericht beibehalten wird, weiß nur er selber.

Daß dieser Prozeß mit 70 Zeugen und zwei Gutachtern zeitlich zu eng terminiert worden ist, läßt sich jetzt schon ohne Risiko behaupten.

ZU GUTER LETZT

„Mysteriöses Verbrechen gibt weiterhin Rätsel auf", meldete die Deutsche Presse-Agentur.